

# ao

35. Jahrgang ISSN 0939-3099  
3/4 2003



# aktuelle ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

## AUS DEM INHALT

### BEITRÄGE

POLEN UND DIE EUROPÄISCHE IDENTITÄT  
DONAU, IDEE EUROPA UND ZUKUNFT DER EU  
ROMANIA 2003  
WIRTSCHAFTSORDNUNG IN POLEN  
ÖKONOMISCHE BILDUNG IN POLEN

### BERICHTE/DOKUMENTATION

DEUTSCH-POLNISCHE POLIZEI-KOOPERATION  
PROJEKTSEMINARE MIT HAUPTSCHULEN  
POLIZEIPRÄSENZ UND OPFERSCHUTZ IN POLEN

O-TON FORUM „JUNGES EUROPA“  
DAS EUROPA DER ZUKUNFT

### BUCHREPORT

LITERATUR DES ÖSTLICHEN MITTELEUROPA 2003

### GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

## Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Heft der „aktuellen ostinformationen“ beschäftigt sich intensiv mit unserem Nachbarland Polen. Im ersten Beitrag gehen wir im Zusammenhang mit der Arbeit des EU-Konvents für eine europäische Verfassung der Frage nach, wie sich die Vertreter Polens diesbezüglich positioniert haben. Diese Werte- und Identitätsproblematik wird alsdann um den kritischen Beitrag von Elżbieta Maćzyńska ergänzt, in dem die Autorin im Zusammenhang mit der Systemtransformation in Polen die Übertragbarkeit von Wirtschaftsmodellen in Frage stellt. Theoretische Fragestellungen werden hierbei mit der aktuellen polnischen Wirtschaftsentwicklung im Zusammenhang betrachtet. Der Beitrag von Jacek Brdulak verweist wiederum auf ein Beispiel konkreter deutsch-polnischer Kooperation im Bereich der Wirtschaftspädagogik. Es geht um die Einführung des neuen Fachs „Unternehmertum“ an polnischen Lyzeen. In einem weiteren Artikel informiert Constantin Iordachi über den schwierigen Transformationsprozess in Rumänien und geht der Frage nach, warum Rumänien ein „latecomer“ im EU-Beitrittsprozess ist. Gerhard Schlüsselbauer beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Donauraum, der Idee Europa und der Zukunft der EU.

Im Forum „Junges Europa“ laden wir Sie dieses Mal zu fünf exemplarischen Szenariengeschichten über die Zukunft Europas ein, die im Rahmen verschiedener Europaseminare im Frühjahr bei uns im Studienwerk entstanden sind.

Der Bericht über das im Juni 2003 im GESW durchgeführte Seminar mit deutschen und polnischen Polizistinnen und Polizisten aus Hamburg und Stettin verdeutlicht, dass es dem GESW ab und zu gelingt, unsere internationalen Begegnungsseminare um außergewöhnliche, nur schwer erreichbare Zielgruppen zu erweitern. Dass wir uns dabei recht erfolgreich mit einer schwierigen, konflikträchtigen und vorurteilsbelasteten Thematik zu befassen hatten, verdeutlicht auch die Dokumentation über „Polizeipräsenz und Opferschutz in Polen“, die während dieses Seminars in den Workshops zum Einsatz kam. In dem Bericht über unsere Schülerseminare mit Hauptschülern aus Gelsenkirchen wird in erster Linie auf die Darstellung der teilnehmerorientierten didaktischen Umsetzung Wert gelegt.

Auch in unserem ausführlichen Rezensionsteil informieren wir überwiegend über aktuelle Veröffentlichungen zum Thema Polen, wobei die hier besprochene Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Gesamteuropäischen Studienwerks vielleicht eine besondere Erwähnung verdient. Im Buchreport werden hingegen aktuell erschienene Werke von vier mehr oder minder bekannten Autoren des östlichen Mitteleuropa vorgestellt.

Zbigniew Wilkiewicz

# Inhalt

## Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Polen und die europäische Identität.....	1
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Die Donau, die Idee „Europa“ und die Zukunft der EU.....	10
<i>Constantin Iordachi</i> Romania 2003 - Sonderweg or Successful Transition?.....	16
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Die Wirtschaftsordnung in Polen. Modelle in der Falle.....	32
<i>Jacek Brdulak</i> Voraussetzungen für Veränderungen in der ökonomischen Bildung.....	43

## Berichte/Dokumentation

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Deutsch-polnische Kooperation vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Aspekte der Europäischen Integration.....	47
<i>Bernd Stegmann</i> Entwicklung und Chancen in Europa. Drei Projektseminare mit Hauptschülerinnen und Hauptschülern aus Gelsenkirchen.....	50
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Polizeipräsenz und Opferschutz in Polen.....	54

## O-Ton: Forum „Junges Europa“

<i>Bernd Stegmann/Jörg Stemmer</i> Das Europa der Zukunft.....	64
---	----

## Buchreport

<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Streifzug durch die Literatur des östlichen Mitteleuropa 2003.....	69
--	----

## Rezensionen

<i>Johannes Hoffmann, Helmut Skowronek (Hg.): Polen, der nahe – ferne Nachbar.....</i>	74
<i>Andreas Lawaty, Hubert Orłowski (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte Kultur Politik.....</i>	76
<i>José M. Sánchez: Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte.....</i>	78
<i>Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt.....</i>	81
<i>Till Scholtz-Knobloch: Die deutsche Minderheit in Oberschlesien.....</i>	82
<i>Peter Janzen: Meine Erinnerungen. Lebensbericht eines Russlanddeutschen.....</i>	84
<i>Jerzy Szacki: Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus.....</i>	86
<i>Władysław Tatarkiewicz: Geschichte der sechs Begriffe.....</i>	88
<i>Jan Delhey: Osteuropa zwischen Marx und Markt.....</i>	90

## Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

### Polen und die europäische Identität

#### Anstelle einer Einleitung

*„Eine Lektüre des Maastrichter Vertrags, wie hoch dessen Bedeutung als historisches Dokument auch anzuschlagen sein mag, dürfte der Europäischen Union gleichwohl kaum wirklich begeisterte Anhänger verschaffen oder vielmehr: kaum Patrioten in Gestalt von Menschen, die diesen komplizierten Organismus tatsächlich als ihr Vaterland oder ihre Heimat beziehungsweise eine Ebene ihrer Heimatzugehörigkeit empfinden. (...) Begrüßen würde ich zum Beispiel, wenn die Europäische Union eine eigene Charta verabschiedete, die klar die Ideen zu definieren hätte, auf denen sie beruht, den Sinn, den sie hat, und die Werte, die sie zu verkörpern trachtet“<sup>1</sup>*

#### Definitionsversuche

Im Titel dieses Beitrags tauchen drei Begriffe auf, die zu präzisieren sind. Insofern ist eine stärkere Einengung der allgemein formulierten Fragestellung notwendig.

Ich nehme zunächst eine Reduktion der Zeit vor, indem ich auf historische Aspekte hinsichtlich des Begriffs Polen weitgehend verzichte. Wenn ich in diesem Beitrag von Polen spreche, ist dies die seit der Wende des Jahres 1989 bestehende 3. Republik Polen, die sich im Laufe eines fast dreizehn Jahre währenden Transformationsprozesses zu einem marktwirtschaftlich und demokratisch ausgerichteten Staatswesen entwickelt hat. Dabei soll unter Polen die aktuelle politische Landschaft verstanden werden, das heißt das System und Gewicht der Parteien, wie es sich nach den Parlamentswahlen vom September 2001 darstellt. Gleichzeitig werden aber auch Stimmungen und Haltungen innerhalb der polnischen Gesellschaft berücksichtigt, wie sie

sich im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt des Landes ergeben. Es geht also einerseits um die offizielle politische Orientierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten Polens, andererseits um die polnische Gesellschaft und die mit dem EU-Beitritt verbundenen Dilemmata, denen sich breite Bevölkerungsschichten gegenüber sehen.

Eine ähnliche Eingrenzung gilt für den Europa-Begriff, das heißt, ich gehe vom Ist-Zustand aus, der sich mit den 15 EU-Staaten und der bevorstehenden Erweiterung um zunächst zehn Kandidaten umreißen lässt. Offen bleibt die Frage nach den Grenzen Europas, somit auch die Frage nach zusätzlichen zukünftigen Erweiterungsprozessen, und ich gebe zu bedenken, dass es noch immer kein politisch definiertes Staatsgebiet Europa gibt.<sup>2</sup> Im Zusammenhang mit einem Definitionsversuch Europas und der EU bleibt uns also der weite und vage Begriff der Rechts- und Wertegemeinschaft, den es zu differenzieren und in ein Verhältnis zu Polen zu setzen gilt. Ganz pragmatisch – auch im Hinblick auf die Beitrittsländer – kann in diesem Kontext auf die Definition des gemeinsamen Besitzstandes und die dort entwickelten Beitrittskriterien aus dem Kopenhagener Vertrag von 1993 verwiesen werden. Auf weitere wichtige Dokumente wird nachfolgend noch eingegangen.

Schließlich kommen wir zum schillernden Begriff der Identität, die Wesensgleichheit, also die vollkommene Gleichheit zwischen zwei oder mehreren Gegenständen bedeutet. Auch hier haben wir es mit einem erheblichen definitorischen Problem zu tun, denn weder gibt es bisher eine juristische Identität (europäisches Bürgerrecht) noch gibt es eine

<sup>1</sup> Václav Havel: Rede vor dem Europäischen Parlament am 8. März 1994. In: Egon Klepsch (Hg.): Stimmen der Welt im Europäischen Parlament. Bonn 1994, S. 328-337.

<sup>2</sup> Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Andreas Hohlt: Die Grenzen Europas – ein Problem, so alt wie sein Name. In: <http://www.weltpolitik.net/921.html>.

gemeinsame, oder zumindest ähnlich erfahrene und vermittelte historische Vergangenheit Europas. Es dominiert weiterhin eine national-staatlich orientierte Historiographie. Hieraus ergibt sich bereits an dieser Stelle die Schlussfolgerung, dass europäische Identität keine feststehende Tatsache meinen kann, sondern eher als Konzept zu verstehen ist.

Dabei ist klar, dass die Einheit Europas eine nationale und regionale Vielheit zur Voraussetzung hat. Dies ergibt sich nicht nur aus der Tatsache, dass nationale und regionale Unterschiede auch in einem geeinten Europa per se erhalten bleiben, sondern aus dem Umstand, dass die Vielheit an sich bereits eine *conditio sine qua non* darstellt. Kulturelle und mentale Unterschiede sollen erhalten bleiben, die Angleichung bezieht sich in erster Linie auf die materiellen (sozialen) Verhältnisse der einzelnen Staaten und Regionen.

### **Polnische und europäische Identität**

Polen versteht sich aufgrund seiner 1000jährigen Geschichte per se als Bestandteil Europas. Das Land nimmt für sich in Anspruch, die christliche (katholische) Wertewelt gegen äußere Feinde (Türkei, Russland) verteidigt zu haben. (Ultramontane Orientierung, *Polonia semper fidelis*, *antemurale Christianitatis*).

Während der Auflösung des polnischen Staates im 19. Jahrhundert entstand der Kult des nationalen Widerstands und die Vorstellung von der besonderen Mission des „gekreuzigten Polen“ (Messianismus). Katholisches und republikanisches Gedankengut wurden miteinander gekoppelt. Die Tradition der Adelsrepublik stand in diametralem Gegensatz zum russischen und zum preußischen Staatsmodell.

Die vierte Teilung Polens (1939) lässt Polen als einen letzten Außenposten europäischer Zivilisation erscheinen, besonders in seinem aussichtslosen Widerstand gegen die totalitären Systeme der Nazis und der Sowjets.

Da sowohl den Nazis als auch den Sowjets eine totalitäre, hegemoniale Strukturierung Gesamteuropas ohne polnischen Staat vorschwebte, war der Nationalstaat in Polen erklärtes Kriegsziel. Aufgrund der sowjetischen Dominanz bis 1989 blieb der souveräne Nationalstaat auch weiterhin das Ziel der demokratischen Opposition Polens.

Das Land versteht sich als eigentlicher Überwinder des real existierenden Sozialismus, die westorientierte „Rückkehr nach Europa“ stellt sich somit als Selbstverständlichkeit dar. Dabei wird mit Nachdruck auf die oben erwähnten historischen „Verdienste“ im Kontext europäischer Werte abgehoben.

Die große Zustimmung zum EU-Beitritt nahm gesamtgesellschaftlich betrachtet im Laufe der 1990er Jahre etwas ab. Sämtliche polnische Regierungen sind jedoch auf EU-Kurs geblieben. Nach den Wahlen des Jahres 2001 kamen drei populistische Parteien in den Sejm, die gegenüber der EU skeptisch agieren oder den EU-Beitritt ablehnen. Aufgrund der zähen, mittlerweile abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen wird in Polen verstärkt nach den Kosten und dem Nutzen des EU-Beitritts gefragt. Dabei sind im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt drei Dilemmata zu benennen: Das Dilemma der Beitrittsverhandlungen angesichts der ausstehenden Reform der EU-Institutionen und einer offenen Diskussion über die Finalität der EU (GAP).<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Zbigniew Wilkiewicz: Die EU-Erweiterung und drei (nicht nur) polnische Dilemmata. In: *aktuelle ostinformationen*, 3-4, 2002, S. 25-40. Bartłomiej Nowak: Główny problemy negocjacji akcesyjnych w obszarze „rolnictwo”. Spotkanie z Jerzym Plewą, głównym negocjatorem w kwestiach rolniczych. 7 III.2002 [Die Hauptprobleme bei den Beitrittsverhandlungen im Bereich „Landwirtschaft“. Treffen mit Jerzy Plewa, dem Chefunterhändler in Fragen Landwirtschaft].

In: <http://www.isp.org.pl/docs/PE/plewa.doc>. Zbigniew Wilkiewicz: Polska a tożsamość europejska [Polen und die europäische Identität]. In: *Materiały na seminarium rady naukowej PTE i rad naukowych oddziałów PTE*. Warszawa, kwiecień 2003.

Das Dilemma der Freiwilligkeit und der demokratischen Legitimierung des Beitritts (Referendum).<sup>4</sup>

Das Dilemma einzelner Gesellschaftsschichten, die mittelfristig zu Verlierern des EU-Beitritts werden können (Landwirte, Arbeiter).<sup>5</sup>

Die ausgesprochen asymmetrische „Partnerschaft“ zwischen Polen und der EU ergibt sich auf der pragmatischen Verhandlungs- und Beitrittsstufe zu einem aus den enormen materiellen und sozialen Abständen und zum anderen aus der in Polen noch zu leistenden Modernisierung, die zu weiteren sozialen Verwerfungen führen wird. Aber auch die EU hat bisher keine tragfähigen gemeinsamen Lösungsansätze für die Massenarbeitslosigkeit gefunden. Aufgrund anhaltender Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse innerhalb der EU werden die Beitrittskandidaten einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt, wobei der Sozialstaatsgedanke auf der Strecke bleiben könnte. Deshalb wählt man dort vermehrt sozialdemokratisch.

Da man sich seitens der EU-15 bisher auf keine durchgreifende Reform einigen konnte, und auch die Frage der Finalität der EU offen bleibt, scheint die EU-Erweiterung - auch für die Kandidaten - mit recht hohen Risiken verbunden zu sein. So wird in der Diskussion um die Gemeinsame Agrarpolitik deutlich, dass es keine Gleichbehandlung mit den Altmitgliedern geben wird. Man fühlt sich also als Europäer zweiten Ranges.

Im EU-Konvent hat es seitens Polens bisher keine originellen Beiträge hinsichtlich der Finalitäts- und Verfassungsdebatte gegeben, da die schwierigen Verhandlungen angesichts der

manifesten polnischen Wirtschaftskrise sämtliche Energien absorbierten.<sup>6</sup> Der polnische Staatspräsident Kwaśniewski spricht sich in seinen öffentlichen Auftritten sehr allgemein für ein „Europa der Vaterländer“ aus.<sup>7</sup> Sicherlich bevorzugen die meisten Polen den souveränen Nationalstaat, der möglichst wenige Rechte an die EU abtreten sollte.

Damit steht Polen allerdings nicht allein da, denn auch in allen anderen Kandidatenstaaten gibt es ähnliche Einwände gegen die EU.

### **Europa, die EU, Polen und das Nationalstaatsmodell**

Die Wiederbelebung des Nationalstaatsgedankens kann für das geeinte Europa nicht das Ziel sein, vielmehr stellt sich die Frage, wie weit die Föderalisierung der europäischen Staaten in einem integrierten Europa gehen kann (Staatenbund versus Bundesstaat). Die jüngsten Entwicklungen auf dem Balkan, auf Zypern, in Nordirland oder im Baskenland sind alles andere als ermutigend. Gleichzeitig erleben wir seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Modells eine spürbare Renationalisierung in den europäischen Staaten. Gerade in letzter Zeit sind in mehreren Ländern rechtspopulistische Bewegungen und Parteien auf dem Vormarsch. Hier sei nur an Italien (Berlusconi), Frankreich (Le Pen) und Österreich (Haider) erinnert, aber auch an die Niederlande (Fortuyn), Dänemark und Portugal. Die EU erweist sich zusehends als Festung, Dauerthema bleibt die Zuwanderungsdebatte, das Projekt eines „Europa ohne Grenzen“ wird in Frage gestellt. Damit wird aber auch das Dilemma der Transnationalität - angesichts einer

<sup>4</sup> Marek Orzechowski: Czy potrzebujemy referendum w sprawie wejścia do Unii Europejskiej, Trzy razy „nie” [Brauchen wir ein Referendum in Sachen EU-Beitritt? Dreimal „nein“]. In: Tygodnik Powszechny, 5.5.2002, S. 3.

<sup>5</sup> Lena Kolarska-Bobińska (Hg.): Polacy wobec wielkiej zmiany. Integracja z Unią Europejską [Die Polen angesichts großer Veränderungen. Die Integration in die Europäische Union] ISP. Warszawa 2001.

<sup>6</sup> Bartłomiej Nowak: Omówienie stanu toczącej się dyskusji na temat przyszłości Unii Europejskiej [Bericht über den Stand der laufenden Diskussion zum Thema der Zukunft der Europäischen Union]. In: Jakiej Europy potrzebuje Polska. In: <http://www.isp.org.pl>

<sup>7</sup> President Aleksander Kwaśniewski's address to the session inaugurating the Forum „Together on the Future of Europe“. In: <http://www.weltpolitik.net/1080.html>.

Aufwertung der Regionen – offenkundig. Im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, der die EU außenpolitisch gespalten hat, wird darüber hinaus deutlich, dass wir von der Durchsetzung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik noch sehr weit entfernt sind.<sup>8</sup> Polen hat sich in diesem Kontext im Gegensatz zu Deutschland, Russland und Frankreich bekanntlich ganz eindeutig für die militärische Interventionspolitik der USA und Großbritanniens ausgesprochen.

Polen nimmt an der europäischen Zukunftsdebatte also insofern teil, als es mit entsprechenden Forderungen der EU konfrontiert wird (Sicherung der Ostgrenze als Außengrenze der EU, Visumpflicht, Einschränkung der Freizügigkeit für polnische Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Verunsicherung hinsichtlich der ehemals deutschen Nord- und Westregionen Polens, Erwerb landwirtschaftlicher Flächen).

Einerseits halten die Länder der EU-15 mehr oder minder am Nationalstaat fest, andererseits signalisieren sie den Beitrittskandidaten, also auch Polen, dass es sich dabei nicht um das Zukunftsmodell handeln kann. Einerseits kritisiert die EU aus Sicht des gemeinsamen Besitzstandes Intoleranz und Diskriminierung von Minderheiten bei den Kandidaten, andererseits wird sie mit ähnlichen Problemen auf der realen gesellschaftlichen Ebene selbst nicht fertig (Rechtspopulismus, Zuwanderungsdebatte, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus).

So bleibt der Nationalstaat sowohl für die EU-15 als auch für Polen weiterhin von großer Bedeutung, denn durch die nationalen Verfassungen werden die persönlichen und sozialen Rechte garantiert und die Bevölkerung identifiziert sich in hohem Maße mit den nationalen Parlamentsentscheidungen. Die Debatte hinsichtlich der Überwindung des Nationalstaates wurde in Polen bisher weder in der öffentlichen noch in der veröffentlichten Meinung nachhaltig geführt. Sie ist bestenfalls

Gegenstand von Expertenrunden. Dabei stellt sich die Frage der Finalität der EU in der polnischen Diskussion auch deshalb als besonders problematisch dar, weil die Frage nach dem europäischen Föderalismus und seiner weiteren Vertiefung – ähnlich wie in Großbritannien (Staatenbund oder Bundesstaat) sehr kontrovers diskutiert wird.<sup>9</sup>

### **Verfassungspatriotismus und europäische Identität**

Auf Dauer sollte die transnationale EU also eine ebenbürtige Rechtsqualität aufweisen wie die Nationalstaaten, die Bürger sollten sich mit den Institutionen auf transnationaler Ebene identifizieren können. Das europäische Wir-Gefühl muss dabei freilich ganz ohne identitätsstiftende nationale Mythen auskommen. Anstelle eines nicht existenten transnationalen Mythos gibt es hingegen viel Skepsis und Misstrauen gegenüber dem fernen und anonym agierenden Brüssel. Immerhin hat man in der EU jetzt eine gemeinsame Währung, die auch identitätsstiftend wirken kann, da sie auf gemeinsamer Disziplin und Solidarität der bisher zwölf teilnehmenden Staaten basieren soll. Die weiterhin bestehenden und sich angesichts der Beitrittsdebatte verschärfenden nationalen Egoismen erfordern solidarische transnationale Lösungsansätze (Deutschland und Zuwanderung, Frankreich, Südeuropa und Transfers aus der Gemeinsamen Agrarpolitik, Kosten des Aufbauprogramms auf dem Balkan, Kosten der Osterweiterung). Somit hat der Begriff der Solidarität im Kontext mit der Identitätsfrage höchste Priorität. Anders formuliert: Wenn im Namen Europas solidarisches Handeln verlangt wird, so stellt sich die konkrete Frage, wie es die einzelnen europäischen Staaten mit dem Stellenwert einzelner Werte halten, über die man sich - abstrakt und universalistisch betrachtet - durchaus einig ist. Dabei wird in

<sup>8</sup> <http://www.cap.uni-muenchen.de/konvent/reformen.htm>

<sup>9</sup> Krzysztof Szczerski: Unia Europejska to nie państwo [Die Europäische Union ist kein Staat]. In: Archiwum Zeszytów „Polska w Europie”, 41, September 2002.

Abhängigkeit von der jeweiligen gesamteuropäischen globalen Situation und der aktuellen Priorisierung bestimmter Politikfelder einem der folgenden Werte immer wieder eine besondere Bedeutung zukommen:

*Persönliche Freiheit*

*Gerechtigkeit*

*Frieden*

*Pluralismus*

*Einheit*

*Selbstbestimmung*

*Wohlstand*

Um Beliebigkeit und reines Machtkalkül zu verhindern, wird es neben den rechtlichen und institutionellen Regulierungen der größeren und reformierten EU deshalb auch immer darum gehen müssen, eine zukunftsorientierte politische Ethik zu formulieren und durchzusetzen:

*„Notwendig ist eine Ethik der Einigungspolitik vor allem im Hinblick auf das Europa, das noch geschaffen werden muss. Von den Verantwortlichen in den Institutionen, insbesondere im Parlament und in der Kommission, ist im Namen dieser Ethik zu verlangen, dass sie immer wieder die Prioritäten und die Motive für das Einigungswerk deutlich machen; Friede, Versöhnung, Toleranz, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit.“<sup>10</sup>*

Dieses Verständnis zielt somit in erster Linie auf die Didaktisierung des Europagedankens, der an einen Verfassungsbegriff und nicht auf die Pflege eines wie auch immer gearteten Nationalgefühls gekoppelt werden muss. Dabei kann der in Deutschland entwickelte Begriff des Verfassungspatriotismus behilflich sein, der von einer Verknüpfung des Patriotismus mit den bürgerlichen Freiheiten und mit der Verfassung ausgeht.<sup>11</sup> Allerdings sollte an dieser Stelle kritisch angemerkt werden, dass der Begriff des Verfassungspatriotismus nicht

erst in der Berliner Republik erheblich an Konjunktur eingebüßt hat. Obschon die Verabschiedung einer europäischen Verfassung kurzfristig nicht zu erwarten ist, hat sich die Diskussion über eine EU-Verfassung durch die Arbeiten im Europäischen Konvent in den letzten Monaten verdichtet und nimmt immer konkretere Formen an.

Im polnischen Europadiskurs spielt die Diskussion um eine EU-Verfassung freilich immer noch eine untergeordnete Rolle. Sie wird in Gänze von der lauten Debatte über den EU-Beitritt und die Beitrittsbedingungen überlagert.

### **Die Charta der europäischen Identität**

Im Anschluss an die viel beachtete Rede von Václav Havel vom März 1994, in der der ehemalige tschechische Staatspräsident eine Definition der europäischen Identität einforderte, erarbeitete die Europa-Union Deutschland eine Charta der Europäischen Identität, die auf dem 41. Kongress der EUD am 28. Oktober 1995 mit zwei Gegenstimmen angenommen wurde. Die Charta gliedert sich in sechs übergeordnete Kapitel, auf die ich kurz eingehen möchte:

#### *I. Europa als Schicksalsgemeinschaft*

(Alle sind voneinander abhängig, das gemeinsame Schicksal können wir mitgestalten oder erdulden).

#### *II. Europa als Wertegemeinschaft*

(Toleranz, Humanität, Brüderlichkeit, Antike, Christentum, Renaissance, Humanismus und Aufklärung, Vielfalt und föderaler Aufbau, Werteschutz, Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten [1950], Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte [1989], europäische Unionsbürgerschaft).

#### *III. Europa als Lebensgemeinschaft*

(Erfahrbarkeit und Mitwirkung durch den Bürger, Transparenz der Entscheidungen, klare und verständliche Verfassung für die EU, Erziehung zu Toleranz durch Kultur und Bildung, frühzeitig Fremdsprachen lernen,

<sup>10</sup> Thomas Jansen: Die EU als ethisches Projekt. In: EU-Magazin, 6/1997, S. 24-25.

<sup>11</sup> Europäische Identität als Lehr- und Lerngegenstand. In: <http://www.eduvinet.de/eduvinet/de004.htm>.

Unionsbürgerschaft mit gleichen Rechten und Pflichten).

IV. *Europa als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft*

(Montanunion, EWG, Wohlstand, soziale Zielsetzung der Ökonomie, solidarische Wohlstandsverteilung, Beseitigung der Arbeitslosigkeit).

V. *Europa als Verantwortungsgemeinschaft*

(Konfliktverhinderung im Bereich der GASP, Fairness gegenüber anderen Weltregionen, Menschenrechte, Minderheiten, Unterstützung der Osterweiterung).

VI. *Auf dem Wege zu einer europäischen Identität*

(EU-Verfassung mit Grund-, Menschen-, Sozialrechten, gemeinsame föderale Ordnung, Unionsbürgerschaft, gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltpolitik mit dem Ziel, Arbeit für alle zu schaffen und weitere Umweltzerstörung zu verhindern, Kultur und Bildung mit dem Primat der Einheit in der Vielheit, Europäer ist man nicht durch Geburt, sondern wird es durch Bildung, Mehrsprachigkeit).

*„Freiheit, Friede, Menschenwürde, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit sind unsere höchsten Güter. Um sie zu sichern und weiterzuentwickeln, braucht Europa eine moralisch überzeugende politische Gestalt und eine solidarische Politik, die den europäischen Gemeinsinn stärkt, die EU glaubwürdig macht und auf die wir Europäer stolz sein können. Wenn das erreicht ist, dann gibt es auch eine stärkere europäische Identität.“<sup>12</sup>*

## Die Grundrechtecharta der EU

Ein weiteres wichtiges Dokument, das auf EU-Ebene beschlossen wurde, stellt bekanntlich die Grundrechtecharta der Europäischen Union dar, die am 7. Dezember 2000 anlässlich des

<sup>12</sup> Charta der europäischen Identität. Beschlossen in Lübeck am 28. Oktober 1995 vom 41. Ordentlichen Kongreß der Europa-Union Deutschland. Herausgeber: Europa-Union Deutschland. Bonn o. J., S. 6.

Europäischen Rats in Nizza proklamiert wurde. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten strebt an, diese Charta in die vertraglichen Grundlagen der EU aufzunehmen. Durch die Charta sollen Identität und Legitimität der EU gestärkt werden. Sie besteht aus sechs Kapiteln (Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürger- und justizielle Rechte), in denen die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte sowie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte in einem überstaatlichen Dokument zusammengefasst werden. In einem weiteren Kapitel werden die horizontalen Fragen, also die Regeln, die querschnittsartig für alle Grundrechte gelten, erfasst. Es wurden auch neue Formulierungen aufgenommen, so das Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen (Art. 3), Datenschutz (Art. 8), Rechte der Kinder (Art. 24) und das Recht auf eine gute Verwaltung (Art. 41). Über die Zukunft der Charta wurde im Einvernehmen mit dem Beschluss des Europäischen Rates auf der Regierungskonferenz von Laeken (14. bis 15.12.2001) im Rahmen des EU-Konvents beraten.<sup>13</sup> Auch wenn das Mandat dieses ersten Konvents eher restriktiv war, da es nicht darum ging, eine Auseinandersetzung über eine moderne Grundrechtsordnung zu führen, kam der Beauftragte des österreichischen Bundeskanzlers, Heinrich Neisser, ähnlich wie das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland zu einer durchaus positiven Wertung: „Es ist ein Kompromiss, in vielen Formulierungen eher inhomogen, aber insgesamt doch ein geschlossenes Dokument, welches die europäische ‘Grundrechtslandschaft’ aus verschiedenen Bezügen her erst mal zusammenfasst.“<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Die Grundrechtecharta der Europäischen Union. In: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/vertiefung/grundrechtecharta\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/grundrechtecharta_html)

<sup>14</sup> Club Rennegasse 12: Das ‘Geheimnis’ der EU-Grundrechtecharta. In: <http://www.voez.at/dynamicPage.asp?MenuID=250>

## Die Notwendigkeit einer EU-Verfassung

Ohne Zweifel wurde mit der Charta ein weiterer Schritt in Richtung Verabschiedung einer EU-Verfassung getan. Mit ihr soll also der politische Überbau geschaffen werden, um den Vorwurf des Legitimationsdefizits der EU zu entkräften. Unabhängig vom jetzigen Diskussionsstand und den zahlreichen Entwürfen bleibt festzuhalten, dass sich die Regierungen der Mitglieds- und Beitrittsländer darin einig sind, dass es einer Verfassung als einem identitätsstiftenden gesamteuropäischen Dokument bedarf. Bekanntlich hat der Europäische Konvent am 6. 2. 2003 einen Entwurf der Artikel 1 bis 16 des Vertrages über eine Verfassung für die Europäische Union vorgelegt.<sup>15</sup> Folgt man der EU-Agenda, so hat man sich bis zur Regierungskonferenz von 2004 vorgenommen, im Rahmen der Arbeit des Europäischen Konvents vier übergeordnete Fragenkomplexe aufzugreifen und zu lösen:

1. Genauere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten (Subsidiaritätsprinzip)<sup>16</sup>
2. Festlegung des rechtlichen Status der „Charta der Grundrechte“, die integraler Bestandteil der EU-Verfassung werden soll
3. Vereinfachung der Verträge
4. Stärkung der nationalen Parlamente in der Architektur Europas<sup>17</sup>

Die Arbeit des Konvents hat bereits zu beachtlichen Zwischenergebnissen geführt und den notwendigen Diskurs über die Reform der

EU-Institutionen und über die Finalität Europas erheblich belebt.<sup>18</sup> Mit der Unterzeichnung der EU-Beitrittsverträge in Athen (16. April 2003) stellt sich diese Frage einer grundlegenden Reform der EU – angesichts einer EU mit demnächst 25 Mitgliedern – auch immer dringlicher.<sup>19</sup>

Damit ist aber in noch stärkerem Maße gesamteuropäische Konsensfähigkeit, Diplomatie und Politik gefragt, denn angesichts des offenkundigen Legitimationsdilemmas der EU sowie der gravierenden sozialen, außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen kann die Erfolgsgeschichte der EU nicht mehr nur rein ökonomisch fortgeschrieben und legitimiert werden.<sup>20</sup>

Jürgen Habermas formulierte diesen Sachverhalt, als er die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung begründete, wie folgt:

*„Andererseits liefert die rationale Erwartung von Gewinnen und Wettbewerbsvorteilen nur eine begrenzte Legitimation. Wünschenswerte Ergebnisse stabilisieren bestenfalls den Status quo, selbst wenn wir den symbolischen Wert in Rechnung stellen, den der einheitsstiftende Euro demnächst im Alltag der Konsumenten haben wird. Wirtschaftliche Erwartungen reichen als Motiv nicht aus, um in der Bevölkerung politische Unterstützung für das risikoreiche Projekt einer Union, die diesen Namen verdiente, zu mobilisieren. Dazu bedarf es gemeinsamer Wertorientierungen.“<sup>21</sup>*

<sup>15</sup> Entwurf der Artikel 1-16 des Vertrages über die Verfassung für die Europäische Union, vorgelegt vom Konvent zur Zukunft Europas am 6. 2. 2003 (Auszüge). In: EU-Nachrichten, 6, 13.2.2003.

<sup>16</sup> Ein zukunftsfähiges Europa. Arbeitsteilung, Gesellschaftsmodell und Öffentlichkeit als Kernaufgaben. Diskussionspapier von Thomas Fischer, Bereich Politik, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh und Dr. Claus Giering, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Centrum für angewandte Politikforschung, München, Gütersloh/München, Dezember 2001.

<sup>17</sup> Claudia Major: Zum Stand der Diskussion um eine Europäische Verfassung. In: <http://www.weltpolitik.net/252.html>.

<sup>18</sup> Hartmut Marhold: Der Konvent zwischen Konsens und Kontroversen. In: Integration, 4/02, S. 251-268. Siegfried Magiera: Zur Kompetenzneueordnung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten. In: Integration, 4/02, S. 269-284.

<sup>19</sup> Helmut Bänder: Zwischenstation Athen. Die Unterzeichnung der EU-Beitrittsverträge. In: FAZ, 16.4.2003.

<sup>20</sup> John Coughlan: EU-Außenpolitik auf dem Prüfstand. In: Europe Infos, 43, November 2002. Auslaufmodell In: EU-Nachrichten, 13, 3.4.2003.

<sup>21</sup> Jürgen Habermas: Die Diplomatie ist in eine Sackgasse geraten. In: <http://www.weltpolitik.net/436.html>.

## Resümee

Zweifelsohne würde jeder aufgeklärte Europäer – und somit auch jeder aufgeklärte Pole – dieses Votum unterschreiben. Wenn es aber konkret um die Debatte der europäischen Identität und der europäischen Verfassung geht, so standen in Polen in den letzten Monaten diesbezüglich besonders zwei Themen im Vordergrund. Zum einen wurde festgestellt, dass Teile der polnischen Verfassung nicht mit den Rechtsvorschriften der EU übereinstimmen (Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht, mindestens 50 Prozent Wahlbeteiligung als Voraussetzung für die Gültigkeit des Referendums, kommunales Wahlrecht für EU-Ausländer etc.). Zum anderen wurde seitens der polnischen Repräsentanten im EU-Konvent die Forderung aufgestellt, dass es in der Präambel der europäischen Verfassung eine zeitgemäße *invocatio dei*, also einen Hinweis auf das christliche Erbe Europas, geben sollte. Der den Sejm repräsentierende Sozialdemokrat und ehemalige Ministerpräsident Józef Oleksy argumentierte in diesem Kontext wie folgt:

*„Das soll nicht nur ein Europa der Konzerne und der dicken Brieftaschen werden, sondern auch ein geistiges Europa, in dem sich der Mensch nicht nur als Konsument entwickelt. Und ein Element, wenn auch nur ein Element dieses Geistes, ist die Religion.“*<sup>22</sup>

Dieses Votum stieß auf den entschiedenen Protest Frankreichs, ähnlich wie zwei Jahre zuvor während der Diskussion um die Grundrechts-Charta der EU.

Wie stark die Initiative der polnischen Repräsentanten mit dem Tagesgeschäft des Beitritts verbunden ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass sich Staatspräsident Kwaśniewski nach einem Treffen mit Primas Glemp am 7. April 2002 dafür aussprach, dass sich die polnische Konvents-Delegation um die Festschreibung christlicher Werte in der Präambel bemühen sollte. Unschwer lässt sich

hieraus ableiten, dass dadurch die Akzeptanz des EU-Beitritts bei der katholischen Kirche und angesichts des am 7. und 8. Juni 2003 abgehaltenen Referendums verstärkt werden sollte. Unabhängig von dieser polnischen Diskussion gab es natürlich auch gesamteuropäische katholische Initiativen, die sich dafür aussprachen, in der zukünftigen europäischen Verfassung – nach dem Vorbild der polnischen Verfassung – eine *invocatio dei* zu berücksichtigen.<sup>23</sup> Inwiefern die EU-Verfassung überhaupt eine Präambel erhalten wird, und ob es in einer solchen eine Berufung auf die „christlichen Wurzeln“ Europas geben wird, ist bisher noch nicht sicher.<sup>24</sup> Dass die katholische Kirche Polens sich hinsichtlich des bevorstehenden EU-Beitritts des Landes recht unterschiedlich positioniert, wurde auf dem Treffen katholischer Bewegungen und Organisationen deutlich, das am 15. und 16. März 2003 unter der Losung „Quo vadis Europa“ in Gnesen stattfand.<sup>25</sup>

Unabhängig von dem für Polen als günstig einzustufenden Verhandlungsergebnis des Gipfels von Kopenhagen (13. Dezember 2002) waren es in erster Linie die polnischen Verhandlungsführer und die regierenden Parteien, die den nun sehr wahrscheinlichen Beitritt zur EU uneingeschränkt bejubelten. Die Kritik mehrerer populistischer Parteien und Bauernführer am Verhandlungsergebnis sowie das spätere Zerschlagen der Koalition mit dem Ausscheiden der Bauernpartei (PSL) aus dem Regierungsbündnis haben in den letzten Monaten verdeutlicht, dass der Beitritt des Landes – trotz des positiven Ausgangs des

<sup>22</sup> Jędrzej Bielecki: Ile Boga w Europie [Wieviel Gott in der Union]. In: [http://www.rzeczpospolita.pl/gazeta/wydanie\\_020524/kraj/kraj\\_a\\_3.html](http://www.rzeczpospolita.pl/gazeta/wydanie_020524/kraj/kraj_a_3.html)

<sup>23</sup> Cesare Mirabelli: Hin zu einer europäischen Verfassung? In: Europe Infos, 42, Oktober 2002. John Coughlan: Religion und die Zukunft der EU. In: Europe Infos, 45, Januar 2003.

<sup>24</sup> Na razie bez Boga w projekcie konstytucji UE [Bisher ohne Gott im Verfassungsprojekt der EU]. In: <http://www.schuman.org.pl/modules.php?name=News&file=article&sid=1941>.

<sup>25</sup> Marek Zając: Kościół i Unia – na marginesie IV Zjazdu Gnieźnieńskiego [Die Kirche und die Union – am Rande des IV. Gnesener Kongresses]. In: Tygodnik Powszechny, 23.3.2003, S. 18.

Referendums am 7. und 8. Juni 2003 innerhalb der Gesellschaft weiterhin umstritten bleibt.<sup>26</sup> Insofern lässt sich füglich behaupten, dass die europäische Identität der Polen tradierten und nationalstaatlich geprägten Mustern folgt und bisher kaum von der gegenwärtig geführten Diskussion um die Finalität des europäischen Einigungsprozesses – ob nun mit oder ohne EU-Verfassung – berührt wurde.

Die polnische Europaministerin Danuta Hübner beschrieb diesen Sachverhalt im Juni 2002 in einem Gespräch mit dem polnischen Bischof Tadeusz Pieronek und Vertretern der renommierten katholischen Wochenschrift „Tygodnik Powszechny“ wie folgt:

*„Dagegen ist in Polen die Diskussion über wesentliche Fragen der Zukunft Europas und der Zukunft Polens in einem geeinten Kontinent geradezu erstorben. Wir konzentrieren uns auf technische Regelungen, auf den Streit über die Übergangsfristen, wobei diese Dinge die Europäer trennen und sie nicht einen. In den Medien gibt es auch keine Diskussion über die Vision eines zukünftigen Europas. Man muss zu den großen Worten zurückkehren. Es zählen die Ideen, gemäß denen wir zukünftig in der Union leben werden.*

*Wir müssen in den Bürgern das Interesse an Dingen wecken, die über ihre nächste Umgebung hinausreichen. Dies wird uns erlauben, in der europäischen Gemeinschaft zu funktionieren. Wir müssen lernen, uns den anderen gegenüber zu öffnen, besser zu kommunizieren, uns von einem Land in das andere zu bewegen, mit anderen zu kooperieren. Andernfalls wird es uns schwer fallen, uns im erweiterten Europa wiederzufinden und unsere kulturelle Identität beizubehalten, die für viele Polen wichtig ist. Deshalb müssen wir zur europäischen Debatte über große und zukunftssträchtige Themen zurückkehren. Leider haben wir hierfür immer weniger Zeit.“<sup>27</sup>*

<sup>26</sup> Klaus Bachmann: Endlich die europäische Ente erlegt? In: Dialog, 62-63, 2003, S. 7-8. Zdzisław Krasnodębski: Ambivalente Gefühle. Polen am Vortag des EU-Beitritts. In: Dialog, 62-63, 2003, S.17-19.

<sup>27</sup> Trzeba wrócić do wielkich słów. Zapis spotkania minister ds. Europejskich Danuty Hübner z biskupem Tadeuszem Pieronkiem i redakcją „TP”. [Man muss zu den großen Worten zurückkehren.

Die appellative und persuasive Diktion dieser Aussage verdeutlicht, dass sowohl die polnischen Eliten als auch die breite Mehrheit der polnischen Gesellschaft weit davon entfernt sind, sich mit den Europa betreffenden großen Themen, so auch der Frage nach einer europäischen Identität, zu beschäftigen. Spätere Stellungnahmen der polnischen EU-Ministerin aus dem Europäischen Konvent – zum Beispiel vom Dezember 2002 - haben einen ähnlichen Tenor.<sup>28</sup> Offen bleibt insbesondere, für welche Variante der europäischen Einigung sich die polnische Führung aussprechen wird.<sup>29</sup> Damit befindet sie sich in Gesamteuropa aber weiterhin durchaus in prominenter Gesellschaft.

Protokoll der Begegnung der Ministerin für Europaangelegenheiten mit Bischof Tadeusz Pieronek und der Redaktion des TP]. In: Tygodnik Powszechny, 9.6.2002, S. 7.

<sup>28</sup> Danuta Hübner: W sprawie przyszłości Unii Europejskiej [In Sachen der Zukunft einer Union der Europäer], in: Archiwum Zeszytów „Polska w Europie”, 42, Dezember 2002.

<sup>29</sup> Roman Graczyk: Jedna Unia, ale dwie Europy [Eine Union, aber zwei Europas]. In: Tygodnik Powszechny, 30.3.2003, S. 4.

Gerhard Schüsselbauer

## Die Donau, die Idee „Europa“ und die Zukunft der EU

*„Wir verzehren die Quellen großer Flüsse als heilige Stätten. Die plötzliche Entstehung eines gewaltigen Stromes aus dem Unbekannten heraus lässt uns Altäre errichten. Verehrung finden die heißen Quellen, und manchem fließenden Gewässer hat die schattige Lage oder die unergründliche Tiefe Weihe verliehen.“ Seneca*

### **Europa und die Donau – Ideen**

Die „Donau“ als bloßen geographischen Begriff im Rahmen der vielschichtigen EU-Erweiterungsdiskussion aufzufassen, ist genauso verengt und irreführend wie „Europa“ als lediglich geographisch festgelegten Kontinent. Denn spätestens seit Herodot ist Europa ein Kulturbegriff, eine „Idee“, die ständig neu entdeckt werden und mit Leben erfüllt sein muss. Noch bis in die römische Antike spielte die Unterscheidung in Erdteile keine nennenswerte Rolle. Erst die „Begründung Europas“ (Ferdinand Seibt) im Mittelalter ebnete den Weg der Vormachtstellung des alten Kontinents, die sich freilich erst in der Neuzeit deutlich herauskristallisierte. Unzählige sozial- und geisteswissenschaftliche Publikationen beschäftigen sich mit dem Aufstieg sowie dem Fall europäischer Völker, Länder und Nationen. Europa hat seinen Ort in der Selbstidentifikation und Selbstdefinition derer, die sich Europäer nennen. Zwar gehört zur Selbstdefinition immer auch die Abgrenzung gegen Anderes, und zwar unvermeidlich, weil kein Individuum und kein Volk alles Mögliche gleichzeitig sein kann. Es ist allerdings ein fundamentaler Unterschied, ob die Abgrenzung blinder Selbstüberhebung oder Dominanz dient oder, was noch schlimmer ist, die Selbstdefinition sich über einen Feind vollzieht – oder ob sie das Anderssein anderer Menschen und Völker erträgt und toleriert. Man könnte sich auch an Heraklits Motive des Fließens, des Flusses, des ständigen Werdens

als Grundlage europäischer Identität erinnern. Identität braucht Erinnerung, die sich vor allem darauf bezieht, was trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen gewachsen ist. Der Kontinent Europa war nie statisch, nie fest umrissen, sondern immer dynamisch, stets im Wandel begriffen. Das steht im krassen Gegensatz zu den statischen politischen Systemen platonischer staatsphilosophischer Prägung oder den Heilsversprechungen von Marx, der meinte, die Richtung der für ihn deterministischen Einbahnstraße klar vorgeben zu können. Auch die Donau muss man als permanenten Wandel begreifen; sie ist kein festes System. Heißt das aber nach den Erfahrungen der letzten mehr als zehn Jahre auch, dass es keine Stabilität geben kann?

Während der Rhein jahrhundertlang die umkämpfte Grenze – gleichsam als neuzeitlicher Rubikon – zwischen Franzosen und Deutschen darstellte, war die Donau wie kein zweiter Fluss in Europa ein Symbol für die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als ein Jahrzehnt nach den Umbrüchen ist diese Teilung nicht wirklich aufgehoben. Der politischen Konfrontation folgte die sichtbare Asymmetrie im Wohlstandsniveau zwischen den Menschen und zwischen den einzelnen Ländern. Der „Westen“ fürchtet sich heute vor einer unkontrollierbaren Migration, der „Osten“ vor der Wirtschaftsmacht des „Westens“, dem Ausverkauf und dem Verlust der neu gewonnenen Souveränität und der nationalen Identität. Die EU darf keine prinzipielle Dekonstruktion des Nationalen sein, wohl aber die Disziplinierung und Einbindung von Nationalstaaten in ein größeres Ganzes, das höheren Zielen dient als nur nationalstaatlichen Eifersüchteleien oder einer asymmetrischen, durch Protektionismus verursachten Wohlstandsmehrung.

Im Zuge der Einigung Westeuropas ist Europa zwar wieder ein Kulturbegriff geworden, aber ein unvollständiger Begriff, denn in der Mitte Europas herrschte ein Vakuum. So konnte auch der Donauroum nie seine Rolle als Zentrum Mitteleuropas ausfüllen. Zu sehr war die Europäisierung in Wahrheit bis 1989 auf West- und Nordeuropa konzentriert. Wenn wir den Blick ins Spätmittelalter richten, dann prägte das Corpus Christianum maßgeblich den Begriff Europa. Es handelte sich in der Vorstellung der Menschen um ein romanisch-



germanisch-westslawisch-ungarisches Europa. Man muss nicht den Geist des Visegráder Treffens im 14. Jahrhundert heraufbeschwören, aber die Erinnerung daran wach halten, und unsere Messlatte sollte daran ansetzen. Denn das Zusammentreffen von „Wirtschaftsdelegationen“ aus Böhmen, Ungarn, Polen, Bayern und Lothringen verweist auf die gemeinsamen überregionalen Interessen im geographisch-wirtschaftlichen Großraum zwischen den Karpaten und dem Adriatischen Meer mit der Donau als wichtigstem Handelsweg.

In einer historischen Betrachtung sollte man den Europagedanken allerdings nicht zu eng eingrenzen. Erst die Aufklärungstradition bringt uns weiter, wenn man den Einigungsprozess als einen Prozess der Bildung einer offenen, toleranten, europäischen Gesellschaft versteht. Die Staaten, die sich in der europäischen Vereinigung, vielleicht einer Konföderation, zusammenschließen, verlangen voneinander die unumstößliche Anerkennung der Menschen- und Minderheitenrechte, der demokratischen Kultur, des Rechtsstaates und einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft, in der auch Platz für ordnungspolitisch orien-

tierte Sozialpolitik und sozialen Ausgleich sein muss.

### ***Einheit der Vielfalt statt Einheit durch Vielfalt!***

Im neuen Jahrhundert könnte die Donau nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts auf dem Balkan der Fluss der Einigung eines vielfältigen, sehr heterogenen Raumes werden. Notwendig dazu ist die Intensivierung der Verflechtungen zwischen den Wirtschafts- und Kulturräumen entlang des Flusses. Gerade der Donauroum mit seiner beinahe unvergleichlichen Heterogenität hat ein wirtschaftliches Potenzial, das sich aus einer besonderen Kultur herleitet, ein Potenzial, das lange verschüttet blieb, das sich aber jetzt aus dem gemeinsamen ökonomischen Interesse speisen könnte. Ökonomie ist kein Selbstzweck, wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum sind kein Fetisch, der Wettbewerb selbst ist ein Entdeckungsprozess zwischen Regionen und Staaten. Ökonomie ist ein Instrument, ein Vehikel für gleichsam höhere Ziele: Frieden, Stabilität, Freiheit des Einzelnen und Wohlstand der Bevölkerung. Dies sollte auch im Donauroum gelten.

Zweifellos, die Erweiterung ist im neuen Jahrhundert die herausragendste Aufgabe neben der Vertiefung und grundlegenden Reform der

Europäischen Union. Sie ist auch ein Test für die Europäische Union selbst, ob sie sich als Werte- und vor allem als Solidargemeinschaft bewähren kann, oder ob national- und einzelstaatliche Egoismen dominieren. Die Einigungsbestrebungen werden häufig mit Einheits- und Homogenisierungsbestrebungen einer fernen Brüsseler Bürokratie und Technokratie gleichgesetzt. Und doch muss es in der Europäischen Union vor allem darum gehen, den Wettbewerb und die Vielfalt zwischen den Regionen zu stärken. Dieser Spagat wird die Diskussion um die zukünftige Gestalt Europas dominieren, vor allem bei der anstehenden Integration des „Zwitters“ Türkei, einem Land, das sowohl Elemente des Laizismus des 20. Jahrhunderts als auch des Islamismus neuer Prägung aufweist. Fragwürdige Assoziationen wie der geschichtliche Rekurs auf die türkische Belagerung Wiens im Jahr 1683 oder die Türkenherrschaft auf dem Balkan bis weit ins 19. Jahrhundert dürfen nicht die Idee der Zukunft Europas im 21. Jahrhundert überlagern. Viel eher drängt sich die Frage nach der Modernität des türkischen Staats- und Gesellschaftswesens auf. Eingeschränkte Religionsfreiheiten und die mangelhafte Kontrolle des Militärs durch zivilgesellschaftliche Institutionen sind Problemaspekte, die ebenso wie die weiterhin aktuelle Frage der Menschen- und Minderheitenrechte gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention noch gewaltiger Reformanstrengungen bedürfen. Die Wirtschaftsgeschichte Europas im Allgemeinen und des Donauraums im Speziellen hält uns beispielhaft vor Augen, dass es die wettbewerbliche Verbindung von Städten und Regionen, Völkern und Staaten war, die einen sicher nicht immer konfliktfreien Fortschritt mit sich brachte. Deutlich wird aber auch, dass der Fortschritt sehr ungleichmäßig auf die Länder verteilt war und ist. Die Erweiterung der EU ist primär auch kein Instrument, um die Unterschiede abschaffen zu können, sondern um den neuen Mitgliedsländern bessere Start- und Wettbewerbsmöglichkeiten in einem Binnenmarkt zu verschaffen. Kurz gesagt, das

Ziel muss darin bestehen, eine gleichberechtigte, lebendige, freiwillige Partnerschaft zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und allen Beitrittswilligen möglich zu machen, um die Stärke – die Einheit der Vielfalt der Regionen – besonders zur Geltung bringen zu können.

### ***Was ist das Ziel der EU-Erweiterung?***

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Dimensionen der Erweiterung der EU bietet es sich an, einige Thesen zu entwickeln.

**These 1:** Armut und wirtschaftliche Unterentwicklung allein sind kein Integrationshindernis.

Die objektiv messbare ökonomische Rückständigkeit der mittel-, ost- und südosteuropäischen Transformationsländer allein ist kein hinreichendes Argument, die reale Integration dieser Ländergruppe hinauszuschieben. Integrationstheoretische Ansätze befürworten vielmehr eine rasche Ausdehnung der ordnungspolitischen Regelungen des europäischen Binnenmarktes auf die Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte sowie die Wirtschaftsräume der Beitrittsländer. Obwohl das Wohlstandsgefälle zwischen den meisten EU-Staaten (Ausnahmen bilden hierbei Griechenland und Portugal) und den Beitrittskandidaten gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten auch mehr als zehn Jahre nach dem Beginn der eigentlichen Systemtransformation offensichtlich bleibt, können die meisten Beitrittsländer enorme Aufholprozesse vorweisen. Eine deutlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit sowie anhaltend positive Wachstumszahlen tragen dazu bei, die Erfolge der mitunter sehr harten Anpassungsmaßnahmen zu erklären. Ein struktureller Aufholprozess ist zumindest bei den fortgeschrittenen Kandidaten deutlich auszumachen. Dieser umfasst die von der EU definierte „Strukturreife“, dem Wettbewerbsdruck des hoch entwickelten Binnenmarktes Stand zu halten. Allerdings lassen sich gravierende Unterschiede identifizieren: Während bei den fortgeschrittenen Beitrittsländern

Slowenien, Tschechien, der Slowakei und Ungarn kaum Probleme auftauchen, den berühmten Acquis Communautaire zu übernehmen, ist das Gefälle „donauabwärts“ unübersehbar. Tatsächlich lassen sich insbesondere bei den Ländern Bulgarien und Rumänien gravierende Defizite in der realwirtschaftlichen Anpassung, in der Privatisierung und Umstrukturierung der Unternehmen feststellen. Eine hohe versteckte Arbeitslosigkeit sowie sinkende Realeinkommen lassen vermuten, dass das Migrationspotenzial der Arbeitskräfte vor allem im Fall Rumänien sehr hoch ist, so dass mit einer Ausdehnung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer nicht in diesem Jahrzehnt zu rechnen ist.

Entscheidend ist aber letztendlich die Frage, wie auch Länder, die nicht zu den „Ins“ bzw. zum heutigen Kandidatenkreis gehören, von der Erweiterung der EU profitieren können und wie sie in eine tragfähige Architektur wirtschaftlicher Kooperation eingebaut werden können. Hier liegt eine der eigentlichen Herausforderungen für die Zukunft Europas.

**These 2:** Eine Belebung des Handels und eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung sind kein Nullsummenspiel. Beide Partnerländer, beide Partnerregionen gewinnen dabei.

Direkte Handelsgewinne und handelsschaffende Effekte lassen sich insbesondere durch vergrößerte Absatzmärkte und die damit verbundene Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen realisieren. Gerade exportorientierte, offene europäische Volkswirtschaften profitieren in besonderem Maße von einer Ausdehnung der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes auf Ostmittel- und Südosteuropa. Für die Länder des Donauraumes bringt die Erweiterung der Europäischen Union eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung des europäischen Wirtschaftsraumes mit sich. Die Dynamik eines erweiterten Binnenmarktes sowie die durch den gestiegenen Wettbewerbsdruck initiierten Anpassungsprozesse eröffnen Wachstumspotenziale, die durch eine entgegengesetzte

Politik der Abschottung und des Protektionismus nicht ausgenutzt werden könnten. Allerdings ist es gerade in den Ländern Südosteuropas noch ein weiter und steiniger Weg zu einer etablierten marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Hauptmerkmale liberalisierte Güter- und Faktormärkte und beginnende Reformen der sozialen Sicherungssysteme aufweist.

**These 3:** Integration entschärft Konfliktpotenziale.

In stabilitätspolitischer Hinsicht bringt die Erweiterung der EU zweierlei mit sich: Erstens leisten offene Grenzen und die Ausdehnung des Binnenmarktes in Verbindung mit einer politischen Einbindung einen wesentlichen Beitrag, eine Verbesserung zwischenstaatlicher Beziehungen herbeizuführen und soziale Konfliktpotenziale zu entschärfen. Zweitens üben die europäische Wirtschaftspolitik und die gemeinsame Währung Euro eine wichtige Rolle als Stabilitätsanker für die Beitrittskandidaten aus.

Dass der Prozess der EU-Erweiterung die realwirtschaftlichen Strukturen nachhaltig und einschneidend verändert, ist eine unumstößliche Tatsache. Er erzwingt nicht nur weitere Reformen im institutionellen Gefüge, sondern macht auch eine „ordnungspolitische Frischzellenkur“ in der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union selbst notwendig. Durch die Beitrittsprozesse ist zweifellos eine Intensivierung des politischen Dialogs zwischen den Unionsländern und den Beitrittskandidaten eingetreten. Der Dialog darf jedoch nicht auf der Ebene der jetzigen Kandidaten verharren, sondern muss weitere europäische Länder einbeziehen. Die EU muss sich als offene Gemeinschaft zeigen, um die Fehler der Vergangenheit vermeiden zu können. Europa endet nicht südlich von Mohács in Ungarn oder am Eisernen Tor in Rumänien oder etwa am Bug, dem Grenzfluss zwischen Polen und der Ukraine.

Die Dynamik der Integration, aber auch die Problematik der Übernahme des Acquis

Communautaire sowie der Erweiterungsfähigkeit der EU selbst begünstigen zwei höchst unterschiedliche Tendenzen: In positiver Hinsicht können lange bestehende



Konfliktpotenziale, die aus der Zeit des „Ost-West-Gegensatzes“ herrühren, abgebaut werden. Negativ bleibt anzumerken, dass auf der einen Seite durch die komplizierten Binnenmarktregelungen und den Wildwuchs der europäischen Bürokratie eine deutliche Politikverdrossenheit bei den Bürgern zu beobachten ist. Auf der anderen Seite ist zu beobachten, dass die Länge und Komplexität des Beitrittsprozesses dazu führen, dass die Zustimmung in der Bevölkerung der Beitrittsländer sukzessive sinkt. Nur durch eine konsequente und offene Diskussion der wahren Kosten und Nutzen der EU-Erweiterung lässt sich dieser Tendenz entgegenwirken.

### **Die unvollständige Perspektive der EU-Erweiterung**

*„Sobald ihr Wasser die Länder umspült, leben sie auf. Hände recken sich über die Donau einander entgegen, Kugeln fliegen über die Donau, eine Donau wie eine Berliner Mauer. Eine gute Donau und eine böse Donau. Haben wir die Donau gemein, heißt das dann, dass wir zum selben Kontinent gehören?“ Nora Juga (rumänische Schriftstellerin)*

Die Ende 2002 abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen mit zehn ostmitteleuropäischen

Ländern sowie Zypern und Malta spiegeln eine zweifache Asymmetrie wider:

*Erstens* hat die EU die uneingeschränkte Definitionsmacht inne, d.h. sie setzt nicht nur im Rahmen der Kopenhagener Kriterien und der Überwachung der Reformfortschritte den Maßstab für die kommende Mitgliedschaft der Reformländer. Sie definiert darüber hinaus ihre eigene institutionelle Erweiterungsfähigkeit. Obwohl die Beitrittskandidaten im Rahmen des Europäischen Konvents vertreten sind, bleibt die letztendliche Abstimmung über die Neufassung der Römischen Verträge in den

Händen der gegenwärtigen Mitgliedsstaaten. Die Neuregelung der Balance zwischen gemeinschaftlicher und nationalstaatlicher bzw. regionaler Ebene, auch im Sinne des Grundsatzes von *checks and balances* zwischen den Institutionen der EU beinhaltet, dass sich die Union schon jetzt auf die Aufnahme weiterer Kandidaten über die zehn anstehenden Beitritte hinaus vorbereiten muss. Gerade die nach wie vor schwierige Lage in Südosteuropa verlangt nach einer Integrationsvision, die eine konsequente Demokratisierung mit einer ökonomischen Integrationsperspektive verbindet.

*Zweitens* könnten die Verhandlungen sowie die momentane Gestalt der Beitrittsprozesse zu einer gefährlichen Spaltung in „Ins“ und „Outs“, fatalerweise zu einer neuen Mauer im geographischen Osten Europas führen, ohne dass dies die Absicht der EU ist. Damit sind weitere potenzielle Kandidaten im Donauraum gemeint – Kroatien, der neu gegründete Staat Serbien und Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine sowie Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien. Für Kroatien als „natürlichem Anwärter“ (EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen) scheint der Weg mittlerweile nach Einreichen des

offiziellen Antrags auf Mitgliedschaft geebnet zu sein. Mazedonien soll diesem Beispiel Ende des Jahres 2003 folgen.

Obwohl der Beitrittsprozess unumkehrbar geworden ist, bleibt das Projekt „Einheit Europas“ ohne eine konsequente Einbindung aller südost- und osteuropäischen Länder in eine Unionsarchitektur unvollständig. Die jetzigen Mitgliedsstaaten der EU müssen sich dabei unmissverständlich bewusst sein, welche Anforderungen und institutionellen Änderungen auf sie selbst zukommen, wenn sie der historischen Herausforderung gerecht werden wollen. Die Geschichte der europäischen Integration und Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt zwar, dass die jetzige Form der Union nur ein Kompromiss auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners ist, der Prozess als solcher aber irreversibel scheint. Die Kernfrage stellt sich nach der Intensität der Integration der jeweiligen Wirtschaftsräume und politischen Systeme. Klar ist schon heute, dass es innerhalb der bestehenden Union Länder und geographische Räume gibt, die enger verflochten sind als andere. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten der Integration ist kein Ziel, sondern schon längst gleichsam eine normative Tatsache. Eine Verhinderung dieser unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist reines Wunschdenken.

Auch der Donaauraum macht hier und wird hier keine Ausnahme machen. Die Geschichte der wirtschaftlichen Beziehungen der Städte im Mittelalter, der Fürstentümer und Königreiche, der Völker im Donaauraum stellte nie ein statisches System dar, sondern war vom permanenten Wandel und von andauernder Dynamik geprägt. Natürlich diente diese Dynamik nicht immer der Wohlstandsmehrung der Menschen, sondern äußerte sich in blutigen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen über

die Jahrhunderte hinweg. Heute aber ist die einmalige Chance gegeben, dauerhaft eine Architektur und Kultur der Stabilität zu etablieren und die Gespenster des Nationalismus und ethno-zentrierten Hasses endgültig zu verscheuchen.

Vielleicht lässt sich wie in Ovids *Metamorphosen* die von Jupiter entführte Europa, Königstochter Agenors, letztendlich auch am Unterlauf der Donau nieder, schwingt sich wiederum auf den Rücken des Stiers, blickt dann aber nicht mehr so ängstlich nach dem Gestade zurück, hält sich tapfer mit der Rechten am Horn fest, während sich ihr Gewand im „Donau“-Wind flatternd bauscht...

#### Literatur

**Elmar Brok.** *Der Europäische Verfassungskonvent.* KAS – Auslandsinformationen 1/2003, S. 14-28.

**Regina Hellwig-Schmid (Hrsg.).** *DonauWelten – ein Flussbuch.* edition lichtung, Regensburg 2000.

**Edgar Hösch.** *Geschichte der Balkanländer.* Verlag C.H. Beck, München 1988.

**Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa.** Hrsg. vom Goethe-Institut Inter Nationes.

**Christian Meier.** *Wo liegt Europa?* Neue Zürcher Zeitung vom 8./9.2.2003, S. 49.

**Renate Ohr/Theresia Theurl (Hrsg.).** *Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik.* Verlag Franz Vahlen, München 2001.

**Gerhard Fink (Hrsg.).** *Ovid Metamorphosen. Das Buch der Mythen und Verwandlungen.* Artemis Verlag, Zürich/München 1989.

**Bertrand Russell.** *Philosophie des Abendlandes.* Europaverlag, 8. Aufl., München/Wien 1999.

**Ferdinand Seibt.** *Die Begründung Europas.* S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2002.

*Constantin Iordachi*

## **“Sonderweg” or Successful Transition?**

### **Romania’s Prospects of Integration into the European Union**

With the collapse of the communist system and the demise of the Soviet Union’s hegemony in Eastern Europe, countries of the former communist block faced similar and largely unprecedented challenges. They all had to privatize state property and to convert their socialist economies into market economies, to liberalize their political life and create conditions for the functioning of a multi-party system, to rebuild and consolidate their civil societies, and to successfully integrate themselves into the larger European political and security institutions from which they were severed by decades of Soviet dominance.

What at a first glance looked as an undifferentiated and homogeneous block has proven, nevertheless, to be a highly heterogeneous grouping. Post-communist countries have responded differently to the challenges posed by the transition process, and have exhibited different tempos of socio-political change. Retrospectively, one can identify three main clusters of countries on their transition paths. The most successful cluster is made up of Hungary, Poland, and the Czech Republic and Slovakia, the successor states of the former Czechoslovakia. Grouped into a political alliance known as “the Visegrád countries” and affirming their “Central European” identity, these countries responded better to the challenges of transition. As a result, they will be part of the first wave of European Union’s Eastern enlargement, scheduled for May 2004.

The second group of countries is represented by Romania and Bulgaria. The two South-eastern European countries are lagging behind their Central European neighbors in terms of economic reforms and timing of the integration process. Although they will miss the first wave of integration, they are “on the track” and hope to be part of a second wave, provided they succeed in restructuring their economies and

that the momentum for EU’s Eastern enlargement is sustained.

A third group of countries is made up of the successor states of the former Yugoslavia. Although being formally outside of the communist block and enjoying stronger economic and political ties with Western Europe, Yugoslavia could not make use of its political and economic advantages in the post-1989 period. The war of partition delayed the process of European integration, and had a differentiated impact upon the successor countries. Less affected by the war and with a higher level of economic development, Slovenia has been the first to recover and is currently the most advanced state of the former Yugoslavia in the process of integration into the EU. It is followed by post-Tudjman Croatia, while Serbia and Montenegro, Bosnia-Herzegovina, and Macedonia are still trying to overcome the legacy of the war and to cope with inter-ethnic strife.

Finally, the fourth group of post-communist countries are the successor states of the former Soviet Union. Geo-politically linked with the Russian dominated CIS region, and facing great socio-economic difficulties in the transition process, these countries have not bid for EU integration. The only notable expectation are the Baltic States, who are expected to join the EU as part of the first wave in May 2004.

Thus, after more than a decade of social-political change, the former communist countries are greatly differentiated in regard to the progress they have achieved with their political and economic reforms, and in their integration into Western security and political institutions, most notably NATO and the European Union. Why has this been the case? While there is no scholarly agreement over the issue, a majority of studies have taken into

account a multitude of related factors, such as the determination of the political elites to move towards economic reforms and to confront social pressure from below, the structure of the socialist economy and the managerial capacity they could produce, the ability of the civil society to foster social consensus and consolidate the “social capital”, the ethnic homogeneity of a given country and its pattern of inter-ethnic relations, and - last but not least - the level of political support and financial investment they received from Western European countries.

In answering this research question, the current article provides an overview of Romania’s protracted way towards its accession into the EU. This case study is important on several counts. First, Romania is the largest country in the Balkans, and the second largest country in East-Central Europe, after Poland, having an area of 237.500 km<sup>2</sup>, and a population of 22.6 million. Second, Romania’s socio-political and economic evolution in the post-communist period exhibited several underlying contradictions that led to conflicting evaluations. In the first years following the 1989 political change, Romania experienced most of the drawbacks that have generally accompanied the post-communist turmoil, such as fear of change and a continued desire for state paternalism among large segments of the population, debates over the economic power and political influence of former communist *apparatchiks*, and tensions between the emerging parliamentary democracy and xenophobic nationalism. These factors have ultimately resulted into a slow pace of economic recovery and socio-political reforms. Despite these drawbacks, in the last decade Romania exhibited a significant degree of socio-political stability, while the public opinion expressed its strong willingness to integrate into NATO and the EU. According to the integration strategy devised by the Romanian government, Romania expects to join the EU in 2007. This self-imposed deadline is considered realistic by some analysts but too optimistic by others.

In view of these particularities, it is hoped that by focusing on the problems encountered by Romania in the post-communist period, one can better understand the general challenges and prospects faced by Central and South-eastern European countries in their efforts to democratize, to restructure their economy, and to integrate into the European Union.

### **Romanian “Exceptionalism:” Particularities of Romanian History in Central and Southeastern Europe**

Romania’s post-communist evolution has been largely influenced by the legacy of its pre-communist experience and communist political development. In the following, I am providing a short overview of Romania’s history in the modern period, paying attention to long-term structural trends.

Romania’s history shared common characteristics with other countries in Central and Southeastern Europe regarding the timing and main features of the process of nation- and state-building. The principalities of Moldova and Wallachia succeeded to separate administratively from the Ottoman Empire in 1829, achieved political unity under the name of Romania by the 1858 Convention of Paris, gained their state independence under the Treaty of Berlin (1879), adjusted their territory following the Balkan Wars (1912-1913), and fostered national unification at the end of World War One (1918-1919), when - as part of the post-war geo-political reorganization - Romania incorporated Transylvania, the Banat, Bukovina and Bessarabia.

In the interwar period, the Romanian society experienced a harsh political confrontation between parliamentary multi-party democracy on the one hand, and the political offensive of right-wing extremism, on the other hand. With the collapse of the Versailles Treaty System in 1938 and the political hegemony of Nazi Germany in Europe, Romania’s parliamentary system collapsed, opening the way for one-half century of right-wing and left-wing totali-

tarianism (1938-1989), except for a short *interregnum* of democratization between the end of the Second World War and the communist take-over (1944-1946/1947).



While sharing historical common features with other states in Central and Southeastern Europe, Romania exhibited nevertheless several socio-political and economic particularities, most evident during the communist period. The Romanian communist regime was installed in 1945/1947 with the military and political assistance of the Soviet Union. The first decade of the communist rule (1948-1958) is defined by Stefan Fisher Galati as the loss of national identity by the destruction of the “bourgeois nationalist” legacy and the diminution of Romania's national sovereignty under a virtual Soviet occupation.<sup>1</sup> The same process is described by Kennet Jowitt as a “breaking through,” “the decisive alternation or destruction of values, structures, and behaviors which are perceived by a new elite as compromising or contributing to the actual or potential existence of alternative centres of

<sup>1</sup> Stephen Fischer-Galati, *The New Romania. From People's Democracy to Socialist Republic* (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1969).

power”,<sup>2</sup> and by Michael Shafir as the “primitive accumulation of legitimacy.”<sup>3</sup> In its attempt to establish and consolidate its control over society, the Romanian communist regime led by Gheorghe Gheorghiu-Dej alternated periods of harsh repression (1948-1953 and 1957-1961) with period of economic growth and political relaxation (1953-1957 and 1961-1965).

The turning point in the evolution of the Romanian communist regime is generally considered the deviation from the Soviet foreign policy that took place in the period 1958-1964. This deviation occurred in several strategic steps. It started in 1958 when Soviet troops left Romania, continued in 1958-1959 when Romanian leaders rejected the “Valev plan” for a division of labor within the COMECON that assigned the role of agricultural supplier for the more industrialized communist countries to Romania, and culminated with a famous “Statement of the Romanian Communist Party” issued on 21 April 1964, regarded by many analysts as a nationalist and anti-Soviet political document.<sup>4</sup> The outbreak of the diplomatic conflict with the Soviet Union had deep internal and external consequences. During the conflict, Romanian leaders abandoned Marxism for a policy of national modernization, supported by a new political alliance between political and professional elites. In order to consolidate Romania's economic and political autonomy, the economic strategy of the Romanian Communist Party focused on the creation of industry, especially heavy industry which allowed economic autarchy and a maximal central control over resources.<sup>5</sup> This policy led

<sup>2</sup> Kenneth Jowitt, *Revolutionary Breakthroughs and National Development. The Case of Romania, 1944-1965* (Berkeley, Los Angeles: University of California Press, 1971), p. 7.

<sup>3</sup> Michael Shafir, *Romania, Politics, Economy and Society* (Boulder Colo: Rymme Rienner, 1985), p. 56.

<sup>4</sup> Shafir, *Romania*, p. 177.

<sup>5</sup> On this aspect, see mainly Katherine Verdery, *National Ideology under Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceausescu's Romania*

to the establishment of a *national-communist* regime, based on three main sources: the redefinition of the relationship between local Romanian elites and Moscow; the pursuing of an independent program of industrial development in view of the “national interest” and a return to certain elements of the Romanian nationalist tradition of the interwar period.<sup>6</sup>

The policy of political separation from the USSR was continued and even amplified during the rule of Nicolae Ceaușescu (1965-1989). According to Robert Farlow, the main components of this policy were an independent economic policy within the COMECON, limited military collaboration within the Warsaw Pact, and political autonomy in regard to the Soviet Union.<sup>7</sup> The domestic impact of this policy was subject to many controversial or contradictory interpretations. Some scholars argued that this policy brought Romania “a world-wide respect it had seldom enjoyed in its history”<sup>8</sup> and assured for Nicolae Ceaușescu “a genuine respect”<sup>9</sup> on international and domestic arena. Other scholars contrasted the successes of the Romanian foreign policy with its poor domestic evolution, arguing that Nicolae Ceaușescu deliberately abjured domestic reforms as a protection against Moscow, which would not have tolerated un-orthodoxy at home as well as abroad.<sup>10</sup> In his comprehensive analysis of the connection between Romania’s domestic and foreign policy, Michael Shafir pointed out that the regime led by Nicolae Ceaușescu employed a policy of “simulating change-simulating

permanence.” Internally, the regime created a facade of mobilization and change, and used such formulas as “new economic mechanism,” or “revolution in agriculture,” in order to facilitate its control over society. In foreign policy, Ceaușescu simulated permanent allegiance to the Soviet Bloc in order to avoid a military intervention, while constantly reassuring the West of Romania’s autonomous foreign policy course.<sup>11</sup>

Domestically, the Romanian communist regime underwent considerable changes under Ceaușescu’s long rule. The first years witnessed a relative political liberalization, coupled with a rapid economic development. These phenomena unleashed new cultural developments in society, such as the growing autonomy of certain intellectual centers. Rapid industrialization carried Romania’s economy into a new phase, which required structural adjustments, such as price reforms and management autonomy. At the beginning of the ’70s, the Romanian communist regime was at the crossroad of two main options: continued modernization and liberalization, or an increasing political control over society. The solution chosen by the Romanian leader was to foster a cultural revolution following the Chinese model (1971) which resulted into a total control of the Romanian Communist Party over the intellectual life. In the economic field, the New Economic Mechanism announced in 1978 was not implemented, instead economic centralization was tightened. Politically, the regime moved to an increasingly personalized power, while the cult of Nicolae Ceaușescu’s leadership reached unprecedented heights.<sup>12</sup>

The conservative attitude of the Romanian communist regime radicalized in the 1980’s, when Romania experienced a generalized economic and socio-political crisis. In order to

---

(Berkeley, University of California Press, 1991), especially Chapter Two.

<sup>6</sup> See Stelian Tănase, *Elite și societate. Guvernarea Gheorghiu-Dej, 1948-1965* (Bucharest: Humanitas, 1998). See also his *Anatomia mistificării: 1944-1989* (Bucharest: Humanitas, 1997).

<sup>7</sup> Farlow, Robert, “Romania’s Foreign Policy. A Case of Partial Alignment,” *Problems of Communism* 13 (May-June 1964) 2, p. 14-24.

<sup>8</sup> J. F. Brown, *Eastern Europe and the Communist Rule* (Durham: Duke University Press, 1988), p. 263.

<sup>9</sup> Brown, *Eastern Europe*, p. 269.

<sup>10</sup> Brown, *Eastern Europe*, p. 273.

---

<sup>11</sup> Shafir, *Romania*, p. 193.

<sup>12</sup> For a comprehensive presentation of the cult of personality under Ceaușescu’s Romania, see Anneli Ute Gabanyi, *The Ceausescu Cult* (Bucharest: The Romanian Cultural Foundation, 2000).

explain this peculiar evolution of the Romanian politics in its last decade, Vladimir Tismăneanu coined the concept of “national Stalinism,” a term that refers to regimes that instrumentalize a nationalist ideological framework, while opposing any significant political change.<sup>13</sup>



Romania's economic crisis was the result of the interaction between the evolution of the world economy on the one hand, and the strategy of economic development pursued by the regime, on the other hand. In the first years of Ceaușescu's rule, economic liberalization and a special path within the Warsaw pact assured Romania access to Western credits, which were invested preponderantly in gigantic heavy industry units and petrochemical plants. In the mid-70's, the world energetic crisis greatly affected Romanian economy, which was heavily dependent on foreign oil supplies. The situation was further deteriorated by Ceaușescu's decision to repay Romania's external debt, which reached 10.2

billion USD in 1980. In order to provide the necessary currency flows, Romanian economy became export-oriented, at the expense of the living standard of the population and of technological investments into the economy. The financial crisis was deepened by the implementation of new gigantic projects of Stalinist inspiration with limited economic return, such as the Danube-Black Sea navigable canal, the building of a new “socialist” Bucharest, and the plan of systematizing rural areas by concentrating human settlements in compact agrarian towns.

The ill-driven economic policy of the regime resulted in food rationalization, shortages of electricity, and lack of appropriate drugs, generating widespread popular discontent. Confronting an acute lack of legitimization and popular support, Nicolae Ceaușescu chose to increase the repressive measures, transforming Romania into a veritable *Polizeistaat*, and to exacerbate nationalist propaganda. The main characteristics of the nationalist-communist propaganda in the '80s were xenophobia, autarchy, isolationism, anti-Occidentalism, anti-intellectualism and protochronism.<sup>14</sup> In this way, as Michael Shafir pointed out, “discontent and political dissent, instead of being channeled into the system, as inputs, were successfully deflected by the leadership towards external (Soviet and Hungarian) targets as outputs.”<sup>15</sup>

The inflated nationalist propaganda of the regime tensed Romania's diplomatic relation with the neighboring countries. Especially acute was the ideological conflict between

<sup>13</sup> Vladimir Tismăneanu, *Fantoma lui Gheorghiu-Dej* (Bucharest: Univers, 1995), p. 77.

<sup>14</sup> Vladimir Tismăneanu and Dan Pavel “Romania's Mystical Revolutionaries: The Generation of Angst and Adventure Revised,” in *East European Politics and Society*, 8 (1994) 3, p. 404. Protochronism, probably the most paradigmatic cultural phenomenon of the Ceaușescu-regime, asserted that all major achievements of European culture and society were invented by Romanians. See Katherine Verdery, *National Ideology under Socialism: Identity and Cultural Politics in Ceausescu's Romania* (Berkeley: University of California Press, 1991), p. 167-214.

<sup>15</sup> Shafir, *Romania*, p. 51.

Romania and Hungary over overlapping and ultimately conflicting definitions of the nation. This conflict originated in the interwar period, when the break up of the Austro-Hungarian Empire led to the integration of the historical province of Transylvania into Romania. The territorial transfer was accompanied by numerous international litigation concerning the legal separation between the citizenries of the two countries.<sup>16</sup> The conflict continued and even aggravated during the Communist period, when the growing concern for Hungarian minorities abroad that developed in Hungary starting with 1970's interacted with the nationalizing policies conducted by the Romanian communist regime led by Nicolae Ceaușescu, setting the official and public political discourses in the two countries on the way to collision. The peak of the Romanian-Hungarian ideological conflict occurred in late 1980's, when the legal and political debates between the two states over the status of the Hungarian minority in Romania dominated the agenda of numerous international reunions, such as the CSCE meetings. Some observers even went so far as to regard the diplomatic conflict between Romania and Hungary over the status of the Hungarian minority in Romania that occurred in late 1980's as "the most dangerous interstate problem in Europe."<sup>17</sup> The deep diplomatic crisis between the two countries culminated with the decision of the Hungarian government to abrogate its 1972 Treaty of Friendship with Romania on 21 December 1989.

<sup>16</sup> On the main features and historical evolution of the Romanian citizenship doctrine, see Constantin Iordachi, "Állampolgárság és nemzeti identitás Romániában. Történeti áttekintés," (Citizenship and National Identity in Romania. A Historical Overview), in *Regio*, 11, December 2000, 3, pp. 27-61; and Constantin Iordachi, "The Unyielding Boundaries of Citizenship: The Emancipation of 'Non-Citizens' in Romania, 1866-1918" in *European Review of History*, 8 (2001), 2, pp. 157-186.

<sup>17</sup> Alpo M. Rusi, *After the Cold War. Europe's New Political Architecture* (MacMillan and the Institute for East-West Security Studies, London: 1991), p. 66.

Beside tensing Romania's diplomatic relation with the neighboring countries, the nationalistic policy of the regime also affected the inter-ethnic relations between the Romanian ethnic majority and ethnic minorities. After World War Two, due to the loss of the multi-ethnic historical provinces of Bessarabia and Bucovina to the Soviet Union, and of Southern Dobrogea to Bulgaria, the share of ethnic minorities in Romania fell from 29% (1930) to under 11%. With the gradual emigration of Jews and Germans, the Hungarians remained Romania's largest ethnic minority, representing 7.9% of the total population.

Nicolae Ceaușescu repeatedly claimed that the nationality problem was definitely solved in socialist Romania. In his view, the socialist legislation assured a perfect equality for all Romanian citizens, irrespective of nationality, and guaranteed cultural rights for ethnic minorities. Indeed, the 1965 Constitution contained generous provisions for minority rights. The regime assured a facade of proportional representation of ethnic minorities, a fact acknowledged by a majority of analysts, who were careful to differentiate between legislation and reality. As Shafir pointed out, the socialist legislation recognized the difference between *națiune* (nation), comprising all the inhabitants of the country regardless of their ethnic affiliation, and *naționalitate* (nationality) which designated ethnicity.<sup>18</sup> In counties populated by non-Romanians, ethnic minority groups could appoint officials from their own ranks.

In practice, however, the Party's policy towards ethnic minorities underwent certain changes in time, reflecting the internal and external evolution of the regime. If in the 1960's and '70s strictly proportional parliamentary representation was respected, in the 1980s Nicolae Ceaușescu started to suspect Romania's ethnic Hungarians of non-loyalty and ideological deviation. This suspicion led to a dramatic drop in their cultural rights and

<sup>18</sup> Shafir, *Romania*, p. 164.

representation in political institutions. Moreover, the rapid deterioration of the economic and political conditions in Romania affected the position of ethnic minorities, since the regime decided to discontinue most of the education and publication programs in minority languages. This situation provoked growing resentments among ethnic Hungarians in Transylvania, leading to inter-ethnic tensions, which became especially acute during the last year of the communist regime.

Despite policies intended to weaken or subvert national identities and loyalties, the communist regime was thus “conflictogenic,” or conflict producing, and reinforced rather than suppressed ethnicity.<sup>19</sup> Using an anthropological approach to ethnic conflicts, Katherine Verdery pointed out that, faced with economic grievances, people tend to channel economic deficiencies against “outside” or “internal enemies,” further aggravating inter-ethnic conflicts. The crisis in the inter-ethnic relations in the end of the communist rule in Romania was thus yet another manifestation of the broader socio-economic and political crisis of the society.

### **The Legacy of Romanian Communism: Its Impact on the Transition Process**

The harsh dictatorship of Nicolae Ceaușescu collapsed in less than a week (16-22 December 1989) due to a combination of internal causes and external pressure. The popular revolt that started in Timișoara quickly spread over the country and toppled the regime. Although Nicolae Ceaușescu tried to flee an angry crowd during an officially staged meeting of support in Bucharest, he was captured soon and executed together with his wife Elena on 25 December 1989. The peculiar legacy of the communist regime, especially in its most

decayed version of the 1980s, proved nevertheless much more enduring than its repressive system, affecting the country’s immediate and medium-term evolution.

Romania has emerged from communism in a markedly disadvantaged position as compared to most of its neighbors. A comparison with Hungary is revealing in this respect. In the 1980s, Hungary was regarded as an “unofficial leader” of the reformist countries, while Romania experienced one of the most conservative communist regimes in the entire communist block. In the economic field, although it managed to fully repay its external debt, the Romanian economy entered a deep structural crisis. Its outdated economic structure was ill-suited to a fast reform towards market economy without structural reforms and a substantial influx of capital. In agriculture, the private sector shrank to self-subsistence, while state farms were largely inefficient, consuming more than they could produce. Although burdened by a huge foreign debt and undermined by a growing secondary economy, Hungary was nevertheless in a better economic position.<sup>20</sup> After decades of implementation of the New Economic Mechanism (1968), the Hungarian socialist economy could be more easily changed into a market economy.<sup>21</sup> The Hungarian agriculture was also regarded as a successful experiment in communist management.<sup>22</sup>

In the political sphere, the lack of organized opposition movements in Romania delayed the process of political transformation of the country. As a result, unlike in the other countries in Central and Eastern Europe, in Romania the collapse of the communist regime

<sup>19</sup> Gail Lapidus, “Gorbachev and the ‘National Question,’” in Edward A. Hawett and Victor H. Winston, (eds.) *Milestones in Glasnost and Perestroika. Politics and People* (Washington, DC: The Brookings Institution, 1991), p. 197.

<sup>20</sup> On the overall Hungarian economic policy under communism, see Nigel Swain, *Hungary: The Rise and Fall of Feasible Socialism*. London: Verso, 1992.

<sup>21</sup> On the New Economic Mechanism in Hungary, see P.G. Hare, H.K. Radice, and N. Swain, eds, *Hungary: A Decade of Economic Reform*, London: Allen & Unwin, 1981.

<sup>22</sup> On the Hungarian agriculture, see Nigel Swain, *Collective farms which work?* Cambridge: Cambridge University Press, 1985.

took a violent form. Since the repressive political regime led by Ceaușescu suppressed every attempt at opposition within the Romanian Communist Party or in society at large, the only way towards socio-political reforms was to violently overthrow the regime “from below.” In Hungary, the regime led by János Kádár tolerated a certain degree of political opposition. Its successor, Károly Grósz, adopted a softer political line, the monopoly of the Communist Party being gradually abandoned in 1988-1989 under pressure from civil movements.

The foreign policies of the two regimes also offered two contrasting examples. In the 70’s and early 80’s, Romania pursued a Stalinist domestic policy, but developed a very dynamic and relatively independent foreign policy. In contrast, Hungary subordinated its foreign policy to the Soviet Union’s goals, but obtained concessions for domestic reforms. In the late 80’s, changes in the inter-state relations in the Communist block allowed Hungary to gradually pursue an autonomous foreign policy, a process which culminated in 1989, when the Hungarian government allowed GDR citizens traveling to Hungary to emigrate to the Federal Republic of Germany, thus directly contributing to the collapse of the communist order in Central Europe. Due to this gesture, Hungary’s international prestige and political credit significantly increased. In contrast, internal developments in Romania, coupled with external political changes, worked for a dramatic decrease of its international political credibility, which resulted in quasi-diplomatic isolation. As a result, in 1990 Hungary was ready to initiate a program of socio-political change and economic transformation. In contrast, Romania entered a period of political confusion and ambiguity.

### **Romania’s Protracted Transition and its Slow March Towards European Integration**

Romania’s post-communist transition can be divided into four main political stages: a first

one (1990-1992) marked by political turmoil, the rise of ethnic nationalism, and the adoption of populist economic measures; a second one (1992-1996) characterized by political consolidation but economic stagnation; a third one (1996-2000), witnessing a major boost in legal and political reforms but a dramatic economic decline; and the last one (2000-present) marked by economic growth, political stability and steady progress in the integration in NATO and the European Union.

### **Wither Way? From annus mirabilis to annus miserabilis - 1990-1992**

The first two post-communist years were a period of turmoil and confusion, characterized by a deep socio-economic crisis, lack of political legitimacy of the newly-emerging post-communist elites, and international isolation. After decades of totalitarianism, the reorganization of the political life was a very slow and difficult process. In his book *Reinventing politics*, Vladimir Tismăneanu stressed the contribution of dissident intellectuals to the fall of communism and the pursuit of democracy in Eastern Europe.<sup>23</sup> Since in Romania political and intellectual dissent was negligible, the sudden collapse of the communist regime generated a political vacuum. Lacking a tradition of political activism under communism which to serve as a basis for democratic institutional rebuilding, Romanian society turned to its pre-communist political tradition. The structure of property and the reorganization of the political life emulated the interwar period, when Romania was a parliamentary democracy and had a functioning market economy. Romanian politicians and intellectuals also reiterated the sharp political debates between democracy and authoritarianism that characterized the interwar period.

<sup>23</sup> Cf. Vladimir Tismăneanu, *Reinventing Politics: Eastern Europe from Stalin to Havel* (New York: Free Press, 1992).

The post-communist political life was dominated by the National Salvation Front (NSF), a heterogeneous leading organ made up of 143 personalities, among whom a handful of Romanian public figures who took public stance against Ceaușescu's rule, such as the poet Mircea Dinescu, the Hungarian Protestant priest László Tökes, and Ion Iliescu, a former high communist official who had been marginalized in the last years of the communist regime. Due to its composite nature, the NSF soon divided into several groups advocating divergent visions of socio-economic development. Although it was originally designed as a mediating body meant to assure a smooth transition to free elections, under the influence of former communists who flooded its ranks and grouped under the leadership of Ion Iliescu, the NSF decided to transform itself into a political party and to run in the national elections. This decision was contested by rival groupings within the NSF, who decided to leave in protest, and by numerous civil activists who denounced it as a genuine *coup d'état*. Despite harsh criticisms, the NSF won a crashing electoral victory in the first national elections in 1990. During the electoral campaign, the anticommunist opposition, made up of the National Liberal Party (NLP) and the National Peasant Party (NPP), two leading parties of the interwar period revived in the first days of the revolution, were marginalized by the NSF-controlled media as anti-national. It took several years until plurality was accepted as the norm of the political life, and the opposition was regarded as a legitimate part of the political process.

Romanian post-communist society was thus characterized by deep political cleavages. Moreover, as the country initiated its first phases of transition to a democratic political system, the status of ethnic Hungarians became a main area of political debate.<sup>24</sup> The most

pressing issues concerned the restoration of educational and language entitlements for ethnic Hungarians, and their unrestricted access to political and administrative state institutions. Hungarian civic groups also advocated various forms of collective and territorial autonomy of the Hungarian community, a demand largely opposed by important segments of the Romanian public opinion. Bilateral misperceptions, coupled with political manipulations of ethnic nationalism by leading figures of the NSF led to a violent clash between ethnic Romanians and Hungarians in March 1990 in Târgu Mureș, a multi-ethnic Transylvanian city.

At the inter-state level, although the Romanian revolution appeased the diplomatic tensions between Romania and Hungary, the link between the Hungarian minority in Romania and their "mother country" has remained a very sensitive issue for the Romanian politicians and public opinion. The controversy has acquired a new domestic and diplomatic significance with the creation of the Democratic Alliance of Hungarians in Romania (DAHR) as the main political representative of the interests of the ethnic Hungarian population in December 1989. DAHR defines the Hungarian national minority in Romania as an integral part of the Hungarian nation, and defines itself as a "co-nation," or a "state-building nation" in Romania. At the international level, DAHR has demanded to be considered as the official representative of the Hungarian community in Romania, and to be part of every bilateral negotiation between Romania and Hungary over the status of the Hungarian minority. This request has been considered legitimate by the Hungarian part. Moreover, in 1990, the obligation of the Hungarian state to protect the interests of ethnic Hungarians abroad was embodied in an

<sup>24</sup> For authoritative analyses of the post-1989 inter-ethnic relations between Romanians and Hungarians, see Enikő Magyar-Vincze, *Antropologia politicii identitare nationaliste* (Cluj: EFES, 1997); and Alina

Mungiu-Pippidi, *Transilvania subiectivă* (Editura Humanitas, Bucuresti: 1999). For debates on federalism and devolution in post-1989 Romania, with direct reference to Transylvania, see Gustav Molnár and Gabriel Andreescu, *Problema transilvană* (Polirom, Bucuresti: 1999).

amendment to article six of the Hungarian Constitution. On its turn, Romania contested Hungary's right of politically protecting its ethnic minorities abroad, considering it a "self-appointed right." It also refused to recognize the DAHR as a negotiating partner at inter-state level, pointing out that the issues between Hungary and Romania should be solved only between the two governments.

Political and inter-ethnic cleavages greatly affected Romania's economic performance. The NSF built its political structure by enrolling former communist cadres of the second and third echelons. In the process, the party renounced its initial reformist stance and pro-Western orientation in favor of populism, ethnic nationalism, and economic autarchy. Although in 1991 and 1992 the government released two comprehensive reform programs, they remained dead letter. True, in 1991 the NSF took two important steps towards market economy. It started the privatization of state-owned industrial units, and initiated the retrocession of agricultural land to the peasantry. As a result of the decollectivization, more than 80% of the country's agricultural land was returned to circa 5.5 million small owners. But overall, the NSF lacked a sufficient political will to fully implement market reforms, to restructure the economy, to stabilize inflation and to liberalize prices. This led to acute economic disorganization, aggravated by the breakdown of the legal system and worker absenteeism. Internal economic mismanagement was greatly aggravated by external shocks, most importantly the collapse of the COMECON, the Gulf War and the disintegration of Yugoslavia, one of Romania's most important trading partners.

Due to political hesitations, Romania thus lost precious time in the first two years of its post-communist transition. In contrast, in Hungary, Poland and Czechoslovakia, new post-communist governments committed themselves to transforming the country's economy into market economies based on private property. Hungary adopted a strategy of

gradual steps known as the "Kupa program", while Poland and Czechoslovakia implemented sudden reforms known as the "shock therapy." In all three countries, economic reforms were based on strict financial policies, and produced high results in the first years of implementation, at high social costs.

### **Political Normalization and Economic Stagnation - 1992-1996**

The normalization of the political life following the 1990 elections led to the adoption of a democratic constitution in December 1991, under which new general parliamentary and presidential elections were held in 1992. The electoral campaign was dominated by the conflict between a reforming wing of the NSF, led by Petre Roman, who decided to leave the party and to run separately ahead of an independent organization; and a conservative wing, which retained control over the ruling NSF. On its turn, the anticommunist opposition reorganized itself under a broad Democratic Convention led by the NLP and the NPP.

The elections resulted into a crashing victory for the conservative NSF, while Ion Iliescu was reelected as a president of the country. He named Nicolae Văcăroiu as Prime Minister, who inaugurated a four years mandate characterized by economic stagnation and political indecision (1992-1996). During the electoral process, Romania suspended its reforming program, to resume it at the end of 1993. The new government succeeded in putting an end to the economic disorganization of the country. It implemented a tighter monetary control, a greater fiscal discipline, and accelerated the reform of state enterprises. These measures reduced the rampant inflation and contributed to economic growth. In 1994, Romania received a development loan of 700 million dollars from the International Monetary Fund, and committed itself to further accelerate economic reforms, and to develop a large-scale privatization program.

Despite this formal political commitment, in the eve of the 1996 general elections the government slowed down yet again the implementation of its reform program in favor of populist measures meant to gain public sympathy. Consequently, the overall economic performance of the NSF government during its four years rule remained modest. In 1996, the private sector generated 52% of GDP, but the economy was still dominated by state-owned loss-making monopolies. In the same year, the private sector in agriculture provided 87% of the total production. Due to the parcelization of land, the lack of technological investment, and a prevailing legal confusion concerning land circulation and ownership, the productivity in agriculture remained fairly low. The agricultural sector employed 34.4% of Romania's total active population, but contributed only 20% to the total Gross Domestic Product (GDP).

As a result of this poor performance, the economic gap between Romania and the European Union widened. In 1995, Romania's population was about 6.5% of the Union's population, but its economy represented only a share of about 1.5% of the EU's economy. Romania's per capita GDP was only about 24% of the Union average.<sup>25</sup>

Major steps towards the integration into European political and security organizations were achieved only in the diplomatic sphere. The process of the EU accession of Central and Eastern European countries has been formally launched in 1993. The political and economic criteria for examining the accession applications of the associated countries were spelled out by the Declaration of the European Council in Copenhagen in June 1993. According to the declaration, the prospective membership required the fulfillment of several criteria,

subsequently known as the Copenhagen criteria: 1) "stability of institutions guaranteeing democracy, the rule of law, human rights and respect for and protection of minorities;" 2) "the existence of a functioning market economy, as well as the capacity to cope with competitive pressure and market forces within the Union;" and 3) "the ability to take on the obligations of membership, including adherence to the aims of political, economic and monetary union."<sup>26</sup>

In addition to these criteria, Edouard Balladour, the former Prime Minister of France, envisaged the conclusion of a pact on stability in Europe. The aim of this multilateral framework, called "the Balladour Plan," was to stabilize Eastern Europe by backing the conclusion of bilateral treaties between states experiencing tensions related to minority or ethnic issues. Following the inaugural Conference for a Pact on Stability in Europe held in May 1994, the nine states aspiring for the EU membership (Bulgaria, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania and Slovakia) were expected, within a period of one year, to conclude bilateral or regional treaties regulating their neighborly relations "including questions related to frontiers and minorities."<sup>27</sup>

Towards the end of the NSF's rule, the Romanian government achieved significant diplomatic successes. Romania applied for membership into the European Union on 22 June 1995, at the same time with nine other associated countries. Together with its application, it also submitted a political declaration expressing its political will to pursue the consolidation of democracy, and a pre-accession strategy endorsed by the President, the Parliament, the Prime Minister and the leaders of all major political parties.

<sup>25</sup> Figures quoted in „Agenda 2000 - Commission Opinion on Romania's Application for Membership of the European Union", Brussels, 15<sup>th</sup> July 1997, available online at <http://europa.eu.int/comm/enlargement/dwn/opinions/romania/ro-op-en.pdf>, accessed on 15 August 2003.

<sup>26</sup> Declaration of the European Council in Copenhagen in June 1993, available online at <http://www.cbss.st/documents/foundingdocs/dbaFile751.html>, accessed on 15 August 2003.

<sup>27</sup> Concluding Document of the Inaugural Conference for a Pact on Stability in Europe, point 1.5

Romania also signed its intention to integrate into the North Atlantic Treaty Organization. In order to express its will of collaboration, Romania was the first country to take part in NATO's Partnership for Peace Program in 1994.

Concomitantly with applying for NATO and EU membership, Romania took concrete steps towards a political reconciliation with its neighbors. After a strained negotiation process, on 16 September 1996 Romania and Hungary overcame their political differences and signed a "Treaty of Understanding, Co-operation and Good Neighborliness," which included the provision that both countries will support their efforts for NATO and European Integration "on a non-discriminatory basis."<sup>28</sup> The treaty was also accompanied by a "Joint Romanian-Hungarian Political Statement" and an "Agreement of Reconciliation and Partnership." In the next period, the diplomatic collaboration between the two countries continued to develop, being regarded as "model of partnership for the entire region."<sup>29</sup>

### **Ruined Illusions, Realistic Hopes: The Rule of the Democratic Convention and its Aftermath - 1996-2003**

The results of the 1996 general elections in Romania were regarded by most political analysts as a genuine "electoral revolution."<sup>30</sup> After six years of political domination of neo-

communist political elites, the Democratic Convention managed to win the political power. Its presidential candidate, Professor Emil Constantinescu, the Rector of the University of Bucharest, defeated Ion Iliescu into a tight electoral race. Constantinescu named Victor Ciorbea, the elected NPP mayor of Bucharest, as Prime Minister. Ciorbea set up a center-right coalition government made up of the NPP, the NLP, and the DAHR.

The peaceful transfer of power was a successful test of democratic consolidation in post-communist Romania. The political change gave a major boost to Romania's integration into NATO and the European Union, an objective declared by the new government as its political priority. The Ciorbea government also devised a radical program of macro-economic stabilization and structural reforms. Most importantly, this program received the approval of large segments of the population, exasperated by the social costs of Romania's prolonged transition to market economy.

Backed by a strong popular support and international political credit, the Ciorbea government began the implementation of a Romanian variant of "shock therapy," focusing on accelerating privatization, closing down inefficient state enterprises, and reforming the costly and out-dated mining sector. After initial successes, the government faced strong social discontent, and decided to halt the reforms. Prime Minister Ciorbea justified his sudden freeze of economic reforms in view of foreign policy priorities. He defined Romania's accession into NATO as the government's most immediate priority, since it carried with itself a promise of increased security and foreign investments. On the eve of NATO's enlargement summit that was to take place in July 1997 in Madrid, he thought that Romania had to display the image of a "stable country." Therefore, Ciorbea discontinued internal reforms that were generating social unrest and started an intense diplomatic campaign for NATO integration.

<sup>28</sup> *Romania and Minorities. Collection of Documents* (Pro Europa, Târgu Mureș: 1997), p. 162. For the process of political reconciliation between Romania and Hungary, see Constantin Iordachi, "The Romanian-Hungarian Reconciliation Process, 1994-2001: from Conflict to Co-operation" *PolSci. Romanian Journal of Political Science* 1 (December 2001) 3-4, pp. 88-134.

<sup>29</sup> Adrian Severin, Romanian Foreign Ministry, quoted in *Evenimentul Zilei*, 15 January 1996.

<sup>30</sup> Vladimir Tismăneanu, "Romanian exceptionalism? Democracy, Ethnocracy, and Uncertain Pluralism in Post-Ceaușescu Romania" in Karen Dawisha and Bruce Parrott, (eds.), *Power, Politics, and the Struggle for Democracy in South-East Europe* (Cambridge: Cambridge University Press, 1997), p. 404.

This change of political emphasis from internal reforms to external integration proved ill-fated. The outcome of the NATO summit in Madrid provided a strong political shock for the Romanian government. The summit extended formal invitations to the Czech Republic, Hungary and Poland to join the Alliance. Although the final communiqué asserted that NATO's Eastern enlargement will continue, and nominated Romania among the candidate countries which made significant progress in fulfilling the membership criteria, Romania saw its integration bid rejected.

The diplomatic fiasco of the Romanian government led to a political crisis within the heterogeneous ruling coalition. Victor Ciorbea's resignation failed to improve the situation. Paralyzed by continuous internal fights, two other successive governments put forward by the ruling coalition proved unable to implement the reforming program. As a result, Romania experienced a dramatic economic collapse, the industrial production dropping 16% between 1998-2000 and inflation reaching an annual average of 40%. The three years of economic decline had a powerful impact on the living standard of the population, with purchasing power reaching a half of its 1990 level.

In retrospective, the main achievement of the Democratic Convention in its four-years rule was that it set Romania's bid for integration into NATO and the European Union at the center of the country's foreign policy. This strong political determination was rewarded. After the European Union started in March 1998 accession negotiations with six applicant countries (Hungary, Poland, Estonia, the Czech Republic, Slovenia and Cyprus), in October 1999 the European Commission recommended member states to open negotiations with Romania, the Slovak Republic, Latvia, Lithuania, Bulgaria and Malta. This decision was endorsed by member states at the Helsinki Summit on 12 December 1999.

Despite this diplomatic success, the poor economic performance of the Democratic

Convention was amended by the population in the 2000 national elections. On the eve of the elections, following a steady drop in his popularity and the loss of political support from the NLP, President Constantinescu decided to withdraw from the political life. His abandonment gave a final political blow to the Convention, which suffered a humiliating defeat. The leading party of the Convention, the NPP, failed to meet the electoral threshold for entering the parliament and has subsequently virtually dissolved as a result of intestine fights.

The presidential elections were won yet again by Ion Iliescu and his conservative party, which made a triumphal return to power under the new name of Party of Social Democracy in Romania (PSDR). But the main surprise of the elections was the strong political offensive of the ultra-nationalist Greater Romania Party, led by one of Ceaușescu court-poets, Corneliu Vadim Tudor. Capitalizing on the failure of the Convention to deliver economic well-being, and on Iliescu communist past, Vadim Tudor managed to capture 30% of Romania's electorate, and qualified for a second ballot vote against Ion Iliescu. His main advantages in the electoral campaign were his TV charisma, which brought him numerous votes, especially among the young, and his virulent anti-corruption campaign, with powerful nationalist and xenophobic accents, targeting mostly the Hungarians and the Gypsies. Alerted by the grim prospect of an authoritarian nationalist rule under an iron fist, Romanian politicians and civil society grouped around Ion Iliescu, assuring his victory on a large electoral consensus. Iliescu's return to power as a champion of democracy highlighted the lack of real political alternatives in post-communist Romania, the electorate being trapped in what Tismăneanu ironically called Romania's peculiar post-communist political transition from "Iliescu to Iliescu." Despite defeat, Vadim Tudor emerged as the main winner of the elections. Greater Romania has gained one-fifth of the total number of the

parliamentary seats, and has become the main opposition party. Its success points out to the fact that economic deprivation has a powerful impact on the public attitude towards democracy, bringing with it xenophobia and radicalism.

The new PSDR government led by Adrian Năstase has set up a coherent and more efficient governmental team, and has managed to put an end to the economic disarray of the country. A comparison between Romania's economic performance in the last years of the previous administration (1998-2000) and the first two years of the current administration (2000-2002) is revealing in this respect. Romania's GDP declined by 4,8% in 1998 and by 2,3% in 1999. The industrial production dropped by 13,8% in 1998, and by 12,3% in 1999.<sup>31</sup>

The year 2000 inaugurated a period of economic recovery. The GDP grew by 1.6% in 2000, 5.3% in 2001, and 4,9 in 2002. In 2000 and 2001 the industrial production augmented by 8.2% each year, and by 6.0% in 2002. As a result of economic growth, inflation was reduced from a monthly average of 8.0% in 1997, to 2.9% in 1998, 3.7% in 1999, 2.9% in 2000, 2.2% in 2001, and to 1.4% in 2002. Unemployment also declined from 10.4% of the total population in 1998 to 10.5% in 2000, 8.6% in 2001, and only 8.1% in 2002. The forecasts for 2003 show a continuation of the economic recovery of the country. In addition to stimulating industrial production, the government promised to complete Romania's economic reforms, among which the most important are the privatization program and the closing down of inefficient state monopolies.

In foreign policy, the new government was equally successful. As a result of years of military and political collaboration, in November 2002 Romania has been invited to join

NATO, an event celebrated by Romanians as a symbolic reintegration into the Euro-Atlantic political and security community. The integration has increased the country's political credit and confidence, and has boosted foreign investments.

Romania has made additional progress in its negotiation process towards EU accession, but still lags behind in regard to the number of chapters closed. The report of the European Commission from November 2000 highlighted Romania's strengths and weaknesses in fulfilling the accession criteria.<sup>32</sup> The document praised Romania for continuing "to fulfill the Copenhagen political criteria." It pointed out that "Romania's democratic institutions are well established," and that "continued improvements can be noted with regard to the functioning of the judiciary." But it asserted that "little progress has been made in reducing the levels of corruption", to eliminate discrimination in the treatment of the Roma, and that "the process of decision making remains weak."

The harshest criticism concerned the level of economic reforms. The document explicitly pointed out that "Romania cannot be regarded as a functioning market economy and is not able to cope with competitive pressure and market forces within the Union in the medium term." The document emphasized that "the fragile macroeconomic environment, the uncertain legal and institutional framework and the uneven commitment to reforms, continue to hinder economic development." Overall, "Romania has continued to advance with the adoption of the *acquis*", but there was also "a worrying lack of progress in certain key areas." This mixed record placed Romania at the bottom of the list of candidate countries.

While relatively successful in generating economic growth and in pursuing the path

<sup>31</sup> These data are provided online by the Romanian National Institute of Statistics, "Statistica economică" and "Statistica socială", at the address <http://www.insse.ro/portaliindic.htm>, accessed on 15 August 2003.

<sup>32</sup> See Regular Report on Romania's EU Accession, available online at <http://europa.eu.int/comm/enlargement/romania/index.htm>, accessed 15 August 2003. All quotations are from this source.

towards European integration, the performance of the ruling party has been shadowed by its political obstruction of the opposition and by numerous corruption scandals. The Romanian media abounds in corruption allegations involving local or central authorities, but few of them have been dealt with by the justice.<sup>33</sup> Journalists assert that the local economy in Romania's territorial counties is monopolized by politicians and businessmen associated with the ruling party, suggestively called "barons." Favored by political clientelism and taking advantage of the lack of an adequate anti-corruption legislation, these barons dominate the economic life and are successful in converting their economic power into political influence. The fight against corruption has thus become one of Romania's top priorities in these final years of the transition. Adopted only in 2003, the anti-corruption law was subject to harsh

---

<sup>33</sup> Corruption cases have been reported in all fields of activity. A most mundane one took place in connection to a football match of the Romanian national team against Norway in November 2002. Since the defeat of the team was unanimously attributed to the deplorable state of the field, which allegedly did not allow Romanian players to take advantage of their superior technical skills, Prime Minister Năstase allocated over USD 20.000 for improving the field of the National Stadium. The work was entrusted to one of the ruling party's "barons", who won the job without a proper auction, and was paid in advance 80% of the sum, despite the fact that his company had never performed such activities in the past. No wonder therefore that the quality of the services provided by his company was deplorable: the next match of the Romanian national football team was played on an equally inadequate surface, the organizers covering the field with sand in order to "compensate" for the lack of grass! To make things worse, Romania suffered another humiliating defeat, this time from Denmark. The case turned into a national outrage, causing a great political embarrassment for the government, forced by the opposition to start an official inquiry over the manner in which the money for the rehabilitation of the field were allocated. Ironically, in order to prove to the public opinion that he deserved his money, the "baron" continued his work on the field and ultimately produced a perfect lawn, only to find out that during that that season no more matches were planned to take place on that stadium anymore.

political fights. The final text of the law was criticized by the opposition for its lack of clarity and effective practical measures in order to eliminate and punish corruption. The law has nevertheless already proved its political utility, forcing state dignitaries to declare their wealth and their income, and to avoid conflicts of interest.

## Conclusions

In November 2001, the American analyst Tony Judt, the director of the Remarque Institute in New York, published a controversial article entitled "Romania. The Bottom of the Heap," in which he questioned the country's ability to successfully reform its economy and its political system and to join the European Union in the foreseeable future.<sup>34</sup> Judging on the strong legacy of anti-Semitism and ethnic nationalism in Romania's tumultuous past, and on the devastating social and economic impact of the communist rule, Judt concluded that Romania offers a unique example among the countries of Central and Southeastern Europe, which accounts for its peculiar trajectory in the transition period: "Traveling through Romania in September, I was struck by just how different it is from the rest of Europe — how much farther it is from the West. [...] I felt like I'd slipped many decades into the past." His bitter conclusions were attenuated only by his political recommendation that the European Union should nevertheless integrate Romania, even if the costs of this integration will prove much higher than its benefits.

Judt's article stirred an unprecedented controversy in Romania, with politicians, journalists and the academic community debating his statements in numerous roundtables, thematic issues in journals, and editorial articles in leading newspapers. Can Judt's severe evaluation be sustained? As this article has pointed out, Romania experienced a slow and

---

<sup>34</sup> Tony Judt, "Romania: The Bottom of the Heap" *The New York Review of Books*. 48 (November 1, 2001) 17.

protracted transition to democratic consolidation and market economy. After 1992, Romanian political elites have repeatedly reaffirmed their determination to reform the country's economy, yet they have failed to implement a major breakthrough. After thirteen years of transition, major economic reforms are still to be implemented, Romania's prospects of integration pending largely on its ability to reform the economy.

These problems in reforming the economy notwithstanding, Judt's evaluation obscures the significant progress made by Romania in the accession process. Despite economic stagnation, the country has exhibited a remarkable socio-political stability, and has avoided a total collapse similar to the one that occurred in Bulgaria in early 1997. In the political field, Romania managed to build a democratic multi-party political system, characterized by free elections, freedom of expression and the liberty of the media. Although more reforms are needed in the judiciary sector and in the fight against corruption, Romania is firmly on the way towards democratic consolidation.

Romania's achievements in foreign policy are also remarkable. The country normalized political relations with its neighbors. Moreover, after more than a decade of tensed relations, Romania has built a special political partnership with Hungary that is considered a model for the entire region. The two countries are now tied by a comprehensive framework of collaboration that encompasses bilateral agreements in a multitude of fields. This framework set up a mechanism of reconciliation inspired by the French-German model, by instituting a permanent dialogue and consultations between Romania and Hungary.

The political integration of ethnic minorities has also been successful. The violent confrontation that took place between Romanians and

Hungarians in Targu Mures in 1991 was the first inter-ethnic riot in post-Communist East-Central Europe. Through political negotiations, Romanian and Hungarian political elites avoided an escalation of the conflict. The Hungarian ethnic minority has seen its cultural rights restored, and is now represented in the parliament and in the administration of the country. Its political representative, the DAHR, has been participating in various governmental coalitions since 1996. Although the rights of ethnic minorities remained a constant subject of political debate in the Romanian political life and conflicts are expected to occur in the future as well, it is highly likely that they will be solved by a process of political negotiation, in view of the European standard on minority rights.

In conclusion, at more than a decade after the violent collapse of the communist regime, Romania's progress towards democratic consolidation and integration into European political and security institutions appears as irreversible. The pace of economic reforms and democratic consolidation can be nevertheless considerably slowed down by political indecision and acute socio-economic problems. In the political field, Romanian society has been successful in containing the offensive of ethnic nationalism, but its spectrum remains a main challenge to democracy.

As in the case of other Central and South-eastern European countries, the political and economic support of the international community thus remains an important factor in the transition process. Romania has experienced a troubled and belated start in the reforming process. But if it continues to be backed by a conditional European political support and cooperation, it will eventually be able to reduce the political gap that separates it from the more advanced Central European countries.

*Elżbieta Mączyńska*

## Die Wirtschaftsordnung in Polen – Modelle in der Falle

### Ein ambivalentes Bild der Transformation

Trotz der mehr als zwölf Jahre anhaltenden Systemtransformation gibt es weiterhin keine Antwort auf die Frage, welches Modell der sozio-ökonomischen Ordnung für Polen optimal wäre. Die darüber geführten Diskussionen haben jüngst an Schärfe zugenommen, in erster Linie wegen der sich seit über drei Jahren verstärkenden ungünstigen Tendenzen in der Wirtschaft, die durch die Abnahme wirtschaftlicher und unternehmerischer Aktivitäten zum Ausdruck kommen. Diese werden begleitet von einer dramatisch ansteigenden Arbeitslosenquote, die im Jahre 2002 zwischen 18 und 20 Prozent lag. Ein solches Ausmaß an Arbeitslosigkeit ist nicht nur wegen steigender Haushaltsausgaben für Arbeitslosen- und Sozialhilfe problematisch, sondern ebenfalls für die hieraus resultierenden, nur schwer berechen- und lösbaren sozialen und politischen Schwierigkeiten. Ein Ausdruck hierfür sind zunehmende soziale Konflikte sowie die Dysfunktionalität einer breit verstandenen sozio-ökonomischen Politik. Hier findet die These, dass der Markt keine Feinde, dafür aber zahlreiche Opfer hat, eine drastische Bestätigung.<sup>1</sup>

Die Analyse des Verlaufs der wirtschaftlichen Transformation legt dabei eine gleichsam ambivalente Dimension der Veränderungen offen.<sup>2</sup> Den unbestreitbaren Erfolgen der Geldpolitik und dem Anstieg der Produktivität steht ein sich vertiefendes inneres Ungleich-

gewicht gegenüber.<sup>3</sup> Die Bewertung der sich in der Wirtschaft vollziehenden Veränderungen kann demnach nicht eindeutig sein. Die ambivalente Dimension der wirtschaftlichen Veränderungen kommt u.a. in elementaren Bereichen der nachfolgend beschriebenen Ungleichgewichte zum Ausdruck sowie in einer komplizierten Mischung aus positiven und negativen Phänomenen. Somit wurde „das starke außenwirtschaftliche Ungleichgewicht durch ein starkes binnenwirtschaftliches Ungleichgewicht ersetzt.“<sup>4</sup> Dies spiegelt sich wider in:

- einer Abschwächung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts bei sich gleichzeitig vertiefendem binnenwirtschaftlichen Ungleichgewicht,
- einem Anstieg der Produktivität bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit,
- einem Rückgang der inländischen Produktion und ihrer Rentabilität zugunsten ansteigender Importe.

Die sich verstärkenden negativen Phänomene verdecken natürlich die unbestreitbaren Erfolge der Transformation. Es bleibt also nur wenig von dem noch auf die *Solidarność* zurückreichenden Enthusiasmus für die Revolutionierung der Gesellschaftsordnung übrig, der für das Jahrzehnt des Übergangs von den Achtziger auf die Neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts so typisch war.

<sup>1</sup> Für meinen Beitrag wurden Materialien aus der Diskussion des Symposiums des Rats für sozio-ökonomische Strategie beim Ministerrat (26. April 1996) sowie aus der Diskussion des Wissenschaftsrates des Landesvorstands der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (7. März 2002) zum Thema „Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten, es in Polen anzuwenden“ benutzt.

<sup>2</sup> Michał. Zieliński: Gra Stopami [Spiel mit Zinsfüßen]. In: *Wprost*, Nr. 21, 2001, S. 32.

<sup>3</sup> Janusz Chojna, Marek Jagiełło, Krzysztof. Marczewski: Sytuacja konjunkturalna w Polsce [Die konjunkturelle Situation in Polen]. In: *Konjunktura gospodarcza świata i Polski w latach 1999-2001* [Die weltwirtschaftliche Konjunktur und in Polen in den Jahren 1999-2001]. In: IKiCHZ, Warszawa, Januar 2001, S. 73.

<sup>4</sup> Wie Fußnote 3, S. 73.

## Bitteres Resümee

Im Zusammenhang mit den wachsenden sozio-ökonomischen Problemen mangelt es nicht an bitteren Wertungen und Resümees, wozu das nicht vor allzu langer Zeit zu Ende gegangene Jahrzehnt der Transformation Anlass bot. Auf die Dysfunktionalität des Systems haben sowohl Politiker als auch Volkswirte verwiesen. Den einzelnen Regierungen warf man vor, dass es an effizienten und vernünftigen Strategien hinsichtlich der Lenkung des Staates und der Wirtschaft gefehlt habe. Bereits im Jahre 1997 schrieb Bronisław Łagowski: „Nicht nur, dass man selten auf Vernunft trifft, überdies wird sie von Politikern und Intellektuellen zur Nutzlosigkeit verurteilt. (...) Besonders im Parlament terrorisiert die Unvernunft den gesunden Menschenverstand.“<sup>5</sup> Außergewöhnlich bitter klingt auch die folgende Feststellung von A. Celiński: „Das laute Insistieren darauf, den Dingen und Haltungen diejenigen Bedeutungen und Bewertungen zurückzugeben, die ihnen eigen sind, gilt im gegenwärtigen Polen als Symptom für eine psychische Störung.“<sup>6</sup> Auch T. Kowalik enthält sich durchaus nicht scharfer Wertungen und fragt gleichzeitig: „Wird Polen es wagen, und werden die Machteliten genügend Kraft entwickeln, um vom Weg eines ungebändigten Kapitalismus abzukommen und ein System aufzubauen, das in etwa den Erfahrungen Deutschlands, Österreichs oder Schwedens ähnelt?“<sup>7</sup> Dabei lehrte doch schon Konfuzius, dass jeder in der Lage sei, sich Klagen anzuhören, dass sich

aber die Frage stelle, wer dafür sorgen könne, dass es keine Klagen gebe? Welches Wirtschaftsmodell sollte also demnach übernommen werden? Dies ist eine Frage, auf die es leider keine einfache Antwort gibt.

## Evolution der Modelle

Bei der Diskussion des Themas, welches Wirtschaftsmodell für Polen optimal wäre, kommt die altbekannte Wahrheit, dass nichts illusionärer ist als der Glaube an einfache Rezepte, voll zur Geltung. Im Falle von Wirtschaftsordnungen gibt es solche Rezepte einfach nicht. Sicherlich sollte man in dieser Situation den Rat von Rochefoucauld beherzigen, dass man, bevor man beginnt, sich etwas sehr stark zu wünschen, zunächst klären sollte, in welchem Grade derjenige glücklich ist, der es besitzt. Daher scheint es auch legitim, bereits bestehende Modelle zu nutzen. Diese Modelle bilden eine in der ökonomischen Fachliteratur allgemein beschriebene Systemtriade, die Nordamerika, die entwickelten Länder des Fernen Ostens (Japan und die „Tiger“ Asiens) sowie die Europäische Union umfasst. Die Triade besteht aus den folgenden elementaren Ordnungsmodellen:

- Der anglo-amerikanische Kapitalismus des freien Wettbewerbs,
- das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft,
- der ostasiatische Kapitalismus.

Diese Modelle wurden bereits in zahlreichen Veröffentlichungen beschrieben.<sup>8</sup> Jedes dieser

<sup>5</sup> Bronisław Łagowski: Deficyt rozsądku [Ein Defizit an Verstand]. In: Nowe Życie Gospodarcze. 12/1997.

<sup>6</sup> A. Celiński: Gdzie jest prokurator? [Wo ist der Staatsanwalt?]. In: Nowe Życie Gospodarcze, 12/1997.

<sup>7</sup> Tadeusz. Kowalik: Społeczna gospodarka rynkowa – dekoracja czy program działania? [Die Soziale Marktwirtschaft – Dekoration oder Aktionsprogramm?]. Referat für die Konferenz des Wissenschaftsrats des Landesvorstands der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft, 7. März 2002.

<sup>8</sup> Michael Albert: Kapitalizm kontra kapitalizm [Kapitalismus gegen Kapitalismus]. Kraków 1994. Andrzej Koźmiński: Jaki kapitalizm? Modelowe trendy i kierunki polityki [Welcher Kapitalismus? Modellhafte Trends und Richtungen in der Politik]. RSSG 1996. Witold Kieżun: Pięć lat seminarium krytycznej teorii organizacji. Analiza dorobku i perspektywy rozwoju [Fünf Jahre Seminar kritische Organisationstheorie. Analyse des Erreichten und Entwicklungsperspektiven]. In: Master of Business Administration – Pismo Wyższej Szkoły Przedsiębiorczości i Zarządzania im. L. Koźmińskiego i Międzynarodowej Szkoły Zarządzania, Nr. 1/2002. Darüber hinaus auch die Arbeiten von Grzegorz Kołodko.



Modelle weist schwache und starke Seiten auf. Als wesentliche Schwäche der asiatischen Modelle gilt deren relativ niedriges Niveau an Demokratie, dem europäischen Modell wirft man einen zu starken Interventionismus vor, dem anglo-amerikanischen schließlich, dass es zu konfrontativ sei.<sup>9</sup> Als fundamentalen Hauptwert des anglo-amerikanischen Modells erachtet man den individuellen Erfolg, gemessen am Niveau und der Struktur des Konsums. Das europäische Modell basiert dagegen auf der „gesellschaftlichen Solidarität“, der Hauptwert des asiatischen Modells ist die wirtschaftliche Entwicklung.<sup>10</sup>

Die hier vorgestellte Typologie ist stark vereinfacht und die Klassifikationskriterien sind nicht besonders eindeutig. In jedem der genannten Modelle sind nämlich Eigenschaften

<sup>9</sup> Akio Morita vom Sony-Konzern hebt hervor, dass die Grenze zwischen Rivalität und Destruktion fließend sei. Die Überzeugung von einer harmonischen Koexistenz von Kooperation und Konkurrenz habe den Wert einer sich selbst erfüllenden Vorhersage. Sie bringe in Form von Hilfen seitens der Regierungen und Banken große Vorteile, was eine noch aggressivere Rivalität ermögliche. Diejenigen, denen man helfe, würden „weich“ und zu chronischen Patienten und Parasiten des Steuerzahlers. Vgl.: Charles Hampden-Turner, Alfons Trompenaars: Siedem kultur kapitalzmu [Sieben Kulturen des Kapitalismus]. Warszawa 1998, S. 122.

<sup>10</sup> W. Kieżun, wie Fußnote 8.

eines der übrigen auszumachen. A. Koźmiński hebt hervor, dass man zum Beispiel wichtige Elemente des „welfare state“ im amerikanischen Modell vorfindet, und dass sich Elemente eines weitgehenden Liberalismus sowie des asiatischen Interventionismus auch im europäischen Modell auffinden lassen. Dies verdeutlicht, dass es im Ergebnis der Globalisierung in bestimmten

Bereichen der Triade zu einem fortschreitenden Prozess der allmählichen Angleichung hinsichtlich der Steuerungsmethoden der Wirtschaft gekommen ist.<sup>11</sup> Es treten dabei verschiedene Varianten der Basismodelle in Erscheinung. Wie T. Kowalik hervorhebt, brachten die letzten fünfzig Jahre erhebliche Systemdifferenzierungen – auch in der kapitalistischen Welt. Bereits davor hatte sich das schwedische, oder allgemeiner gesagt, skandinavische Modell herausgebildet. Nach dem Krieg entstanden, gerade in den besiegten Ländern, also in Japan, Deutschland und Österreich, spezifische Systeme, die sich sehr stark vom „klassischen“ angelsächsischen Kapitalismus unterschieden. Man kann sogar heute innerhalb der Europäischen Union mit Leichtigkeit starke Unterschiede feststellen.<sup>12</sup> T. Kowalik führt dabei die Ansicht des französischen Autors von „Kapitalismus gegen Kapitalismus“, M. Albert, an: „In Europa gibt es kein einheitliches Wirtschaftsmodell. Das Modell Großbritanniens steht den USA näher als Deutschland. Das italienische Modell, das vom Familienkapitalismus, der Schwäche des Staates, einem gewaltigen Defizit der Staatsfinanzen und von einer verblüffenden Vitalität kleiner und mittlerer Unternehmen beherrscht

<sup>11</sup> A. Koźmiński, wie Fußnote 8.

<sup>12</sup> T. Kowalik, wie Fußnote 8.

wird, lässt sich mit nichts anderem vergleichen, vielleicht mit dem Modell der Chinesen in der Diaspora.<sup>13</sup> Nach T. Kowalik ist allerdings M. Alberts These am wichtigsten, dass der Kampf um die Dominanz zwischen neoamerikanischem und rheinischem Kapitalismus durchaus noch nicht entschieden ist, und dass man das Ergebnis nur schwer prognostizieren kann.<sup>14</sup>

### **Lässt sich ein Modell verpflanzen?**

Diese Differenziertheit der Systeme und deren Evaluation lässt den Schluss zu, dass es kein fertiges Muster gibt. Wenn man also keine Systemschablone übernehmen kann, so sollte der Anzug wohl nach Maß geschneidert werden. Aber auch dies erweist sich als ungewöhnlich schwierig, denn Wirtschaftsmodelle basieren auf überaus feinen Instrumenten. Und bekanntlich verfügt jede wissenschaftliche oder philosophische Theorie nur über den Anspruch auf Wahrscheinlichkeit, was in historischer Sicht durch die Veränderbarkeit wissenschaftlicher Thesen belegt wird sowie durch den Umstand, dass sie als Hypothesen entstehen. Dies erklärt auch, warum in etlichen Ländern, nicht nur in Polen, in der Wirtschaftspolitik Fehler gemacht werden. Vor der Transformation der polnischen Wirtschaft waren die Wesenszüge der damaligen grundlegenden Ordnungsmodelle bereits recht gut erforscht. Man durfte also erwarten, dass eine optimale Auswahl der Lösungswege erfolgen würde, umso mehr, als die Systemveränderungen mit der Überzeugung verbunden wurden, dass die neuen Lösungen zu befriedigenden ökonomischen und sozialen Ergebnissen führen würden. Im Zusammenhang mit den bestehenden Modellen der Triade hätte man erwarten können, dass nach der Analyse und Auswahl von Ansätzen eine Art Cocktail entstünde, bestehend aus den vielversprechendsten und effektivsten Lösungen aus allen grundlegenden Ordnungs-

modellen. Allerdings erwiesen sich die Systemansätze in der Praxis als nicht so befriedigend und der Cocktail als zu bitter. Basierte der Enthusiasmus zu Beginn der Transformation demnach auf Illusionen? Also ganz im Sinne des Geistlichen und Moralisten Feliks Feldheim, der behauptete, dass sich derjenige am glücklichsten fühle, der am meisten Illusionen hat.<sup>15</sup> Ich meine, dass diejenigen die stärksten Illusionen hegten, die hinsichtlich der wirtschaftlichen Praxis an die Umsetzung fertiger Modelle glaubten. Darüber hinaus kann man als weiteres wesentliches Hindernis im Hinblick auf die Erarbeitung modellhafter Lösungen die Tatsache werten, dass es bei der Diskussion ordnungspolitischer Ansätze unversöhnliche Auseinandersetzungen gab. Wie B. Polszakiewicz hervorhebt, ist das, was die Ökonomen von den Politikern am meisten unterscheidet, die Bewertung der selbsttätigen Marktmechanismen, wenn es um die Absicherung der Bedingungen für ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum geht.<sup>16</sup>

### **Nutzloser Streit – die Auswahl eines Modells als Falle**

Bei den Auseinandersetzungen über das Thema der Auswahl des adäquaten Wirtschaftsmodells gerät der liberale immer wieder mit dem interventionistischen Ansatz in Konflikt, was sich in der Politik durch die Einteilung in eine Rechte und eine Linke fortsetzt, die auf der traditionellen, wenn auch anachronistischen Unterscheidung zwischen Kapital und Arbeit basiert. Dagegen entspricht das Schema Wirtschaftsliberalismus = Rechte und Etatismus = Linke - wie W. Orłowski hervorhebt – nicht mehr der Wirklichkeit. „Die moderne Trennlinie im Bereich der Wirtschaft

<sup>13</sup> M. Albert, wie Fußnote 8, S. 2.

<sup>14</sup> T. Kowalik, wie Fußnote 8.

<sup>15</sup> A. Łaski (Hg.): O szczęściu – aforyzmy i sentencje [Über das Glück – Aphorismen und Sentenzen]. Warszawa 1996, S.46.

<sup>16</sup> Barbara Polszakiewicz: Jaki model gospodarki rynkowej w Polsce? [Welches Modell der Marktwirtschaft in Polen?]. Referat auf dem Seminar des Landesvorstands der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft, 7. März 2002.

verläuft nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen den einzelnen Interessengruppen. (...) Die Trennung zwischen Linke und Rechte, also in etwa entlang der von Marx vorgegebenen Linie der gesellschaftlichen Spaltung in Kapital und Arbeit, entspricht nicht mehr den realen Grenzen zwischen den Interessengruppen, durch die sich die moderne Gesellschaft ausdifferenziert. Gehören die Manager großer Unternehmen oder die Besitzer von Aktienpaketen als hochspezialisierte Fachleute zur Welt der Arbeit oder zur Welt des Kapitals? Befinden sich der Besitzer einer Supermarktkette und der Besitzer eines kleinen Ladens nur deshalb auf der gleichen Seite der gesellschaftlichen Barrikade, weil beide formal Kapitalisten sind? Und wo wären demnach die Vertreter freier Berufe zu platzieren?<sup>17</sup>

Gleichzeitig weisen die traditionellen Auseinandersetzungen über die Ordnungsmodelle auf die Risiken hin, die sich aus entsprechenden Verallgemeinerungen und Vereinfachungen ergeben. A. Kuźmiński warnt vor vier recht typischen Fallen (Konstruktivismus, Technokratismus, Determinismus und der Falle großer Projekte und genereller Lösungsansätze), die uns bei der Suche auf die Antwort nach der geeigneten sozio-ökonomischen Ordnung drohen.<sup>18</sup> Die Praxis bestätigt diese sehr zutreffende Einschätzung in Gänze. Wie oft werden doch die Diskussionen über systemische Lösungsansätze von der illusionären Überzeugung begleitet, dass man sozio-ökonomische Systeme entsprechend zuvor definierter, präzise beschriebener Projekte (Falle des Konstruktivismus) und ohne Berücksichtigung des Faktors Mensch (Falle des Technokratismus) aufbauen könne. Illusorisch ist auch die Vorstellung von der Übereinstimmung der Resultate mit den

Intentionen (Falle des Determinismus), wobei sich der Glaube an die Existenz einheitlicher, genereller Lösungen als ebenso unbegründet erweist. Die Aufhebung der Unterschiede bei den traditionellen Differenzierungen bewirkt, dass die Lösungsansätze, die die sozio-ökonomische Ordnung formen, im Grunde genommen eklektisch sind. Ein Beispiel hierfür bildet die Konzeption des dritten Weges aus dem Blair-Schröder-Papier. W. Orłowski bezeichnet sie daher „als Wandschirm hinter dem sich der liberale Kurs eines Teils der europäischen Linken verbirgt.“<sup>19</sup>

Das tendenzielle Verschwinden traditioneller Trennungslinien aus modellhaften Lösungsansätzen ist unter anderem eine Folge des Entwicklungsparadigmas der zivilisatorischen Veränderungen.

### Zivilisatorische Wellen

Die Stärke und Komplexität der zivilisatorischen Veränderungen determinieren die Bedingungen des Funktionierens der Wirtschaft. Jede Zivilisation verfügt über ihr Modell von Ausbildung, Beschäftigung, Regierung, Familie, Konsum, wobei die Dynamik der Veränderungen so groß ist, dass die von Toffler beschriebene dritte Welle fast schon der Geschichte angehört, und andererseits die erste Welle, also eine Zivilisation, die auf bodenständiger Landwirtschaft beruht, erst vor kurzem aufhörte, die Welt zu erfassen.<sup>20</sup> Dagegen neigt sich die zweite Welle, die vor dreihundert Jahren die industrielle Revolution brachte und zur Entwicklung der Industriegesellschaft führte, ihrem Ende zu. Sie ist zum Aussterben verurteilt, obschon sie auch weiterhin bestimmte Regionen und Gesell-

<sup>17</sup> Witold Orłowski: Trzecia droga to parawan, za którym kryje się liberalny kurs części europejskiej lewicy [Der dritte Weg ist ein Wandschirm, hinter dem sich der liberale Kurs eines Teils der europäischen Linken verbirgt]. In: Wprost, 3. 3. 2002, S.32.

<sup>18</sup> A. Kuźmiński, wie Fußnote 8, S. 1-2.

<sup>19</sup> W. Orłowski, wie Fußnote 17.

<sup>20</sup> Alvin und Heidi Toffler: Budowa nowej cywilizacji. Polityka trzeciej fali [Der Aufbau einer neuen Zivilisation. Die Politik der dritten Welle]. Poznań 1996. J. Wojciechowski: W odętach trzeciej fali [Im Strudel der dritten Welle]. In: Gazeta Bankowa, Nr.1, 4.1.1998. Die Ideen Tofflers erinnern an die Lehre von Basis und Überbau, kommen aber aus einer anderen Richtung.

schaften erfasst. Die sich anschließende dritte Welle, die auf der Entwicklung der Mikroelektronik basiert, wird schon von der nächsten Welle gejagt. Von der vierten Welle, der Revolution in der Sphäre der Information (Internet), was wiederum den Zufluss supranationalen Kapitals begünstigt, und was im Übrigen als fünfte Welle (globale Fusionen und Übernahmen) bezeichnet wird.<sup>21</sup> Dagegen hat die moderne wissenschaftlich-technische Entwicklung sowie die entscheidende Rolle der Information, des Wissens und der Qualifikation ein neues Entwicklungsparadigma herausgebildet, eine auf dem Wissen (oder auf dem intellektuellen Potenzial) basierende Wirtschaft.<sup>22</sup> Dabei sind Wissen und Information spezifische Quellen des Reichtums, die sich von dessen traditionellen Formen stark unterscheiden: Sie werden nicht aufgebraucht, wer sie verkauft, besitzt sie weiterhin.<sup>23</sup> Dies setzt ein so gewaltiges Potenzial an Produktivität voraus, dass bestenfalls die entwickelten Gesellschaften in der Lage sein werden, zum Modell einer Freizeit- und Unterhaltungsgesellschaft überzugehen.<sup>24</sup> Dieses lässt sich auch als eine Art sechste Welle charakterisieren, die bisher nur die privilegiertesten Gesellschaften erfasst hat.<sup>25</sup> Generell betrachtet kommt es so zu einer

<sup>21</sup> Anna Zorska: Piąta fala. Strategiczne aspekty międzynarodowych fuzji i przejęć [Strategische Aspekte internationaler Fusionen und Übernahmen]. In: Master of Business Administration, Nr. 4, 2001.

<sup>22</sup> Antoni Kukliński: Od G.O.W. do G.O.W. Od gospodarki opartej na węglu do gospodarki opartej na wiedzy [Von einer Wirtschaft, die auf Steinkohle basiert, zu einer Wirtschaft, die auf Wissen beruht]. In: ders.: Gospodarka oparta na wiedzy. KBN 2001, S. 281-282.

<sup>23</sup> A. Toffler, wie Fußnote 20.

<sup>24</sup> Jeremy Rifkin: Die Teilung der Menschheit. In: FAZ, 12.8.2000.

<sup>25</sup> Der Übergang zu diesem Modell ist in diesen Gesellschaften Ergebnis des Reichtums und nicht Ergebnis einer dramatischen Notwendigkeit, wie im Falle der Arbeitslosigkeit. Die regionalen Unterschiede bewirken, dass wir es in Polen mit einer Überlappung sämtlicher Wellen zu tun haben. Vereinfacht lässt sich sagen, dass wir sie alle gleichzeitig haben, wobei einige Regionen noch im Modell der ersten Welle verharren.

Neudefinition des kapitalistischen Systems. (Wie soll das kapitalistische System in einer Ära des intellektuellen Potenzials funktionieren, wenn dieses Potenzial nicht als Eigentum besessen werden kann?<sup>26</sup> Anstelle des traditionellen Kapitalismus bildet sich etwas heraus, dessen endgültige Gestalt wir nicht kennen und auch unterschiedlich bezeichnen: globaler Kapitalismus, Kapitalismus der dritten Welle oder Postkapitalismus. Unter den Bedingungen des neuen Entwicklungsparadigmas verändern sich die Eigentumsverhältnisse, was sich aus der Tatsache ergibt, dass, nicht wie im klassischen Kapitalismus, der Besitz an Produktionsmitteln entscheidende Bedeutung hat, sondern das intellektuelle Kapital. Deshalb wird der Zugang zum Wissen und zur Information zur Schlüsselkategorie, dessen Gegenteil die Ausgrenzung ist. Wenn die elementare strategische Quelle für den Konkurrenzvorteil gegenwärtig das intellektuelle Potenzial ist, so sind diejenigen Individuen – als juristische und natürliche Personen, die nicht über es verfügen, zum „Ausschluss“ verurteilt. Die Gefahr, ausgeschlossen zu werden, betrifft sowohl einzelne Subjekte als auch ganze Volkswirtschaften. Hinsichtlich natürlicher Personen ist die klassische Form des Ausschlusses die Arbeitslosigkeit. Die Unternehmen unterliegen hingegen der globalen Konkurrenz. Die Verflechtung von Unternehmen in der Weltwirtschaft nimmt stetig zu, wobei wir es mit den unterschiedlichsten Geschäftsbeziehungen, nicht nur rein ökonomischen, zu tun haben. Oder mit den Worten eines westlichen Investmentberaters: „Es gibt zwei Arten von Unternehmen, die Kunden und die Ziele.“<sup>27</sup> Auf der Tagesordnung stehen Fusionen und Übernahmen von Unternehmen, nicht nur freundliche, sondern auch feindliche, wenn Unternehmen „abschussreif“ sind. Am stärksten durch feindliche Übernahmen ge-

<sup>26</sup> L. C. Thurow: Przyszłość kapitalizmu [Die Zukunft des Kapitalismus]. Wrocław 1999, S. 29-30.

<sup>27</sup> Jeffrey C. Hooke: Fuzje i przejęcia [Fusionen und Übernahmen]. 1998, S. 285.

fährdet sind Firmen, die von ihren Eigentümern schlecht kontrolliert werden und über ein schwaches Management sowie eine sinkende Effizienz verfügen. Sie stellen so eine Marktchance zur Übernahme dar. „Der Fusions- und Übernahmemarkt ist eine verästerliche Welt voll von hurraoptimistischen Verkäufern, irrealen Prognosen und gewissenlosen Praktiken.“<sup>28</sup> Das Risiko einer Niederlage und der Marktverdrängung durch die Konkurrenz ist deshalb groß.

Die Globalisierung ruft trotz einer Reihe positiver Effekte einen spürbaren Verdrängungseffekt hervor, indem negative sozio-ökonomische Phänomene von ökonomisch stärkeren Bereichen (Länder, Regionen, Agglomerationen und Unternehmen) in schwächere verschoben werden. Möglicherweise handelt es sich hierbei um eine unerwünschte Übergangerscheinung. Nichtsdestoweniger stellt sie in Polen hinsichtlich einer Politik der Wirtschaftsentwicklung ein ernsthaftes Problem dar, was in der Disproportion zwischen den einzelnen Wirtschaftsregionen zum Ausdruck kommt.<sup>29</sup> Bei böswilliger Interpretation dieser Tatsachen kann man im Zusammenhang mit der Tofflerschen Konzeption der „dritten Welle“ und den globalen Veränderungen des Entwicklungsparadigmas feststellen, dass wir quasi unbeabsichtigt eine Art „Froschsprung“ vollzogen haben und uns in Richtung einer Freizeit- und Unterhaltungsgesellschaft bewegen.<sup>30</sup> Leider fällt die reale Beurteilung der Wirtschaftslage gänzlich anders aus.

<sup>28</sup> Wie Fußnote 17, S. 284.

<sup>29</sup> Vgl.: Raport otwarcia [Bericht der Öffnung]. In: Mat. KPRM, Oktober 2001.

<sup>30</sup> Nach Ansicht des Autors der Konzeption „Froschsprung“, W. L. Gardiner, können unterentwickelte Länder, indem sie die Merkmale der modernen wissenschaftlich-technischen Entwicklung ausnutzen, einen „Froschsprung“ von derjenigen Etappe, auf der sie sich befinden, in die postindustrielle Etappe vollziehen, obwohl die Bestrebungen der entwickelten und der Entwicklungsländer gegenwärtig eher darauf ausgerichtet sind, die unterentwickelten Länder zu industrialisieren. Letztere streben die Industrialisierung an, weil sie diese mit einem hohen

Die Globalisierung bewirkt gleichzeitig, dass sich die Entscheidungsbereiche und -kompetenzen verändern. Dies bedeutet, dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Staates in gewisser Weise an ihrem Ende angelangt ist. Hierauf hat bereits Toffler hingewiesen, als er schrieb: „Die Institutionen der Regierung sollten der Wirtschaftsstruktur, dem Informationssystem und anderen Aspekten der Zivilisation entsprechen. Gegenwärtig vollzieht sich eine grundsätzliche Dezentralisierung der Produktion und der Wirtschaftstätigkeit, was die Volkswirte aber nicht zu bemerken scheinen. In der Tat stellt die Wirtschaft eines Landes nicht mehr die elementare Einheit der Wirtschaftstätigkeit dar.“<sup>31</sup>

Die zivilisatorischen Veränderungen spiegeln gleichzeitig die Skala an Schwierigkeiten wider, die sich bei der Herausbildung des jeweiligen Modells der Wirtschaftsordnung ergeben. Deshalb geraten die aufeinander folgenden Regierungen auch in die unterschiedlichsten Systemfallen.

Ohne das entsprechende Modell wäre eine effiziente Wirtschaftslenkung aber nur schwer zu verwirklichen. Deshalb kann es in Polen unter den gegenwärtigen Bedingungen, der bestehenden Arbeitslosigkeit und den ökonomischen Disproportionen nicht selten zum Phänomen der „Exklusion“ kommen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird von sich verstärkenden Disproportionen in der regionalen Entwicklung begleitet. Wie sich aus dem von der Regierung veröffentlichten „Bericht über die Öffnung“ ergibt, ist die Zahl

Lebensstandard gleichsetzen. In diesem Streben werden sie von den hoch entwickelten Ländern unterstützt, die nach Ansicht Gardiners daran interessiert sind, ihre veralteten Technologien in die Dritte Welt zu exportieren. In der Fachliteratur wird diese Konzeption Gardiners recht kritisch bewertet. Man wirft ihr vor, dass sie die sozialen Kosten nicht berücksichtigt, die bei der Entwicklung durch das „Überspringen von Etappen“ entstehen. Vgl.: Sławomir Sztaba: *Ekonomia niekonwencjonalna* [Unkonventionelle Ökonomie]. In: *INE PAN*, 1, 1995, S. 134.

<sup>31</sup> A. Toffler: *Trzecia fala* [Die dritte Welle]. Warszawa 1989.

der Arbeitsplätze in der polnischen Wirtschaft nach zwölf Jahren Transformation um 2.446 Millionen niedriger als Ende 1989. Wenn man darüber hinaus noch die verdeckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande berücksichtigt, so sind insgesamt 4,3 Millionen Personen ohne Arbeit. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (Personen, die länger als zwölf Monate ohne Arbeit sind) nimmt zu. Unter den Arbeit suchenden nimmt der Anteil junger Menschen im Alter bis zu 24 Jahren zu. Er erreicht in Polen europaweit das höchste Niveau (über 30 Prozent aller Arbeitslosen), und die Quote der Arbeitslosen beträgt in dieser Gruppe 41,5 Prozent. Die territoriale Verteilung der Arbeitslosigkeit vertieft sich zuungunsten wirtschaftlich schwächerer Woiwodschaften. Im Norden und Osten des Landes wächst die Zahl der Ortschaften, in denen die Arbeitslosenquote 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter übersteigt. Dies führt zu einer Verarmung eines Großteils der Gesellschaft und lässt soziale Brennpunkte entstehen. „Der Fortschritt in der Bildung betraf hauptsächlich die großstädtischen Agglomerationen. Dagegen verringerten sich in Kleinstädten, besonders auf dem Lande, vor allen Dingen aufgrund des Bildungsniveaus in diesen Gebieten – und allgemein in Familien mit niedrigem sozialen Status – die Weiterbildungsmöglichkeiten der dort ansässigen Jugendlichen. Nur zwei Prozent der Studenten sind Jugendliche, die vom Lande und aus Städten bis zu 20.000 Einwohnern kamen. Die Forschungsumfragen beweisen, dass die Bildungsaspirationen der Eltern hinsichtlich ihrer Kinder allgemein betrachtet, also auch auf dem Lande, sehr hoch sind. 58 Prozent der Eltern wünschen sich für ihre Kinder einen Magisterabschluss, zusätzliche 15,8 Prozent geben sich mit einem Diplom zufrieden. Diese Wünsche werden allerdings durch die materielle Situation stark eingeschränkt. Die so genannte „ökonomische Barriere beim Zugang zur Bildung“ vertieft sich.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Wie Fußnote 29.

Vom Problem der Arbeitslosigkeit sind gegenwärtig viele Staaten betroffen, darunter auch hoch entwickelte. Die bestehenden Ordnungsmodelle bewähren sich auch hier nicht in Gänze. Nicht selten versucht man, die Probleme im Beschäftigungsbereich kurzfristig zu lösen, ohne die modernen Trends in diesem Sektor, die sowohl von der Theorie der Ökonomie als auch von der Wirtschaftspraxis abgebildet worden sind, zu berücksichtigen.<sup>33</sup> Diese Trends werden in den nächsten dreißig Jahren wahrscheinlich die Unternehmen, die Weltwirtschaft und die zwischenmenschlichen Beziehungen vollkommen verändern, was seinen Einfluss auf die Form der Wirtschaftsordnung haben wird.<sup>34</sup>

Information, Wissen, Technologie und die Sphäre des symbolischen Denkens generieren inzwischen mehr Wohlstand als die industrielle und landwirtschaftliche Produktion.

Im Zusammenhang mit den neuen Trends in der Wirtschaft und der weltweit steigenden Arbeitslosigkeit führt Rifkin aus, dass die Arbeitszeitverkürzung ein Mittel sein könnte, um diesen Negativtrend zu überwinden.<sup>35</sup> Nach wissenschaftlichen Prognosen kann die Welt Mitte des 21. Jahrhunderts in der Lage sein, die gesamte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen, wozu man aber nur fünf Prozent der menschlichen Arbeitskraft benötigen würde.<sup>36</sup> In einer Situation, in der es wachsende Probleme mit den Arbeitskräften in der Wirtschaft und in den Unternehmen gibt, ist die Frage berechtigt, ob man sich hinsichtlich der Schaffung von Beschäftigung nicht in systematischer Weise über die Konzeption einer Arbeitszeitverkürzung Gedanken machen sollte? In Polen findet ein solches Konzept allerdings keine

<sup>33</sup> W. Gadomski: Koniec świata robotników [Das Ende der Welt der Arbeiter]. In: Gazeta Wyborcza, 4.1.2002.

<sup>34</sup> A. Kukliński, wie Fußnote 22, S. 281-282.

<sup>35</sup> J. Rifkin: Koniec pracy. Schyłek siły roboczej na świecie i początek ery postprzynkowej [Das Ende der Arbeit. Der Niedergang der Arbeitskraft und der Anfang der Postmarktära]. Wrocław 2001, S. 145 ff.

<sup>36</sup> Rifkin, wie Fußnote 35.

Anerkennung. Denn unser Land ist dafür nicht wohlhabend genug, und wir haben ungelöste soziale Probleme, die sich aus den großen Einkommensunterschieden und großen Bereichen gesellschaftlicher Armut ergeben. Die Arbeitszeitverkürzung wird unter solchen Bedingungen recht kontrovers diskutiert und in gewisser Weise als notwendiges Übel angesehen. Allerdings darf die Tatsache nicht bagatellisiert werden, dass die Konzeption der Arbeitszeitverkürzung, zumindest in einigen Sektoren und Unternehmen, positive synergetische Effekte bringen könnte, besonders wenn sie mit einem Programm der Qualifizierung und der allgemeinen Ausbildung gekoppelt wird.<sup>37</sup> Natürlich wäre dies nur unter bestimmten institutionellen und rechtlichen Bedingungen möglich. Notwendig sind demnach entsprechende systemische Lösungsansätze.

### Welches Modell für Polen?

Auf welchen Grundlagen sollte demnach die Konstruktion des sozio-ökonomischen Modells für Polen basieren? Welche Lösungsansätze können die erwünschten Effekte im Kampf mit den in der Wirtschaft auftretenden Disproportionen bringen? Die Antwort auf diese Frage ist umso schwieriger, je größer in einem Lande die notwendigen elementaren systemischen und strukturellen Veränderungen sind, da diese in der Regel von den unterschiedlichsten, nicht nur finanziellen Hindernissen begleitet werden. Dies betrifft gegenwärtig Polen, aber auch andere Länder, in denen die Systemveränderungen zusätzlich von dem sich global vollziehenden Wechsel des Entwicklungsparadigmas begleitet werden. Nicht nur die neuen Paradigmata, sondern – wie uns die Geschichte gelehrt hat – auch neue Erfindungen, führten besonders in der ersten Phase des Kapitalismus zu sozialen und wirt-

schaftlichen Spannungen, ja sogar zu Krisen. Diese Innovationen ermöglichten es den einen, sich zu bereichern und trieben die anderen in die Armut, sie waren insgesamt mit einem gewaltigen Anstieg der Produktivität und der Effektivität von Arbeit verbunden. Das neue Entwicklungsparadigma erzwingt Veränderungen in den Beziehungen zwischen der Geschäftswelt sowie den Behörden und öffentlichen Institutionen im Hinblick auf die Geld-, Fiskal- und Industriepolitik.<sup>38</sup>

Angesichts des neuen Entwicklungsparadigmas sowie den Herausforderungen der Globalisierung stellt eine adäquate Abstimmung der makro- mit der mikroökonomischen Politik die Bedingung für die Entwicklung unternehmerischer Initiativen und für die Festigung der Position der Unternehmen dar. Im Unterschied zu einigen Theorien verringert sich in diesem Zusammenhang die Rolle des Staates jedoch nicht, sondern sie nimmt bei der Schaffung eines entsprechenden Unternehmensumfelds sogar zu, besonders im Hinblick auf die Ermöglichung adäquater Ausbildungsvoraussetzungen.

Die Gestaltung einer die Wirtschaftsentwicklung fördernden Marktumgebung bei gleichzeitiger Beachtung der Regeln der Marktwirtschaft, erweist sich noch immer als Achillesferse der polnischen Wirtschaftspolitik. Es fehlt ein entsprechender Gesamtansatz, der auf dem Konsens von makro- und mikroökonomischen, lang- und kurzfristigen sowie fiskalischen und geldpolitischen Zielen basieren würde. Im Rahmen einer ganzen Reihe rechtlicher Regulierungen hinsichtlich zahlreicher Aspekte, etwa im Bereich der Fiskal- und Geldpolitik, des Arbeitsrechts und der Versicherungen, die in sich vielleicht sogar schlüssig sein mögen, wird den Unternehmen ein überaus giftiger, echtes unternehmerisches Handeln abtötender Cocktail verabreicht. So wird ein bedeutender Teil des Potenzials nicht für die Umsetzung ökonomisch und sozial

<sup>37</sup> Vgl. zu diesem Thema die Ausführungen von W. Grzywacz. In: *Polityka gospodarcza*. Szczecin 1998, S. 78. Ders. In: *Podstawy makroekonomii*. Szczecin 2002, S. 238.

<sup>38</sup> Vgl.: Michael F. Porter: *Porter o konkurencji* [Porter über den Wettbewerb]. Warszawa 2001, S.112.

erwünschter Aufgaben verwendet, sondern für die unproduktive und stark bürokratisierte Bedienung eines sehr breit definierten geschäftlichen Umfelds. Dieses Umfeld zeichnet sich manchmal durch extreme Disproportionen (zum Beispiel unterversorgtes Gerichtswesen) und eine in die falsche Richtung gehende Entwicklung aus. Überzogene Genauigkeit, mangelnde Transparenz und gleichzeitig Chaos bei den unterschiedlichsten Vorschriften und Kompetenzen (oder institutionellen Inkompetenzen) bedingen, dass sich auf den Unternehmensorganismen – wie auf kranken Bäumen – parasitäre Zunderschwämme verschiedenster Gattungen herausbilden, die früher oder später auch den stärksten Organismus vernichten können. Hierzu gehören unter anderem auch einige Regulierungen im Steuer- und Gerichtssystem, einige Segmente des Wirtschaftsrechts, des Selbstverwaltungssystems, des Arbeitsrechts und des Datenschutzes und andere – auch institutionelle – Bereiche. Und hieraus ergibt sich auch ein ungewöhnlich schnelles Anwachsen der Korruption, was elementare staatliche Strukturen bedroht.

### **Notwendigkeit und Lob des Eklektizismus**

Unter Berücksichtigung der vorgestellten Dilemmata bei der Auswahl einer Wirtschaftsordnung scheint ein eklektischer Zugang unumgänglich zu sein. Nach Ansicht von A. Koźmiński haben die beschriebenen Kapitalismusmodelle nicht den Charakter von Projekten, vielmehr stellen sie moderne Mythen und Kulturelemente dar, die unter Vermittlung menschlichen Bewusstseins, menschlicher Emotionen und kollektiver Aktivitäten in der politischen Sphäre auf die Wirklichkeit einwirken. Polen ist nach Auffassung Koźmińskis ein Land, in dem die Orientierung am „goldenen Standard“ deshalb von elementarer Bedeutung ist.<sup>39</sup> Dies bedeutet die Notwendigkeit, bei dem angemessenen sozio-ökonomischen Modell diejenigen Eigen-

schaften zu berücksichtigen, die sich in anderen Ländern bewährt haben. Dies sind „verpflichtende“ Standards in den Bereichen Technik und Technologie, Ökonomie und gesellschaftliches Leben. Nach Ansicht von Koźmiński sollte man hier den „goldenen Standard“ des Kapitalismus suchen. Dieser Standard besteht seiner Auffassung nach aus sieben Regeln und Lösungsansätzen, die das elementare Ensemble der gemeinsamen Merkmale der Volkswirtschaften der Triade darstellen:

- Vorsichtige Geldpolitik, Kontrolle der Wertpapierausgabe, der Zinssätze und Kurse, Bemühen um einen ausgeglichenen Haushalt, wodurch alle Wirtschaften der Triade die Inflation unter Kontrolle halten.
- Prozesse der Privatisierung und Deregulierung, die einen allmählichen Rückzug des Staates zugunsten von Privatvermögen sowie eine Verringerung der Intensität direkter und indirekter Eingriffe in die realen Prozesse in der Wirtschaft erlauben.
- Allmählicher Rückgang des Anteils der Arbeitskosten innerhalb der Produktionskosten bei gleichzeitigem Anstieg der Kapitalintensität.
- Anstieg der Produktivität der verwendeten Kapazitäten aufgrund hoher Investitionen in Bildung sowie modernste Informationstechniken und -technologien.
- Ausrichtung der sich vollziehenden Umstrukturierung der Volkswirtschaften und Unternehmen auf das Ziel, sich von stagnierenden Märkten und Produkten mit niedrigem Mehrwert und niedriger Rentabilität auf rasch wachsende Märkte und Produkte mit hohem Mehrwert und hoher Rentabilität umzustellen. Sehr schnell wächst zum Beispiel der Dienstleistungssektor, in dem besonders hohe Qualifikationen (zum Beispiel im medizinischen und Ausbildungsbereich) gefordert werden.
- Durchsetzung stabiler Preise für Energie und ihr gesichertes Angebot.

<sup>39</sup> A. Koźmiński, wie Fußnote 18.

- Offenheit für den Handel und die Kooperation von Unternehmen, was ihren Ausdruck im Abbau steuerlicher und nichtsteuerlicher Barrieren findet.

Dies sind gleichsam die Systemfundamente. Wie die Wirtschaftsgeschichte der Länder der Triade zeigt, erlaubt die Einhaltung der aufgezählten Prinzipien, dass ein adäquates Tempo des Wirtschaftswachstums und der sozialen Entwicklung erreicht wird. Dagegen können und sollen die übrigen Lösungsansätze (auch die Steuersysteme) an die kulturelle, soziale und ökonomische Eigenart der jeweiligen Länder angepasst werden. Unter den polnischen Bedingungen sollten zu dem Ensemble der Standardmerkmale des Modells vielleicht noch die Schaffung einer ökologisch orientierten Infrastruktur der Gesundheitsfürsorge hinzukommen.

Es gibt allerdings nicht das eine richtige Rezept und nicht den einen richtigen Weg. Wie A. Koźmiński hervorhebt „ist Polen ein Land, in dem es von elementarer Bedeutung ist, sich möglichst nahe am 'goldenen Standard' zu orientieren und gleichzeitig sehr schnell auf gesellschaftliche und politische Signale zu reagieren.“<sup>40</sup> Dies bedeutet auch, dass es notwendig ist, die Wirksamkeit und Effizienz systemischer Lösungsansätze ständig zu analysieren. Die Analyse sollte dabei auf die Suche nach den optimalen, das heißt, auf die unter den gegebenen Bedingungen besten (also nicht nur die richtigen) Lösungen ausgerichtet werden. Wichtig ist allerdings, dass man bei den Arbeiten an ordnungspolitischen Lösungen nicht in Fallen gerät, in die man bei dieser Arbeit ständig geraten kann.

---

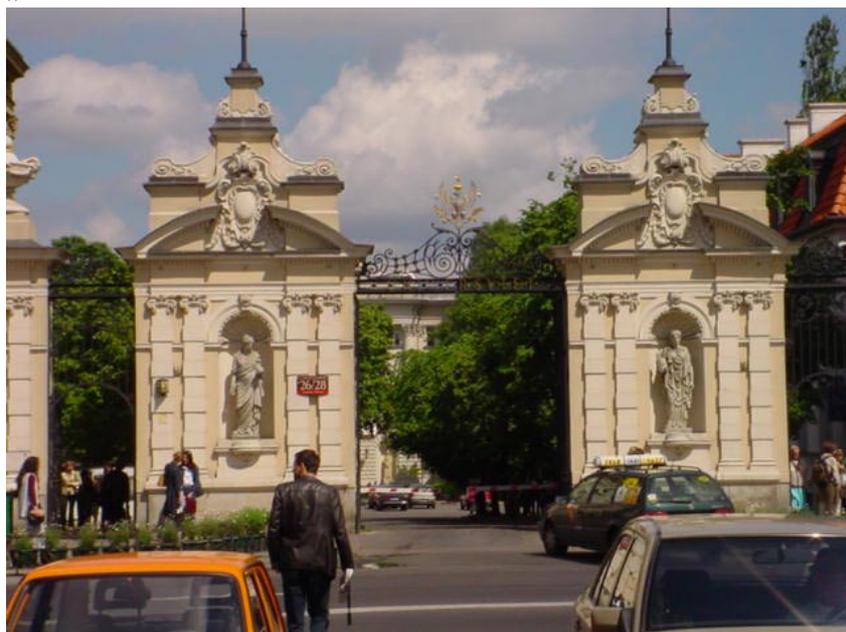
<sup>40</sup> Wie Fußnote 39, S. 20.

**Jacek Brdulak**

*(Professor für Volkswirtschaftslehre und Dekan an der SGH in Warschau)*

## **Voraussetzungen für Veränderungen in der ökonomischen Bildung**

In Polen wird intensiv an der Erarbeitung und Einführung von modernen, an die Anforderungen der gegenwärtigen Situation angepassten Lehrprogrammen für einen breit angelegten Wirtschaftsunterricht an weiterführenden Schulen gearbeitet. Junge Menschen, Schüler der Oberstufen, fangen an zu lernen, wie man ein Gewerbe betreibt und wirtschaftlich motivierte Entscheidungen trifft. Sie erwerben die Fähigkeit, auf der Suche nach außergewöhnlichen Erträgen (Gewinnen) Risiken zu tragen. Der gemeinsame Nenner für all diese Fertigkeiten und ein adäquates ökonomisches Verhalten ist der Begriff „Unternehmertum“.



*Mit Unternehmertum bezeichnen wir die Fähigkeit des Menschen, eigene und fremde Bedürfnisse hervorzurufen und zu befriedigen. Ein unternehmerisch denkender Mensch ist eine Person, die unter jedweden Bedingungen, die ihr von der Umwelt gestellt werden, fähig ist, ihre und die Bedürfnisse anderer wahrzunehmen und zu realisieren.<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> M. Romanowska, A. Sopińska, P. Wachowiak, S. Gregorczyk. *Przedsiębiorczość bez tajemnic*, Program nauczania w liceum ogólnokształcącym, liceum profilowanym, technikum oraz liceum

Die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe sollen sich der grundlegenden Interdependenz bewusst werden, die zwischen individuellen und Gruppenaktivitäten, der Arbeit in Organisationen und der Chance auf Erfolg besteht. Sie sollten ebenfalls einen erweiterten Blick auf die Welt haben, die Funktionsweisen des sozioökonomischen Lebens verstehen, und sich durch eine erhöhte Entschlossenheit und Originalität im Erreichen von angestrebten Zielen auszeichnen.

Es kann viele Wege geben, um die oben genannten Ziele der ökonomischen Bildung im Rahmen unternehmerischen Handelns zu erreichen. Das Ministerium für Volksbildung

und Sport in Warschau hat im Jahre 2002 eine Reihe von Lehrplänen und Unterrichtswerken gebilligt, die hinsichtlich der Grundzüge des Unternehmertums über sehr unterschiedliche Profile verfügen.

Wir wollen einige von ihnen vorstellen und dabei ihre unterschiedlichen Charakteristika hervorheben. So besteht das sich wie ein Leitfaden durch das Buch der Gruppe um Prof. Maria

Romanowska<sup>2</sup> von der Szkoła Główna Handlowa in Warschau ziehende Hauptthema darin, die Handlungsbereiche des Menschen dem entsprechenden Fragment aus seiner Umwelt zuzuordnen, das Quelle seiner Chancen oder Risiken sein kann:

- Das Ich (der Schüler, eine Person, ein Mensch) in seiner nächsten Umgebung – Familie, Schule oder Beruf.

zawodowym. *Kształcenie w zakresie podstawowym, kształcenie ogólne*. Nr dopuszczenia: DKOS-4015-26/02 WSiP 2002.

<sup>2</sup> Ebd. S. 5.

- Das Ich als Subjekt des sozio-ökonomischen Lebens in seiner weiteren Umgebung, das unter bestimmten politischen, geographischen, juristischen, gesellschaftlichen, demographischen, und ökonomischen Bedingungen sowie gemäß dem internationalen Status des jeweiligen Landes oder der jeweiligen Region agiert und funktioniert.

Einen anderen Ansatz hinsichtlich des Unternehmertums verfolgt Filip Żurkowski<sup>3</sup>, Doktorand an der SGH in Warschau. Der Schwerpunkt in seinem methodologischen Konzept wird auf die Person der Schülerin bzw. des Schülers gelegt und daher wird das Lehren von Unternehmertum auch mit Hilfe folgender Sequenzen realisiert:

- Die unternehmerische Haltung verbunden mit der eigenen Selbsterkenntnis und dem Erkennen des eigenen Potentials hinsichtlich unternehmerischen Verhaltens.
- Die Fähigkeit zur Interaktion und Kommunikation mit anderen Personen bei Abläufen, die Entscheidungen, Arbeit, Organisation und Verhandlungen betreffen.
- Die Motive und die Bedingungen für die gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Aktivität des Menschen.
- Die Stellung des Menschen in der Marktwirtschaft und das Begreifen ihrer unterschiedlichen Erscheinungsformen.
- Die Entwicklung von Ideen für wirtschaftliche Aktivitäten, Kreativität, Umsetzung von Konzepten, Kommunikation mit potenziellen Klienten.

Eine nicht so wichtige Rolle spielen in diesem Konzept Probleme, die mit dem Funktionieren des Unternehmens in der Wirtschaft zusammenhängen, Fragen des Arbeitsmarktes oder makroökonomische und gesellschaftliche

Bedingtheiten betreffen. Über den Erfolg entscheiden persönliche Überzeugungen, Anpassungsfähigkeit und die Effizienz bei der Umsetzung eigener wirtschaftlicher Projekte. Man muss einräumen, dass dies aus meiner Sicht ein ungewöhnlich origineller und sehr individueller Vorschlag für die Vermittlung von Unternehmertum ist.

Einen Versuch, die obigen methodologischen Ansätze miteinander zu verbinden, stellen die Lehrbücher von Dr. Zygmunt Kurka und das dazu gehörige Übungsbuch von Andrzej Skonieczka dar, die im Jahr 2001 von der Fachhochschule für Management (Wyższa Szkoła Zarządzania im T. Kotarbińskiego) in Olsztyn veröffentlicht wurden.<sup>4</sup>

Methodologisch gehen die Autoren dieses Sammelwerkes mit einiger Berechtigung von den Zielen der subjektiven und individuellen Herausbildung der Persönlichkeit eines jungen Ökonomen aus, wobei folgende Inhalte vermittelt werden sollen:

- Grundsätze der Marktwirtschaft,
- kreatives Denken beim Agieren (Methoden zur Aktivierung von Problemlösungen, Methoden zur kreativen Analyse von Problemen im sozioökonomischen Bereich),
- projektorientierte Methoden (Erarbeitung, Umsetzung, Bewertung),
- Teamwork.

Eine genauere Analyse des Programms „Einführung in das Unternehmertum“ macht allerdings deutlich, dass Texte dominieren, in denen das Fach „Ökonomie“ behandelt wird. Der erste Teil des Lehrbuchs von Z. Kurek, der mit „Einführung in die Ökonomie“ betitelt ist, bezieht sich dabei direkt darauf. In ihm werden die Grundsätze des Funktionierens der Marktwirtschaft, die Märkte und ihre Stellung in der Wirtschaft sowie die wirtschaftlichen Hauptsubjekte mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung

<sup>3</sup> F. Żurkowski, Podstawy przedsiębiorczości. Zakres podstawowy. Podręcznik dla liceum ogólnokształcącego, liceum profilowanego i technikum. MAC Edukacja S.A., Kilece 2002.

<sup>4</sup> Z. Kurek, Przedsiębiorczość. Poradnik metodyczny dla nauczycieli;

Z. Kurek, Wprowadzenie do przedsiębiorczości; A. Skonieczek, Wprowadzenie do przedsiębiorczości. Ćwiczenia. OWSzZ, Olsztyn 2001.

charakterisiert. Der zweite Teil „Einführung in das Management“ ist der Leitung von produzierenden Unternehmen gewidmet. Und obwohl die Einführung so verfasst ist, dass sie von jungen Menschen leicht verstanden werden kann, unterscheidet sie sich inhaltlich kaum von akademischen Vorträgen, die an berufsorientierten Fachhochschulen gehalten werden. Der dritte Teil des besprochenen Sammelbandes unter dem Titel „Makroökonomische Aspekte des Wirtschaftens“ ist denjenigen Fragestellungen gewidmet, die mit ökonomischen Basisbegriffen verbunden sind: Dem Bruttosozialprodukt, dem staatlichen Finanzsystem, der Inflation, der Arbeitslosigkeit und schließlich der ökonomischen Funktion des Staates in der Marktwirtschaft. Bereits diese drei Beispiele von den durch das Ministerium für Volksbildung und Sport gebilligten Programmen und Lehrbüchern zum Erlernen des Faches „Unternehmertum“ verweisen auf die sehr unterschiedlichen methodologischen Zugänge der Autoren. **Im ersten Fall** haben wir es mit der Akzentuierung des individuellen „Ich“ (Personen, Subjekte von Wirtschaftsprozessen) und der Verankerung des Individuums in einem näheren und weiteren sozio-ökonomischen Umfeld zu tun. Von der Zusammensetzung des Teams von Prof. Romanowska hängt in diesem Fall ab, wie die Auswahl der später darzustellenden Elemente der Umgebung ausfällt. **Im zweiten Fall** dominiert ausschließlich das „Ich“ der Schülerin bzw. des Schülers. Unternehmertum bedeutet hier Selbsterkenntnis, Selbstentfaltung, das Erlernen individueller Fähigkeiten zur Durchführung von Projekten und zur Umsetzung von Aufgaben mit sozio-ökonomischem Charakter. **Im dritten Fall** wird eindeutig die Ökonomie betont, was an sich wertvoll und nützlich ist, jedoch mit der Gefahr einer Übertragung akademischer Inhalte auf weiterbildende Schulen verbunden ist. Der sehr umfangreiche Inhalt der von den

Fachleuten aus Olsztyn vorbereiteten Bücher<sup>5</sup> birgt die Gefahr in sich, dass nur noch mit Hilfe stark selektierten Materials gelehrt werden kann, und dass die Schüler letzten Endes durch die Unmenge faktographischer und deskriptiver Materialien „erdrückt“ werden.

In einer Situation, in der in Polen an den weiterführenden Schulen die ersten Schritte zur Schaffung des Faches Unternehmertum getan werden, und wir in uns in der Phase der Beurteilung vorgeschlagener Methodologien und Lehrpläne befinden, scheint es sinnvoll zu sein, die Ergebnisse ähnlicher Arbeiten renommierter europäischer Institute kennen zu lernen und zu diskutieren. Diesbezüglich haben wir uns entschlossen, den Vorschlag des Instituts für Ökonomische Bildung an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, das von dem anerkannten Experten für die Methodologie der ökonomischen Bildung, Professor Hans Kaminski, geleitet wird, aufzugreifen und den polnischen Spezialisten aus dem Bereich der ökonomischen Bildung vorzustellen. Die methodologische Erfahrung, die didaktischen Ansätze und die zahlreichen Veröffentlichungen des Teams um Professor Hans Kaminski sind mittlerweile in Deutschland und der EU so bekannt, dass unter Spezialisten inzwischen von der „Oldenburger Schule“ der ökonomischen Bildung und des Unternehmertums gesprochen wird.

In dem im zweiten Teil dieses Papiers dargestellten Vorschlag sollen zwei Aspekte berücksichtigt werden:

1. Ökonomische Bildung ist ein integraler Teil der Allgemeinbildung der Jugendlichen und nicht nur ein Element der

<sup>5</sup> Das Basiswerk Z. Kurkas, „Wprowadzenie...“, umfasst 366 und die Übungen von A. Skonieczka 128 Seiten. Es ist bekannt, dass die Inhalte aus Lehrermaterialien auf natürliche Weise in den Unterrichtsinhalt mit einfließen. In unserem Fall sind dies die folgenden 122 Seiten des methodologischen Ratgebers für Lehrkräfte. Insgesamt zählt also der komplette Satz der Lehrbücher zum Unternehmertum 616 (!) Seiten zuzüglich ergänzender Materialien und Literatur.

beruflichen Bildung mit Branchen- bzw. Marktcharakter.

2. Den Autoren der methodologischen Darstellung ist insbesondere die qualitative Verbesserung der Bildung von Schülern wichtig, damit die Förderung ihrer Fähigkeiten garantiert werden kann: Die breite und offene Sicht auf die existierende sozioökonomische Wirklichkeit, das Denken in Kategorien wirtschaftlicher Systeme und ihrer Zusammenhänge mit dem gesellschaftlichem Leben, das Anwenden erworbenen Wissens in praktischen Situationen<sup>6</sup>, die Bewertung der eignen Fähigkeiten durch die Lernenden und schließlich das Arbeiten im Team und die Kommunikation mit anderen.
3. Besonderer Nachdruck wird bei der Zielbestimmung der ökonomischen Bildung an weiterführenden Schulen auf die praktische Verankerung ihrer Aktivitäten in der bestehenden Wirtschaftsordnung gelegt. Es reicht dann zum Beispiel nicht mehr, lediglich die Normen und Zusammenhänge zu erklären, die das Konsumentenverhalten bestimmen. Vielmehr muss dieses Wissen um die Problematik der bestehenden Eigentumsverhältnisse ergänzt werden. Analog hierzu muss die Problematik des Funktionierens von produzierenden Unternehmen mit Elementen der betrieblichen Buchführung versehen werden. Man könnte an dieser Stelle hinzufügen, dass angesichts der in Polen verbreiteten Improvisation bei der Entscheidungsfindung, und angesichts geradezu revolutionärer Marktveränderungen und schneller Wandlungen in der Wirtschaft und bei rechtlichen oder finanziellen Regelungen, die Aspekte der geltenden ökonomischen Ordnung in der

Unterrichtspraxis in den Hintergrund treten.

4. Besondere Betonung verdient in den Lehrplänen der Bereich der sozialen Marktwirtschaft und des ethischen Handelns, was im Alltag des polnischen Wirtschaftslebens sehr oft vernachlässigt wird. Umso mehr, als unter Jugendlichen die Überzeugung verbreitet ist, dass die erste Million geraubt werden muss, oder dass die Wirtschaft auf den Prinzipien eines zynischen, inhumanen und destruktiven Spiels der Konkurrenten beruht.
5. Die in dem Vorschlag der „Oldenburger Schule“ enthaltenen Ziele und Inhalte sind logisch, konsequent und konsistent dargestellt. Sie sind Ergebnis langjähriger Forschungsarbeiten und Implementierungsversuche im Rahmen der Ausgestaltung von Lehrplänen der ökonomischen Bildung auf Länder- und Bundesebene. Schon alleine deshalb sollte ihnen Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Das in diesem Bericht vorgestellte didaktisch-methodologische Material stellt eine wertvolle Ergänzung zu der in Polen geführten Diskussion über die Form der künftigen ökonomischen Ausbildung junger Menschen dar. Nach Ansicht des Autors bildet es eine wichtige Ergänzung für die Neugestaltung der Ausbildung polnischer Jugendlicher im Sinne eines kreativen, humanen und sozialen Unternehmertums. In nächster Zukunft sollten aus den jetzt noch lernenden Jugendlichen gerechte World Citizen und „Euroeconomists“ werden können.

<sup>6</sup> Dieses Problem taucht grundsätzlich bei jeder Bewertung der Wirksamkeit des polnischen Bildungswesens, nicht nur der ökonomischen Bildung, auf.

## Berichte/Dokumentation

*Zbigniew Wilkiewicz*

### **Deutsch-polnische Kooperation vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Aspekte der Europäischen Integration - ein Seminar mit deutschen und polnischen Polizistinnen und Polizisten aus Hamburg und Stettin (16. bis 21. Juni 2003).**

1. Zielgruppe: Das Seminar ist als Pilotprojekt einzustufen, da erstmalig binational mit sechs polnischen Teilnehmenden aus Szczecin (Stettin) und 17 deutschen Teilnehmenden aus Hamburg und Bremen gearbeitet wurde. Zugangsvoraussetzungen für die Teilnehmenden waren die Motivation zum transnationalen Erfahrungsaustausch und zur interkulturellen Interaktion. Da in gemischt nationalen Workshops gearbeitet werden sollte, waren bei den polnischen Teilnehmenden ausreichende Sprachkenntnisse des Deutschen Voraussetzung, bei Bedarf wurde aber auch konsekutiv übersetzt.

2. Lernziel: Die Teilnehmenden sollten mit dem reformträchtigen Integrationsprozess der EU aus sicherheitspolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht vertraut gemacht werden. Da die bevorstehende Osterweiterung der EU im Europa-Diskurs einen besonderen Schwerpunkt bildet, stand die Beschäftigung mit dem Beitrittskandidaten und Nachbarn Polen im Vordergrund. Aufgrund der starken Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses durch grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sollte es im Seminar ebenfalls darum gehen, die Formen der Kooperation zwischen deutschen und polnischen Behörden vor dem Zielhorizont der EU-Integration zu erörtern. Dies diente ebenfalls dazu, wechselseitig bestehende Vorurteilsstrukturen zu relativieren. Es sollte deshalb auch bewusst in gemischt nationalen Workshops gearbeitet werden. Vorbereitung und Organisation des Seminars erwiesen sich als langwierig, da wir es in Deutschland und Polen im Bereich Polizei weiterhin mit offenbar recht unterschiedlichen Arbeits-, Weiterbildungs- und Führungsstrukturen zu tun haben.

3. Inhalte und Methoden: In den einleitenden Vorträgen wurde von deutscher und polnischer Seite auf die jeweils spezifische Organisationsstruktur und den Aufbau des deutschen und polnischen Polizeiapparats eingegangen. Im Anschluss daran erfolgte eine gezielte Projektion auf die Großstädte Hamburg und Stettin, wobei erläutert wurde, mit welcher Art von Kriminalität die Polizeiapparate in beiden Städten zu kämpfen haben. Dabei wurde deutlich, dass sich die grenzüberschreitende Kriminalität seit dem Zusammenbruchs des Ostblocks und der Öffnung der Grenzen in erheblichem Ausmaße internationalisiert und professionalisiert hat. Obschon die deutsch-polnische Kooperation auf diesem Gebiet von beiden Seiten als positiv bewertet wurde, gebe es vor allem hinsichtlich der Angleichung der weiterhin erheblichen Unterschiede in den beiden Rechtssystemen noch viel zu tun, um eine effizientere gemeinsame Verbrechenverfolgung zu gewährleisten. In einem weiteren Teil wurde über Polizei und Medien sowie über das deutsche Medienrecht informiert und diskutiert. Dieser Seminarblock wurde durch den Einsatz entsprechend ausgewählter Lehrfilme präsentiert und veranschaulicht.

In weiteren Referaten und in den sich anschließenden Workshops wurde der politische Zusammenhang zwischen Kriminalität und Rechtspopulismus in Europa, Deutschland und Polen erarbeitet. Dazu konnten in deutscher und polnischer Sprache vorbereitete Materialien zu populistischen Parteien in Polen („Selbstverteidigung“ „Recht und Gerechtigkeit“) sowie zur in Hamburg mitregierenden „Schill-Partei“ verwendet werden. Verglichen und problematisiert wurden diese Entwicklungen mittels eines Vortrags und in Arbeitsgruppen mit der aktuellen Diskussion über eine

europäische Verfassung und die Finalität der EU.

In einer weiteren Seminareinheit wurde – vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung - das Thema von Ökonomie und Migration behandelt. Dabei ging es zunächst um die Grundlagen und die Entwicklung der EU-Erweiterung und die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten. Diskutiert wurde die strukturelle Reife der Beitrittsländer und der aktuelle Stand des Beitrittsprozesses nach dem Gipfel von Kopenhagen. Intensiv behandelt wurden die Problembereiche Arbeitnehmerfreizügigkeit und drohende Migration, "Völkerwanderung", Umwelt und Arbeitslosigkeit, regionale Differenzierung in der EU, in Deutschland und Polen sowie die Übernahme des gesamten Rechtssystems der EU. Schließlich setzten sich die Teilnehmenden mit Gegenargumenten gegen die EU-Erweiterung, z.B. Kosten und Finanzierung, Schwächung des Euro, fehlende wirtschaftliche Reife und Rückständigkeit der Beitrittskandidaten auseinander.

Ein Vertreter des diplomatischen Korps der Republik Polen referierte schließlich über die mit dem EU-Beitritt Polens verbundenen Chancen für sein eigenes Land, Deutschland und Europa insgesamt. Dabei hob er auch auf das Problem Arbeitsmigration und freier Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt ab. Als problematisch wurde ebenfalls die Situation der polnischen Landwirtschaft charakterisiert und diskutiert. Aus aktuellem Anlass entspann sich zwischen den deutschen und polnischen Teilnehmenden eine lebhaft geführte Debatte über die Irak-Politik Deutschlands und Polens. Kontroversen rief in erster Linie die Rolle der USA im Irak-Krieg hervor. Gefragt wurde schließlich auch nach den Chancen für eine gemeinsame, abge-

stimmte gesamteuropäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Die schriftliche Auswertung des Seminars ergab, dass die Teilnehmenden sowohl die Referenten als auch die Methodenvielfalt (Vorträge, Diskussionen, Lehrfilme, Folien und Workshops) positiv bewerteten. Zufrieden war man auch mit den unterschiedlichen Zugängen der einzelnen Referenten sowie mit den zur Verfügung gestellten Materialien.



4. Bemerkenswertes: Wie nicht anders zu erwarten, waren die gegenseitigen Kenntnisse der Teilnehmenden über ihre jeweiligen Nachbarländer als eher gering und vorurteilsbelastet einzuschätzen. Dies wurde im Plenum zwar nicht explizit geäußert, war aber Gegenstand der gruppeninternen Gespräche und Einschätzungen auf beiden Seiten. Die detaillierten Informationen über einzelne Sachgebiete sowie länder- und EU-bezogene Entwicklungen mögen diesen Sachverhalt zwar relativiert haben, können aber wohl kaum etwas an den grundlegenden Einstellungen verändern, besonders hinsichtlich des in Deutschland besonders stark ausgeprägten explizit negativen Stereotyps gegenüber Polen. Immerhin schufen die guten Arbeitskontakte aus den Workshops und die gegenseitige Wertschätzung der Teilnehmenden eine für die meisten Teilnehmenden durchaus neue Situation, in der es jedem Einzelnen zukünftig schwer fallen dürfte, tief sitzende Vorurteile und Stereotype auf die gesamte Nachbarnation zu projizieren. Dies verweist umso stärker auf

die Notwendigkeit, solche binationalen Seminare in ähnlicher Weise fortzuführen. Alleine schon deshalb, weil das zusammenwachsende Europa nach dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Kandidaten seine Innen- und Sicherheitspolitik in noch weit höherem Maße wechselseitig wird abstimmen müssen.

5. Ergebnisse der schriftlichen Auswertung, die in deutscher und polnischer Sprache erfolgte:

**Ich habe gelernt, dass.../Nauczyłem się, że...**

- Europa nur durch Verringerung nationaler Egoismen lebensfähig wird.
- Europa nur durch zwischenmenschliche Kontakte zusammenwächst.
- познал opinie niemieckich kolegów [ich die Ansichten der deutschen Kollegen kennen gelernt habe].
- Europa langsam zusammenwächst.
- porozumienie i wzajemne zrozumienie wymaga czasu i cierpliwości [Verständigung und gegenseitiges Verstehen Zeit und Geduld erfordern].
- das Zusammenwachsen von Europa nicht einfach ist.
- wspólna Europa da korzyści dla obu stron [das gemeinsame Europa Vorteile für beide Seiten bringen wird].
- Annäherung lange dauern kann.
- oczekując akceptacji od innych sam musimy akceptować [wenn man Akzeptanz von anderen erwartet, man selbst Akzeptanz aufbringen muss].
- na naukę nigdy nie jest za późno [es zum Lernen nie zu spät ist].
- die diktatorische Struktur eine große Rolle in der Hierarchie der Polizei in Polen spielt.

**Gut war, dass.../Dobrze było że...**

- wir uns verstehen lernten.
- Deutsche und Polen zusammen an diesem Seminar teilnahmen.
- die Vorträge.

- Deutsche und Polen sich verstehen.
- nastąpiła wymiana myśli oraz doświadczeń [ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch erfolgte].
- mogliśmy wzajemnie się poznać [wir uns gegenseitig kennen lernen konnten].
- udało się przełamać stereotyp złego Polaka [es gelungen ist, das Stereotyp des bösen Polen zu durchbrechen].
- poznaliśmy różne opinie na temat Polski i Polaków [wir verschiedene Meinungen zu Polen und den Polen kennen gelernt haben].
- było dobrze w efekcie końcowym [es gegen Seminaranrede gut wurde]
- Wetter!
- jetzt das Ziel besteht, solch einen Austausch zu wiederholen.
- am Sonnabend noch alle Teilnehmer da waren.

**Nicht so gut war, dass.../Nie za dobrze było, że...**

- der [private] Austausch mit den polnischen Kollegen erst nach einigen Tagen gelang.
- im Seminar eine Diskussion über die vorgetragenen Themen [nicht] möglich war.
- trzeba jechać do domu [dass man nach Hause fahren muss].
- es anfängliche Annäherungsschwierigkeiten gab.
- die polnische Gruppe so klein war.
- jeszcze nie wiemy czy ten projekt będzie kontynuowany [wir noch nicht wissen, ob dieses Projekt fortgesetzt wird].
- nie udało się przekonać do integracji europejskiej Günthera [es nicht gelungen ist, Günther von der europäischen Integration zu überzeugen].
- nie uwzględniono programu kulturalnego [kein Kulturprogramm angeboten wurde].
- mieliśmy zbyt mało czasu na indywidualne rozmowy [wir zu wenig Zeit für Einzelgespräche hatten].

**Bernd Stegmann**

## **Entwicklung und Chancen in Europa. Drei Projektseminare mit Hauptschülerinnen und Hauptschülern aus Gelsenkirchen**

*„Ganz wesentlich dienen die Angebote der außerschulischen Bildung zur gesellschaftlichen Integration nicht nur der deutschen, sondern insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. (...) Der gesellschaftliche Wandel in allen Lebensbereichen verlangt bereits von jungen Menschen komplexe Kompetenzen, zu deren Erwerb schulische und außerschulische Bildungssysteme gleichermaßen und koordiniert beizutragen haben.“ (11. Kinder- und Jugendbericht)*

### **Zielgruppe**



Vor vier Jahren hat die Zusammenarbeit mit einer Gelsenkirchener Hauptschule, dem Industrie- und Sozialpfarramt Gelsenkirchen (ISPA) und dem GESW begonnen. In diesem Jahr konnten bereits drei Seminare mit Schülerinnen und Schülern jeweils aus den 9. Klassen von Hauptschulen in Vlotho durchgeführt werden.

Zu den zentralen Problemfeldern des Einzugsgebietes der meisten SchülerInnen gehört die aufgrund der Deindustrialisierung seit Jahren anhaltende deutliche Schrumpfung der Einwohnerzahl im Stadtgebiet Gelsenkirchens. Mit 21 Prozent besitzt das Gebiet innerhalb

Gelsenkirchens den höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung (davon sind etwa 75 Prozent türkischer Herkunft), die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung zudem ein deutlich geringeres Altersniveau aufweist. Die Schließung großer vor Ort ansässiger Industriebetriebe im Lauf der letzten Jahrzehnte schlägt sich in einer örtlichen Arbeitslosenquote von über 18 Prozent nieder. Dabei ist der Anteil von Langzeit-, nicht deutschen und jugendlichen Erwerbslosen besonders hoch und die (überwiegend türkischen) MigrantInnen der zweiten und dritten Generation sind außerdem zunehmend durch Sprachprobleme in ihren schulischen und beruflichen Chancen beeinträchtigt. Ein lange vernachlässigtes Problem sind auch die geringen Erwerbsmöglichkeiten für (allein erziehende) Frauen. Gerade von den örtlichen Kindertageseinrichtungen und Schulen - in einigen Klassen sind mehr als 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler ausländischer

Herkunft - müssen deshalb erhebliche Integrationsleistungen erbracht werden.

Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler stammt also aus sozial schwachen Familien und/oder wächst unter schwierigen Lebensbedingungen mit Migrationshintergrund auf. Der durchschnittliche Ausländeranteil beträgt über 40 Prozent. Da häufig soziale und familiäre Probleme oder individuelle Beeinträchtigungen der Schülerinnen und Schüler in die Arbeit der Schule hineinreichen, ist eine gezielte Zuwendung und Förderung der Kinder und Jugendlichen notwendig und ein wichtiges pädagogisches Prinzip der Schulen. Trotz eines

großen Engagements der Lehrkräfte, Angeboten von sinnvollen Freizeitmöglichkeiten und der Verknüpfung von Schule, Leben und Freizeit wird der Unterricht bei den Schülerinnen und Schülern oft mit starkem Leistungsdruck und Überforderung assoziiert. Als grundlegend für unsere Seminarreihe mit den Hauptschulen gilt deshalb, die Fähigkeiten und Stärken jeder/s einzelnen Jugendlichen herauszuarbeiten und damit das Selbstwertgefühl und die Motivation der Teilnehmenden zu stärken, da sie sonst im Alltag oft damit konfrontiert werden, was sie alles nicht können.

### Inhalt und Methoden



In dem für sie neuen Kontext und sozialen Umfeld des Studienwerks sollen den Schülerinnen und Schülern durch partizipative und spielerische Methoden Grundkenntnisse über Europa, Wirtschaft und Arbeitswelt vermittelt werden, so dass bestehende Wissenshorizonte erweitert und neue Zusammenhänge erschlossen werden können. Darüber hinaus sollen ihnen durch Einübung teamorientierter Arbeitsaufträge und einfacher Präsentationstechniken praxis- und zukunftsrelevantes Handwerkszeug mit auf den Weg gegeben werden.

Anhand eines Europa-Puzzles konnten die SchülerInnen am ersten Nachmittag ihr bestehendes Wissen über Geschichte, Geographie, Sprachen, Religionen ihres ausgesuchten Landes in einem ersten Rundgespräch einbringen, das durch Kurzvorträge und Folien ergänzt wurde. Im Anschluss konnten sie im „Lernzirkel Europa“, einer in sechs Stationen angelegten Hausrallye mit Wettbewerbscharakter, ihr Wissen zu europäischer Geographie, Literatur, Ländern, Musik, Flaggen und Presse testen und spielerisch erweitern.

Der zweite Tag diente dazu, europäische Staaten aus Ost und West genauer unter die Lupe zu nehmen. Mit ausgewählten

Materialien (Länder-Infohefte,

Fremdenverkehrsbroschüren, Landkarten usw.) wurden in vier- bis fünfköpfigen Gruppen Informationen zu Geschichte, Politik, Kultur, Sprache(n) des Landes von den SchülerInnen zusammengetragen und für eine anschließende Präsentation vor der Klasse aufbereitet. Um die Beschäftigung mit Staaten aus Mittel- und Osteuropa in einen größeren europäischen Zusammenhang zu stellen und mit Chancen und Problemen der europäischen Integration zu

verknüpfen – zumal eine persönliche Erinnerung an die Zeit des Ost-West-Konflikts und seine Überwindung nicht vorhanden ist – begann der Nachmittag mit einem Kurzvortrag zum aktuellen Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Die sich anschließende Gruppenarbeit zu mittel- und osteuropäischen Ländern griff diesen erweiterungsspezifischen Kontext auf, indem die Schülerinnen in ihrer Präsentation neben den länderkundlichen Elementen Gründe erläuterten, die eine Mitgliedschaft in der EU aus der Sicht des Landes erstrebenswert machen. Dabei gab vor allem die Beschäftigung mit der Türkei Anlass

für interessante Diskussionen, die sowohl einen Grundkonsens bezüglich der in Kopenhagen gefassten politischen Kriterien einer Mitgliedschaft in der EU durchscheinen ließen, als auch die doppelte Identität der in Deutschland aufgewachsenen jungen Türiinnen und Türiken zu Tage förderte.

In einer weiteren Seminareinheit am nächsten Vormittag beschäftigten sich die SchülerInnen mit dem Wirtschaftsleben in Europa. Anhand einfacher Beispiele wie Tourismus und beliebiger Produkte aus dem Supermarkt um die Ecke oder der Jeans in der nächstbesten Boutique erarbeiteten sich die Schüler im offenen Rundgespräch Grundlagen des Imports und Exports, erlernten Regeln des europäischen Binnenmarkts und sprachen über die Angleichung der europäischen Währungen und ihre Auswirkungen.

Der Nachmittag konfrontierte sie mit Hilfe von Kurzfilmen mit dem Thema Wandel und Zukunft der Arbeit in Europa. Dabei wurden Schlagworte wie „lebenslanges Lernen“, „Flexibilisierung der Arbeit“ oder „Globalisierung“ erläutert und darüber gesprochen, wie sich das auf die konkrete Situation der Teilnehmenden am Lehrstellen- und Arbeitsmarkt auswirkt. Im Anschluss daran konnten sich die SchülerInnen anhand von Arbeitsblättern ihre Stärken, Schwächen und Interessen ausloten, um ihnen in ihrem Berufsfindungsprozess weiter zu helfen, der oftmals kaum reflektiert und an eigenen Wünschen und Fähigkeiten bzw. Angeboten des Ausbildungsmarktes orientiert ist, sondern sich größtenteils auf Arzthelferin oder Friseurin für die Mädchen und auf KFZ-Mechaniker oder Maler und Lackierer für die Jungen beschränkt.

Als Vertiefung und Wiederholung erarbeitete die Klasse am nächsten Morgen in drei Wahl-Workshops die Themen „Leben, lernen und arbeiten in Europa“, „Wirtschaft im Alltag“ und „Zukunft in Europa“. Die erste Gruppe stellte für die abschließende Präsentation Möglichkeiten zusammen, Erfahrungen im europäischen Ausland zu machen und

recherchierte, welche Partnerorganisationen oder Förderprogramme einen Aufenthalt als au pair, als Teilnehmer im europäischen Freiwilligendienst oder aber als Praktikant im Rahmen einer Ausbildung unterstützen und welche organisatorischen Schritte dazu notwendig sind. In negativer Hinsicht spannend war dabei, dass es für das Gros der Klasse das erste Mal war, von derartigen „europäischen Möglichkeiten“ zu hören. Die zweite Arbeitsgruppe untersuchte Markenprodukte aus der Alltagswelt der SchülerInnen und stellte mit Hilfe einer Internetrecherche über Produktionsstandorte der Firmen eine Liste von Waren zusammen, die ohne Freihandel in Europa nicht erhältlich wären. Nach anfänglicher Skepsis konnte vor allem das Zukunftsthema begeistern. Hier bestand die Aufgabe darin, gemeinsam eine Geschichte zu verfassen und zu präsentieren, die sowohl die Alltagswelt als auch politische, wirtschaftliche, technologische oder kulturelle Aspekte des Lebens in Europa in 20, 50 oder 100 Jahren zur Sprache bringen soll (*siehe dazu auch in diesem Heft „Forum Junges Europa“*).

Für den letzten Nachmittag besuchten wir die Polizeidienststelle des Landkreises Herford und führten unter dem Motto „Offene Grenzen - schwere Jungs und leichte Mädchen“ ein Gespräch mit einem Vertreter der Kreispolizei, der uns einen kompetenten Überblick über die Aufgaben und Herausforderungen für die Polizei in einem offenen Europa gab und im Anschluss einfühlend und aufklärend auf die sowohl vorbereiteten als auch spontanen Fragen der SchülerInnen antwortete, die nicht selten schon mit Gelsenkirchener Kollegen in Kontakt gekommen waren.

## **Resümee**

Die Schülerinnen und Schüler fühlen sich an dem für sie ungewohnten Lernort GESW und bei der für sie neuen Erfahrung im Studienwerk wohl und die Atmosphäre des Seminars aktiviert Motivationspotenziale, so dass im

Laufe der jeweiligen Seminarwoche durchaus Lernerfolge erzielt wurden. Spürbar leichter fiel es den meisten gegen Ende der Woche, vor der Klasse frei zu sprechen und bei der Vorstellung von Arbeitsgruppenergebnissen sich auf Wesentliches zu konzentrieren. Schüler mit Migrationshintergrund erlebten ihre doppelte Identität als positive Erfahrung und konnten mit ihrem persönlichem Wissen über Sprachen und Kultur ihres Herkunftslandes für alle gewinnbringend zum Seminar beitragen. Die Tage trugen zur Horizonterweiterung der Teilnehmenden bei und manche entdeckten für sich auch neue berufliche Perspektiven und Möglichkeiten. Insgesamt konnten sich die Schülerinnen und Schüler in den gemeinsam verbrachten Tagen und Abenden außerhalb des gewohnten Umfelds besser und zum Teil von einer neuen Seite kennen lernen, was sich positiv auf den Klassenzusammenhalt auswirkt.

Bei der freien schriftlichen Auswertung („stummer Schreibtisch“) durch die teilnehmenden Schüler und Schülerinnen wurden die Seminarwochen prinzipiell als positiv und bereichernd bewertet: Die meisten gaben an „viel über Europa“, über seine Vielfalt und seine Rolle in der Welt gelernt zu haben und es „nun auf jeden Fall mit anderen Augen zu betrachten“. Neu schien manchen, dass dies auch „einigermaßen Spaß gemacht“ hat. Besonders gut angekommen ist in diesem Zusammenhang das sehr handlungsorientierte Europa-Quiz als Haus-Rallye. Als „das Beste“ wurde neben den Ausgeh- Freizeit- und Sportmöglichkeiten oft auch die Gruppenarbeit erwähnt („weil wir das später brauchen und auch mit fremden Menschen können müssen“). Als Wunsch wurde erwähnt, eventuell noch mehr Exkursionen bzw. Besichtigungen einzuplanen.

Auch die beteiligten Lehrkräfte der Hauptschulen zeigten sich an einer weiteren Kooperation interessiert und betrachteten den Aufenthalt im Nachhinein als fruchtbar. Da ihr

Schülerklientel immer ein sehr „konkretes und anschauliches“ Arbeitsmaterial benötigte, sollte ihrer Ansicht nach in Zukunft bei der Auswahl der Texte aufgrund der „leider oft geringen Sprach- und Lesekompetenz“ für die Gruppenaufträge noch mehr Wert auf didaktische Reduktion gelegt werden und noch mehr handlungsorientierte Arbeitsschritte in den Seminarablauf eingebaut werden. Nach Auskunft der Lehrkräfte wären die erstellten Gruppenplakate in den Klassen mit großer Freude aufgehängt worden und hätten noch mehrmals Anlass für eine Vertiefung gegeben. Die Schüler hätten sich auch im Nachhinein insgesamt positiv geäußert und negative Äußerungen habe es nicht gegeben.

Die Stimmen sowohl der Teilnehmenden als auch der begleitenden Leitenden zeigten, dass es sich auch in Zukunft lohnen wird, die Partnerschaften mit Hauptschulen verstärkt in den Mittelpunkt der wissenschaftlich-pädagogischen Arbeit des Studienwerks zu stellen. Sie verhindern nicht nur den Rückzug in einen wissenschaftlichen Elfenbeinturm, sondern tragen auch zur Erfüllung der eingangs im 11. Kinder- und Jugendbericht erwähnten, so wichtigen Aufgabe außerschulischer politischer Bildung bei.

#### Literatur

- Elfter Kinder- und Jugendbericht, Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Februar 2002, [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)
- Austermann, Klaus; Ruiz, Marcelo u.a.: Zwischenbilanz zum Modellgebiet: Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, [www.soziale-stadt.de](http://www.soziale-stadt.de)
- Solga, Heike: Das Paradox der integrierten Ausgrenzung von gering qualifizierten Jugendlichen, *ApuZg*, B 21-22/2003, S.19-25.
- Kristen, Cornelia: Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem, *ApuZg*, B 21-22/2003, S. 26-32.

## Zbigniew Wilkiewicz Polizeipräsenz und Opferschutz in Polen

Angesichts der in Polen steigenden Kriminalitätsrate, die auch eine Folge der Grenzöffnung und der Internationalisierung des organisierten Verbrechens ist, mehrten sich sowohl in der veröffentlichten als auch in der öffentlichen Meinung des Landes diejenigen Stimmen, die sich für eine verstärkte Polizeipräsenz in den Straßen der besonders gefährdeten Großstädte sowie für einen besseren Opferschutz aussprechen. Diesen beiden Themen widmen sich in den nachfolgend dokumentierten Artikeln Piotr Pytlakowski und Andrzej Goszczyński. Es handelt sich hierbei um zwei von mehreren Texten, die im Rahmen einer von der „Polityka“ veröffentlichten Artikelserie unter dem bezeichnenden Titel „Zero Tolerance“ im Februar und März 2003 publiziert wurde. Pytlakowski kommt zum Ergebnis, dass die übertriebene Bürokratisierung der Abläufe ein effektives polizeiliches Handeln verhindert, und dass die Polizisten zu Sündenböcken einer wenig effizienten Justiz gemacht werden. Angemahnt wird eine stärkere Präsenz der Polizei in den Stadtvierteln, massiv kritisiert wird hingegen eine zu starke Abhängigkeit der polizeilichen Strukturen von den relativ häufigen Wechseln im politischen Machtgefüge.

Goszczyński beschreibt hingegen die gravierenden Mängel hinsichtlich der Behandlung von Tätern und Opfern. Er hebt hervor, dass Verbrechensopfer bei Polizeiverhören und in Gerichtsverhandlungen häufig schlecht und wenig einfühlsam behandelt werden, und dass man sie in der Regel nicht über die ihnen zustehenden Rechte aufgeklärt hat. So geraten sie in die Gefahr, nicht als Geschädigte wahrgenommen und behandelt zu werden. Der Autor spricht sich deshalb für einen gezielteren Opferschutz und die Einführung von Adhäsionsverfahren aus, um eine adäquate Entschädigung der Opfer zu gewährleisten.

*Piotr Pytlakowski: Policjant na każdym rogu [Ein Polizist an jeder Ecke], in: Polityka, 15.2.2003, S. 28-30.*

Ministerpräsident Leszek Miller sagte, als er den Polizisten, die im hauptstädtischen Stadtteil Ursynów zwei Verbrecher erschossen hatten, Prämien in Höhe von 800 Złoty aushändigte, dass nur ein lebender Polizist ein guter Polizist sei. Durch dieses Ereignis wurde ein bislang herrschendes Schema durchbrochen. Die bisherigen Erfahrungen waren für die Männer in blauen Uniformen nämlich häufig tragisch und kompromittierend.

Am 23. März 2002 starb während einer Schießerei in Parole Unterkommissar Mirosław Żak, als Polizisten, die einen mit Waren bestückten gestohlenen Lastwagen sicherten, von Gangstern angegriffen wurden.. Zwei Monate später erschossen Banditen in Czechowice-Dziedzice zwei Funktionäre, den Unterkommissar Mirosław Małczęć und den Sergeanten Tadeusz Świerkot. [...] Seit 1990 sind 85 Polizisten in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen. Alljährlich werden etwa 450 Beamte im Dienst verwundet. Zu diesem Beruf gehört zwar das Risiko dazu [...], aber es scheint, dass es zu viele Opfer in Uniformen gab. Dies wäre zumindest ansatzweise zu verhindern gewesen, wenn die Polizei schneller gehandelt und entschlossener zur Waffe gegriffen hätte.

### Der Albtraum der Ermittlungen

Seit Jahren fordert das Hauptkommissariat der Polizei neue rechtliche Regelungen und Instrumente. Mit ihrem Fehlen erklärt man die unzureichende Effizienz der Polizeiarbeit. Tatsächlich konnte die Polizei nach Einführung der polizeilichen Provokation (der sog. kontrollierten Zustellung), der Kronzeugen- und Inkognito-Regelung und durch die Schaffung der neuen Institution des

Zentralen Ermittlungsbüros im Jahre 2001, eine Serie spektakulärer Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen erzielen. Allerdings verbesserten sich die Statistiken hinsichtlich der Sicherheit auf elementarer Ebene – Diebstahldelikte, Einbrüche, Überfälle und Schlägereien – nicht. Gemäß der Statistik des Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung sind 59 Prozent der Polen mit den Aktivitäten der Polizei zufrieden, hingegen befürchten 46 Prozent, dass sie zu Opfern von Verbrechen werden könnten.

Im Jahre 2001 (aktuellere Daten sind vom Hauptkommissariat noch nicht erhoben worden) stieg die Zahl der Morde auf 1.325 an (im Jahre 2000 waren es noch 1.269 gewesen). Die Polizei hebt zwar die sehr hohe, weil über 87 Prozent betragende Aufklärungsrate hervor, aber die Mehrzahl dieser Fälle betrifft Familienstreitigkeiten, bei denen ein Ehemann seine Frau tötet (oder umgekehrt), der Täter von selbst gesteht oder direkt am Tatort gefasst wird. Bei vielen spektakulären Fällen wurden die Mörder allerdings bis heute noch nicht gefasst.

Die Statistik, in der man sog. einfache Diebstähle erfasst, im Jahre 2001 sind davon fast 315.000 aktenkundig geworden, ist durchaus erschreckend. Ihre Zahl ist im Vergleich zu 1999 um über 100.000 gestiegen, während die Aufklärungsrate gerade mal 22 Prozent beträgt. Die Zahl der gestohlenen Kraftfahrzeuge ist von 80.000 auf etwas über 68.000, davon 54.600 PKW, gefallen, wobei die Aufklärungsrate weiterhin zehn Prozent beträgt. „Dafür steigt die Zahl der wieder aufgefundenen Fahrzeuge“ – so Grażyna Puchalska vom Pressebüro der Hauptkommandantur. „Im Jahre 2001 betrug ihre Gesamtzahl über 44.000.“

Die Hauptstadt liegt bei allen Delikten vorne: bei Diebstählen, Raubüberfällen, Erpressungen und Schlägereien. Seit einem Jahr ist Ryszard Siewierski Chef der hauptstädtischen Polizei. In der Zeitung „Super Express“ wurde aufgelistet, dass es im Jahre 2002 in Warschau täglich 74 Einbrüche, 34 PKW-Diebstähle und

18 Raubüberfälle gegeben hat. Die Polizei konnte vier Einbrüche, einen Autodiebstahl und vier Raubüberfälle aufklären. „Auf Landesebene hebt sich Warschau negativ ab, aber im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten stehen wir gar nicht so schlecht da“ – meint Hauptinspektor Siewierski. „Es ist normal, dass die Verbrecher in der Hauptstadt attackieren, denn in der Masse kann man besser untertauchen.“

Die größte Polizeigarnison befindet sich allerdings nicht in der Hauptstadt, sondern in Schlesien, mit über 11.500 Beamten. „Dies ist eine Besonderheit der schlesischen Agglomeration“ – meint Grzegorz Olejniczak, der Pressesprecher der Polizeikommandantur in Kattowitz. Diese Besonderheit ergibt sich unter anderem aus dem Anstieg des Diebstahls von Kohle, aus den zunehmenden Wirtschaftsverbrechen und aus den jüngst häufiger durchgeführten Straßendemonstrationen, die eine verstärkte Bereitschaft der präventiven Einsatzkräfte erfordern.

„Die sich auf Streife befindenden Polizisten tragen gelbe Westen, damit man sie besser sehen kann“ – sagt Grzegorz Olejniczak. „Aber um tatsächlich mehr Beamte aus den Büros auf die Straßen zu bekommen, muss man die Prozeduren vereinfachen. Das, was uns am meisten behindert, ist die Bürokratie, der Papierkrieg.“

Ein Polizist, der während seines Streifengangs zu einem Tatort beordert wird, muss zunächst einen Aktenvermerk schreiben, überträgt diesen danach auf mehrere Formblätter, bestellt dann die Zeugen zur Vernehmung ein und schreibt wiederum Protokolle. [...] Im Schnitt hat ein Ermittler die Akten von vierzig Fällen auf seinem Schreibtisch und für jeden Fall dreißig Tage Zeit, um die Voruntersuchung einzuleiten, während der er durchschnittlich fünf Personen, also insgesamt 200 Personen monatlich verhören muss. Er steckt also hinter dem Schreibtisch und füllt ein Papier nach dem anderen aus, wobei diese Aktivitäten später sowieso vom Staatsanwalt wiederholt werden.

## Rückkehr zur Zentralisierung

Im Januar 2003 hat das Parlament nach mehrmonatiger Arbeit die endgültige Fassung der Novellierung der Strafgesetzzordnung, die u.a. die Aktivitäten der Polizei modifiziert, erlassen. Falls der Präsident das Gesetz unterzeichnet, werden die polizeilichen Ermittler bei kleineren Vergehen, wenn es an Beweisen mangelt und Spuren fehlen, die zum Täter führen, die Akten bereits nach fünf Tagen in einem speziellen Register ablegen können, um erst dann auf sie zurückzukommen, wenn neue Spuren aufgefunden wurden. Die Gegner dieser Lösung befürchten, dass jetzt jeder Fall von der Polizei abgehakt und nach fünf Tagen ad acta gelegt wird. Die Befürworter antworten hierauf, dass es bei der Polizei ein inneres Kontrollsystem gebe, und dass jeder, der das neue System zu missbrauchen versuche, zur Ordnung gerufen werde. Der Polizei liegt nämlich sehr an der Statistik, denn auf ihrer Grundlage wird die Polizeiarbeit beurteilt. Und wenn die Zahl der eingestellten Verfahren ohne ermittelte Täter wachsen sollte, werden die hierfür verantwortlichen Personen dienstliche Konsequenzen tragen müssen.

Nach Ansicht des Stellvertreters des Hauptkommandanten der Polizei, Oberinspektor Adam Rapacki, sind mehrere Veränderungen notwendig, damit die Ermittlungsorgane mobiler werden. „Die Polizisten verbringen ihre Zeit damit, Gerichtssachen zuzustellen. Wir möchten nicht, dass unsere Leute zu Briefträgern werden“ – klagt Rapacki. „Sie werden auch als Eskorte missbraucht. Jeden Tag transportieren 700 Polizisten Angeklagte aus den Arrestzellen zu den Gerichten. Hiermit könnte sich aber auch das Gefängnispersonal beschäftigen. Mindestens zehn Prozent der polizeilichen Planstellen werden im logistischen Bereich von Zivilisten besetzt. Dies sind einige tausend Arbeitsplätze, die von uniformierten Beamten zurückgewonnen werden könnten. Für die Aktivitäten der Zivilisten könnte man hingegen Drittfirmen anmieten.“

In der Warschauer Garnison sind 812 Stellen unbesetzt, und 400 Polizisten warten darauf, in das Landesinnere versetzt zu werden. Sie wurden in Warschau umgeschult und qualifiziert und beabsichtigen, in ihre Heimatregionen zurückzukehren. Auf diese Weise sind in den letzten fünf Jahren 3.500 Polizisten aus Warschau verschwunden, 2.000 wurden in andere Städte versetzt, 1.500 haben den Dienst quittiert, was sie mit den zu niedrigen Gehältern begründeten. „Ich wende radikale Methoden an, um möglichst viele Leute in der Hauptstadt zu halten“ – gesteht Oberinspektor Siewierski ein. „Ich erkläre mich mit Umzügen nicht einverstanden, obschon mir bewusst ist, dass dies in vielen Fällen das Leben der Polizisten erheblich erschwert.“

In der Wojewodschaft Westpommern fehlen etwa 400 Polizisten, und weitere einhundert werden in diesem Jahr verrentet. „An ihrer Stelle werden wir erst in einem Jahr, nach entsprechender Umschulung, fünfzig neue Polizisten einstellen“ – informiert der Pressesprecher der Polizeikommandantur in Stettin, Krzysztof Targoński.

Um die fehlenden Stellen zu besetzen, mangelt es an Mitteln. In diesem Jahr sind für die Polizei im Haushalt fast 5,5 Mrd. Złoty vorgesehen, was im Vergleich zu den vergangenen Jahren nur eine geringfügige Steigerung bedeutet. Weiterhin ist Sparsamkeit Pflicht. Es werden vor allem Sach- und Personalausgaben gekürzt. Hauptsächlich aus Finanzgründen hat die Polizei Ende der Neunziger Jahre auf die Dezentralisierung verzichtet. Die Kommandanturen der Wojewodschaften und der Kreise bewirtschafteten damals, unterstützt von den Selbstverwaltungen, ihre Mittel selbst. Gegenwärtig aber hat die Hauptkommandantur die Hand auf der Kasse. Auch die Veränderung des Auswahlverfahrens der Kommandanten in den einzelnen Regionen hat die Selbstverwaltungsorgane verärgert. Früher hatten die Landräte direkten Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten. „Dies hat Missverständnisse

hervorgerufen“ – meint Krzysztof Targoński. „Es kam vor, dass der Landrat sich im Kreis wie der Vorgesetzte des Kommandanten aufführte. Er versuchte, ihm Weisungen zu geben und Einsicht in das operative Material von laufenden Ermittlungen zu bekommen.“

#### Eigene und fremde Schuld

Ryszard Siewierski, Chef der Warschauer Kommandantur, meint, dass es in Polen weiterhin an der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Aktivitäten der Polizei fehlt. „Es muss ein Klima der Sympathie geschaffen werden“ – so sein Appell. „Man muss die Gesellschaft sogar mit Hilfe finanzieller Anreize erziehen. Zum Beispiel Steuervergünstigungen gewähren, wenn der Bürger in seine eigene Sicherheit investiert, indem er zum Beispiel einbruchssichere Türen einbauen oder die Fenster vergittern lässt.“

Oberinspektor Siewierski ist verärgert, dass die Polizisten für Dinge kritisiert werden, die sie nicht zu verantworten haben. „Unsere Arbeit kann durch neue Gerichtsprozeduren verbessert werden. Wenn ein Verfahren über Jahre beim Gericht anhängig ist, und das Urteil immer noch nicht gesprochen wurde, dann macht der Bürger wegen der mangelnden Effizienz wen dafür verantwortlich? Den Polizisten, weil er keine eindeutigen Beweise beigebracht hat. Dagegen gibt es die entsprechenden Beweise, die ineffizienten Gerichte sind nur nicht in der Lage, sie entsprechend auszuwerten.“

Die Polizei wird sogar wegen der Aktivitäten lokaler Wachdienste kritisiert. Aber im Unterschied zu der von einigen Politikern lancierten Ansicht, man solle die lokalen Wachdienste abschaffen, und die so frei gewordenen Stellen auf die Polizei verteilen, wird solchen Rochaden in Polizeikreisen durchaus nicht zugestimmt. In Krakau wurde die Auflösung der lokalen Wachdienste von der [rechtspopulistischen] Liga Polnischer Familien gefordert. Ein entsprechender Beschluss wurde allerdings vom Stadtrat

abgelehnt, nachdem man sich bei dem Polizeikommandanten der Wojewodschaft, Andrzej Woźniak erkundigt hatte, und dieser feststellte, dass es keine Möglichkeit gebe, Personen, die aus den Wachdiensten entlassen würden, in den ihm unterstehenden Diensten zu beschäftigen. In einigen Städten bereitet man sich auf die Auflösung der lokalen Wachdienste vor, und – wie in Giżycko – auf die Ersetzung der Wachdienste durch Schutzmänner, die für konkrete Aufgaben angeheuert werden sollen. Allerdings beabsichtigt Halina Klińska, die aus den letzten Wahlen in Ustka hervorgegangene Bürgermeisterin, den einmal abgeschafften Wachdienst wieder einzuführen.

Im Zusammenhang mit lokalen Konzepten taucht häufig das Motiv auf, anstelle der Wachdienste eine kommunale Polizei einzusetzen, die von den Selbstverwaltungen bezahlt und mit ähnlichen Rechten versehen werden sollte wie die Polizei. Die Polizei zöge es dagegen vor, wenn die Selbstverwaltungen die Gehälter von Revierwachtmeistern bezahlen würden, anstatt weitere parapolizeiliche Einheiten zu bilden. Aufgrund der fehlenden Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen und den lokalen Gemeinschaften ist es nämlich bis heute nicht gelungen, das Problem der zu kleinen Zahl von so genannten Polizisten des ersten Kontakts, wie die Revierwachtmeister bezeichnet werden, zu lösen.

#### Der Polizist klopft an die Tür

Oberinspektor Adam Rapacki von der Hauptkommandantur der Polizei schätzt den Bedarf an Revierwachtmeistern auf etwa 13.000 Personen, wobei er davon ausgeht, dass ein Beamter des ersten Kontakts auf 3.000 Einwohner käme. In Kattowitz ist die Zahl ausreichend, nämlich 1.155 plus 57 „nach Vereinbarung“, wie die Beamten heißen, deren Stellen von der Selbstverwaltung bezahlt werden. Im Einsatzgebiet der hauptstädtischen Kommandantur arbeiten hingegen 700 Revierwachtmeister, von denen nur ein Teil die

geforderten Qualifikationen hat. „In dieser Berufsgruppe herrscht große Fluktuation“ – meint Kommandant Siewierski. „Die Leute geben bald auf. Deshalb versuchen wir, die Arbeitsorganisation etwas zu verändern, indem wird die Reviere der Wachtmeister etwas stärker mit den Wohnvierteln der Menschen in Übereinstimmung bringen.“

Dieser Konzeption entsprechend sind es die Bewohner der Wohnviertel, die sich um die Revierwachtmeister bemühen, und ihnen im Gegenzug Wohnungen und Wohnungseinrichtungen anbieten. Vorteil einer solchen Lösung ist die enge, alltägliche Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften. „Eine Art Linie des ersten Kontakts“ – sagt Ryszard Siewierski.

In Schlesien erhalten seit geraumer Zeit die besten Revierwachtmeister Prämien. Man organisiert Wettbewerbe für die Wachtmeister, und die besten von ihnen werden in der lokalen Presse vorgestellt. „Es gibt die verpflichtende Regel, dass die Wachtmeister in ihrem Revier jede Wohnung aufsuchen, sich jedem Bürger vorstellen, und ihre Visitenkarte sowie ihre Telefonnummer hinterlassen“ – erzählt Grzegorz Olejniczak von der Wojewodschaftskommandantur in Kattowitz. „Kürzlich klopfte der Revierhauptmeister auch an meine Tür, worüber ich mich sehr gefreut habe.“

Die Revierwachtmeister sollten gemeinsam mit den Bürgern aus ihrem Revier alle Gefahrenzonen bestimmen und sofort auf Signale der Bedrohung reagieren. Wenn in irgendeiner Ecke oder auf einem Hausflur verdächtige Personen zusammenkommen, so ist es gerade die Aufgabe des Revierwachtmeisters schnell zu intervenieren. Wenn an einer konkreten Stelle im Wohnbezirk häufig Autos gestohlen werden, so sollte sich der Revierwachtmeister darum kümmern, dass dort Polizeistreifen präsent sind.

Für diese Streifen mangelt es immer noch an Personal. Die Polizei möchte gerne auf alte Konzepte zurückgreifen, wonach Wehrpflichtige ihren Dienst bei der Polizei absolvieren könnten. Diesbezüglich werden Verhand-

lungen mit dem Verteidigungsministerium geführt. Wenn es zu einer Einigung kommt, werden mehr Menschen in blauer Uniform auf den Straßen erscheinen.

#### Der politische Polizist

In den letzten Jahren gab es wegen der Zusammenarbeit von Polizisten und Verbrechern viel Aufsehen. Solche Vorwürfe wurden sogar gegen einen Kreiskommandanten erhoben. [...] Die Polizisten argumentieren, dass die Tatsache, dass solche Fälle ans Tageslicht kommen und nicht verschleiert werden, dafür spricht, dass Transparenz innerhalb des Polizeiapparats verpflichtend sei. Zahlreiche Vergehen von Polizisten werden vom Büro für innere Angelegenheiten bei der Hauptkommandantur der Polizei und ihren regionalen Filialen aufgedeckt. Auf den Internetseiten der Hauptkommandantur kann man Statistiken finden, die über die Disziplin bei der Polizei Auskunft geben. Aus ihnen geht hervor, dass bei über 101.000 in 2001 beschäftigten Polizisten 5.391 Vergehen festgestellt wurden. Etwa 3.000 Beamte wurden bestraft, was 2,8 Prozent der insgesamt Beschäftigten ausmacht. Vom Dienst suspendiert wurden 284 Personen. Im gleichen Jahr wurden gegen 844 Beamte Strafverfahren eingeleitet. Auf insgesamt 300 abgeschlossene Strafverfahren kamen aber nur 77 Verurteilungen. Die letztgenannten Zahlen beweisen vielleicht, dass man Polizisten in einigen Fällen zu voreilig angeklagt hat.

In der kriminellen Szene ist in letzter Zeit einer spezifische Form von Rache an denjenigen Beamten verpflichtend, die Verbrecher in besonderer Weise verfolgt haben. Die Polizei ist in eine paradoxe Falle geraten. Einerseits verteidigt sie die bis 2006 verpflichtende Institution des Kronzeugen, andererseits klagen diese Zeugen häufig diejenigen Beamten an, die mit ihren Fällen beschäftigt sind. Sie beschuldigen sie, Bestechungsgelder zu nehmen. [...] Obschon in solchen Fällen nur die Aussagen der so genannten reumütigen

Täter als Beweise gelten, verlieren die solchen Verdächtigungen ausgesetzten Polizisten nicht nur ihre Arbeit, sondern kommen auch für lange Monate in Untersuchungshaft. Keiner der spektakulären Fälle endete in den letzten Jahren mit einem Urteil. Die angeklagten Polizisten werfen ihren Vorgesetzten mit Recht vor, dass sie sie nicht schützen wollen oder können.

Die Polizei wird auch durch eine übermäßige Politisierung belastet. Nach jeder Veränderung in der Regierungsmannschaft verändert sich auch die personale Zusammensetzung auf den höheren Polizeiposten.

Auf Antrag des jeweils neuen Innenministers wird ein neuer Hauptkommandant berufen, und dieser wählt dann neue Wojewodschaftskommandanten aus. Und so findet alle vier Jahre der große Wechsel statt. Eine solche Durchlüftung hat ihre guten Seiten, aber sie bringt auch mit sich, dass die sich auf höheren Posten befindenden Beamten zu viel Zeit darauf verwenden, ihre Stellen abzusichern, taktische Bündnisse einzugehen und politische Unterstützer zu finden. In dieser Situation stellt die Losung „Ein Polizist an jeder Ecke“ für die Kommandanten kein Aktionsmotto dar. Und dennoch hängt das Sicherheitsempfinden der Polen stärker von dem Polizisten auf der Straße als von dessen höherem Vorgesetzten ab.

*Andrzej Goszczyński: Milczenie ofiar [Das Schweigen der Opfer], in: Polityka, 8.2.2003, S. 31-33.*

Eine durch ein Verbrechen geschädigte Person wird in Polen schlechter behandelt als der Täter. Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte wenden Prozeduren an, die die Opfer erniedrigen. Wie kann man diesen Zustand verändern? In unserem Zyklus besprechen wir die zweite These von Professor Wiktor Osiatyński, die folgendermaßen lautet: Man muss das Strafrecht um die Elemente einer kompensatorischen Gerechtigkeit er-

gänzen, so dass der Täter zu einer Erstattung des Schadens, den er dem Opfer zugefügt hat, gezwungen wird.

Jacek K. wurde auf der Straße, in der er wohnt, überfallen und ausgeraubt. Die Täter konnten identifiziert werden, und nach fünf Monaten standen sie vor Gericht. Bevor es jedoch dazu kam, gelang es ihnen, ihr Opfer derart einzuschüchtern, dass Jacek K. beschloss, dem Prozess fernzubleiben. Das Gericht verfügte deshalb die Zwangsvorführung. In deren Ergebnis musste Jacek K. in Handschellen und von zwei Polizisten eskortiert zum nächsten Verhandlungstermin erscheinen. Die Angeklagten kamen hingegen gut gelaunt und zufrieden mit dem Taxi zur Verhandlung.

#### Das verlorene Opfer

Eine durch Überfall, Raub oder Diebstahl geschädigte Person begibt sich zunächst zur Polizei. Davon, wie sie dort behandelt wird, hängt nicht nur ihr persönliches Selbstwertgefühl ab, sondern ebenfalls das gesellschaftliche Bewusstsein im Hinblick auf die Arbeit der Fahndungsorgane. Leider steht es hiermit nicht zum besten. In der Regel fühlt sich der Bürger auf der Polizeiwache wie ein Bittsteller, der ruhige Arbeitsabläufe stört.

„In der Tat sind die von der Polizei und der Staatsanwaltschaft durchgeführten Vernehmungen häufig durch einen übertriebenen Formalismus gekennzeichnet. Es geht hier vor allem um das mangelnde Einfühlungsvermögen, die Nicht-Beachtung des emotionalen Zustands des Geschädigten, was [im umgekehrten Falle] die Grundbedingung dafür bilden würde, einen guten Kontakt zum Opfer herzustellen und möglichst vollständige Aussagen zu erhalten“ – kritisiert der Staatsanwalt Leszek Woźniak vom Appellationsgericht in Warschau.

Zu den häufigsten Vorwürfen, die der Polizei von Personen gemacht werden, die ein Verbrechen anzeigen möchten, gehören: das Äußern von Ungeduld, das Ignorieren wesentlicher Faktoren, die mit dem Fall

zusammenhängen, das Unterbrechen der Aussagenden, und das Ausführen anderer Tätigkeiten, während gerade ausgesagt wird. Diesbezüglich haben die vor zwei Jahren angekündigten Versuche zur Vereinfachung der polizeilichen Prozeduren, deren erklärtes Ziel darin bestand, sie für den Bürger akzeptabler zu machen, nicht viel verändert. Zu den elementaren Pflichten der Polizei und Staatsanwaltschaft, bei der früher oder später jedes Opfer eines schwereren Vergehens vorstellig werden muss, gehört dessen Information über alle ihm zustehenden Rechte. Dies gilt sowohl für die Verfahrensvorbereitung als auch für das eigentliche Gerichtsverfahren. Dieser Pflicht wird allerdings auf eine Art nachgekommen, die viel zu wünschen übrig lässt. Dem Geschädigten wird ein Merkblatt ausgehändigt, auf dem in trockener Juristensprache seine Rechte und die damit verbundenen Paragraphen aus den entsprechenden Gesetzbüchern aufgezählt werden.

„Menschen, die berichten, dass sie zu Opfern eines Verbrechens geworden sind, werden mit einer weitreichenden Arroganz konfrontiert. Nur wenige können begreifen, dass sie u.a. das Recht haben, ihre Personendaten geheim zu halten, was dazu beitragen kann, sie vor dem Druck der Täter zu schützen.“ – sagt Krzysztof Orszagh, Gründer der „Vereinigung gegen das Verbrechen“, die nach Jolanta Brzozowska benannt ist.

„In der Regel kennen die Opfer ihre Rechte nicht. Sie werden diesbezüglich auf eine Art informiert, die für einen Laien vollkommen unverständlich ist. Hieraus ergibt sich auch die Passivität und das Verlorenheitsgefühl der meisten Verbrechenopfer“ – bestätigt Frau Ewa Bienkowska vom Institut für Rechtswissenschaften.

#### Das unaufgeklärte Opfer

Das Opfer eines Verbrechens, also derjenige Mensch, der am stärksten an seiner Aufklärung interessiert ist, nimmt die ihm zustehenden Rechte am häufigsten nicht wahr, weil er sie

einfach nicht kennt. Er weiß nicht, dass er seine Adresse und seine Telefonnummer nur den Fahndungsbehörden und dem Gericht offenbaren muss, um Belästigungen und Einschüchterungsversuche der Täter unmöglich zu machen. Das Opfer weiß nicht, dass, wenn es sich um Entschädigung für die erlittenen Verluste bemühen möchte, es zu beantragen hat, dass das Gerichtsverfahren in adhäsiver Form zu führen ist, bei der ein strafrechtliches Verfahren mit einem zivilrechtlichen verknüpft wird. [.....]

Das Opfer weiß ebenfalls nicht, dass es in eigenem Interesse einen Bevollmächtigten, also einen Anwalt beauftragen sollte, der es bei den mit dem Prozess verbundenen Aktivitäten unterstützt. Das Problem besteht nämlich darin, dass selbst ein habilitierter Doktor der Linguistik oder des Brückenbaus vor Gericht genauso wehrlos ist wie ein Kind, das das *Procedere* nicht kennt, und nicht weiß, wann es was zu sagen hat. Und nur ein Anwalt darf bestimmte, das Verfahren betreffende Schriftstücke aufsetzen. Das Opfer weiß ebenfalls nicht, dass es von einem passiven Zeugen zu einem aktiven Prozessteilnehmenden werden kann, wenn es zum entsprechenden Zeitpunkt einen Antrag auf Zulassung als Nebenkläger stellt. „Die Unkenntnis hinsichtlich der Gesetze darf den Opfern von Verbrechen nicht zum Schaden gereichen“ – kommentiert Krzysztof Orszagh.

#### Das angeklagte Opfer

Von der Triade Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht bewerten die Opfer von Verbrechen die Kontakte mit der Staatsanwaltschaft am positivsten. Von großer Bedeutung für diese Meinung ist die Art der Behandlung derjenigen, die am stärksten geschädigt wurden und sich angesichts der Gleichgültigkeit und der übertrieben formellen Behandlung hilflos fühlen. Dies gilt in erster Linie für vergewaltigte Frauen und Kinder, die entweder Opfer oder Zeugen von Verbrechen wurden. [...] Gerade die Art der Behandlung wird als

Ursache für die niedrige Aufklärungsquote von Verbrechen mit sexuellem Hintergrund betrachtet, von denen nur zehn Prozent bei der Polizei angezeigt werden. Wie Urszula Nowakowska und Magdalena Jabłońska vom Zentrum für Frauenrechte meinen, sind das Rechtssystem und die Aktivitäten der Fahndungsorgane ineffizient und entsprechen nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der Opfer sexueller Gewalt. Von Vorurteilen und Stereotypen beeinflusste Polizisten, Staatsanwälte und Richter suggerieren den Frauen oft, dass sie sich provokant verhalten hätten, und halten ihnen vor, dass sie deshalb vergewaltigt worden seien. Opfer, die sich – häufig noch unter Schock stehend – bei der Polizei melden, werden mehrstündigen Verhören unterzogen. Während der Untersuchung und während der Gerichtsverhandlung müssen sie mehrfach hintereinander vor fremden Menschen wiederholen, was ihnen widerfahren ist. Oft erwartet sie auch noch der Albtraum der Gegenüberstellung mit dem Vergewaltiger. Während der Gerichtsverhandlung wird der Charakter und der vor der Vergewaltigung gepflegte Lebenswandel des Opfers genauestens analysiert. Im Ergebnis hat das Opfer das Gefühl, dass die Untersuchung und der Prozess nicht darauf zielen, die Schuld des Täters nachzuweisen, sondern darauf, dass das Opfer seine Unschuld nachweist.

„Im Falle vergewaltigter Frauen ist es sehr wichtig, ihnen einen möglichst großen psychischen Komfort zu gewähren.“ – sagt Professor Leszek Woźniak. „Ich habe im Zusammenhang damit detaillierte Richtlinien erlassen, auf welche Weise diese Personen verhört werden sollen. Es geht u.a. darum, dass die Verhöre nicht von der Polizei durchgeführt werden, sondern von ausgewählten Staatsanwälten, die man entsprechend schult.“

In Absprache mit der Leitung eines Krankenhauses im Warschauer Stadtteil Praga wurde festgelegt, dass die ärztliche Untersuchung von Vergewaltigten ausschließlich in diesem Krankenhaus durchgeführt werden soll. Auch wurde vereinbart, dass im Rahmen der

allgemeinen Untersuchungen nur noch eine einzige gynäkologische Untersuchung durchgeführt wird. Wir konnten auch sicherstellen, dass sich jede Geschädigte unmittelbar nach der Untersuchung waschen und umziehen kann. Das ist sehr wichtig, denn die Frauen fühlen sich schlecht, wenn sie schmutzig und in zerrissenen Kleidern vor den Staatsanwalt treten sollen.“

Die von Staatsanwalt Woźniak erlassenen Richtlinien hinsichtlich der Behandlung vergewaltigter Frauen und Kinder sollten von den Staatsanwaltschaften im ganzen Lande übernommen werden. Bislang haben sie allerdings noch kein größeres Interesse hervorgerufen. Auch nicht die Art der ärztlichen Untersuchung, für die die körperlich Geschädigten 50 Złoty zahlen müssen. „Das bedeutet, dass es sich ganz besonders lohnt, arme Menschen zu schlagen, da diese eine Untersuchung nicht bezahlen können.“ – sagt Krzysztof Orszagh. Dabei ist die Lösung dieser Frage ganz einfach: Die Bezahlung für die Untersuchung kann man zu den Kosten für das vorbereitende Verfahren addieren, mit denen letztendlich der Täter belastet wird.

#### Das ungeschützte Opfer

Ein sehr belastendes Erlebnis für das Opfer sind im Allgemeinen die sog. Gegenüberstellungen, die darauf beruhen, dass man aus einer Personengruppe den Täter identifizieren muss. Besonders für eine vergewaltigte Frau oder das Opfer einer Körperverletzung stellt die Notwendigkeit, dem Verbrecher aus einer Entfernung von nur wenigen Schritten direkt in die Augen schauen zu müssen, eine traumatische Erfahrung dar. Zwar wird in Artikel 173 der Strafgesetzzordnung die Möglichkeit eingeräumt, dass die verhörte Person für den Täter nicht sichtbar sein muss (venezianischer Spiegel), aber diese Variante wird viel zu wenig genutzt. [.....] Die Staatsanwaltschaft hat, sofern sie sich damit befassen möchte, viele Möglichkeiten, die Opfer und Zeugen sowie ihre Familien und Kollegen vor

Belästigungen seitens des Täters zu schützen. Zu den interessantesten, obschon in Polen kaum angewandten, gehört das Verbot, sich der betreffenden Person zu nähern. Solche Verbote werden besonders in den USA und in England gegenüber Tätern ausgesprochen, die der häuslichen Gewaltanwendung beschuldigt werden. Am häufigsten betrifft dies Männer, die ihre Ehefrauen und Kinder drangsaliieren. Nach Anordnung eines solchen Verbots muss der Mann das Haus sofort verlassen und darf sich ihm sowie seinen Familienangehörigen nur auf eine Entfernung von zum Beispiel 500 Metern nähern. Für die bisherigen Opfer bedeutet dies, dass Ruhe und ein relativ normales Leben garantiert sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint die polnische Praxis paradox, bei der die geschädigte Frau, wenn sie es überhaupt wagt, das Verbrechen anzuzeigen, aus dem Hause flieht und Schutz in Zentren der sozialen Hilfe sucht. [...]

#### Das rachedurstige Opfer

Für das Opfer eines Verbrechens ist die Tatsache, dass die Täter gefasst und verurteilt werden, von grundlegender Bedeutung. Ein solches Finale gibt dem Menschen das Gefühl, dass es so etwas wie Gerechtigkeit gibt. Ein möglichst strenger Urteilsspruch scheint vielen Personen deshalb sehr wichtig. Dies steht sicherlich mit der Vorstellung in Verbindung, dass scharfe Repressionen das beste Mittel sind, um Kriminalität zu verhindern. Deren Verhinderung, genauer gesagt, deren Bekämpfung, scheint heute eine der Schlüsselaufgaben des Staates zu sein, dessen Bürger eine lawinenartig zunehmende Angst vor Verbrechen verspüren. Im Zusammenhang damit erfährt die Gesellschaft zum Beispiel, dass die Richter in Griechenland oder in Italien viel häufiger Gefängnisstrafen verhängen als in Polen. Dabei vergisst man hinzuzufügen, dass in Griechenland alle Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr aufgrund des geltenden Rechts automatisch in bedingte Bewährungsstrafen

verwandelt werden, während die Mehrzahl dieser Strafen in Italien in Form von Freigang absolviert werden.

Im Übrigen zeigt sogar ein allgemeiner Vergleich der Daten, die sich auf den Verbrechensindex (die Aufklärungsrate auf 100.000 Personen) und den Häftlingsindex (die Häftlingsquote auf 100.000 Personen) beziehen, dass Polen in den letzten Jahren bei einem der niedrigsten Verbrechensindices (2.600 bis 2.800 auf 100.000 Einwohner, zum Vergleich Deutschland 8.030, Frankreich 5.793, Ungarn 5.252) einen der höchsten Häftlingsindices (ca. 150, Frankreich 90, Griechenland 53, Italien 87, Deutschland 59) aufweist.

„Der Glaube daran, dass es mit Hilfe eines Strafgesetzbuches, sogar des 'strengsten' gelingt, die Kriminalität zu beseitigen, ist kriminologisch betrachtet Unsinn. Kein Strafgesetzbuch seit Hammurabi war ein Wundermittel gegen das Verbrechen, sondern war immer nur Instrument der Kontrolle“ – schreibt der Strafrechtsexperte Marian Filar von der Universität in Thorn. Trotzdem dominiert auch unter den Richtern die Auffassung, dass eine strenge Strafe die beste Antwort auf ein Verbrechen ist. Die Umfragen des Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung [OBOP] vom Oktober 2002 verdeutlichen, dass sich 73 Prozent der Befragten für eine strenge Bestrafung der Täter aussprechen, wobei fast 70 Prozent für die Wiedereinführung der Todesstrafe sind, und nur 17 Prozent berücksichtigen, dass die Straftat es dem Täter ermöglichen soll, in die Gesellschaft und in ein normales Leben zurückzukehren.

Erst wenn sich die Emotionen gelegt haben, wird einer durch ein Verbrechen geschädigten Person klar, dass es für ihr zukünftiges Leben – neben der Bestrafung des Täters – genauso wichtig ist, für den entstandenen Schaden entschädigt zu werden. Am einfachsten erreicht man dies durch einen Antrag auf ein Adhäsionsverfahren. Dies verhindert, dass man nach dem Urteil im Strafrechtsprozess ein

Zivilrechtsverfahren einleiten muss. Oder anders ausgedrückt, es geht schneller und ist zudem billiger.

#### Das nicht entschädigte Opfer

Leider tun die polnischen Gerichte alles nur Erdenkliche, um eine Rechtssprechung in adhäsiver Form zu verhindern. Die Ursache ist überaus banal: „Die Richter für Strafrechtsverfahren fühlen sich hinsichtlich der wesentlich komplexeren Zivilrechtsprozedur nicht kompetent und wollen sich nicht mit ihr befassen“ – meint Frau Professor Ewa Bieńkowska. Man könnte hier natürlich einige einfache Rezepte nennen, wie die Einbeziehung eines Zivilrechtlers in das Team der Strafrechtler oder aber die Übernahme der schwedischen Praxis, die darauf beruht, dass die Richter von Strafkammern nach ein paar Jahren zu Zivilgerichten wechseln und umgekehrt. Allerdings beschäftigt sich die polnische Rechtssprechung nicht mit diesen Fragen. Davon, wie wichtig dieses Problem ist, zeugt die Tatsache, dass der Rat der Europäischen Union im Jahre 2001 einen Rahmenplan über die Position der Opfer in Strafrechtsverfahren beschlossen hat, in dem u. a. davon die Rede ist, dass es bereits während des Verfahrens das Recht auf Schadensersatz geben sollte. Noch früher, bereits 1972, wurde eine Konvention über die Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen beschlossen, die die Mitgliedsstaaten verpflichtet, Wiedergutmachungsfonds zu schaffen, aus denen das Opfer – ähnlich wie beim Alimentenfonds – dann eine

Entschädigung erhalten sollte, wenn es nicht möglich ist, die gerichtlich festgelegten Quoten vom Verurteilten einzuziehen. Polen hat diese Dokumente nicht akzeptiert, und das Projekt über einen staatlichen Wiedergutmachungsfonds bleibt die ganze Zeit über nur ein Projekt.

Die Zeit der Selbstjustiz und der persönlichen Bestrafung von Übeltätern ist vorbei. Die modernen Staaten haben den Prozess der Repression durch Strafe selbst übernommen. Sie tun dies allerdings so eifrig, dass dies gegenwärtig gleichsam ohne das Verbrechenopfer stattfindet, das für die Gerichtsbarkeit lediglich „Element der Faktenlage“ oder „persönliches Beweismittel“ ist. Beantragt das Opfer den Status eines Nebenklägers nicht, so bleibt es während des Prozesses lediglich Zeuge, der nach den Zeugenaussagen meistens aus dem Gerichtssaal gebeten wird. Der norwegische Jurist Nils Christie nannte diese Erscheinung Diebstahl des Konflikts und schrieb: „Das Opfer eines Verbrechens wird doppelt geschädigt, nicht nur durch den Täter, sondern auch durch den Staat. Es wird nämlich von der Beteiligung an seinem eigenen Konflikt, der vom Staat gestohlen wurde, ausgeschlossen.“ Es ist also an der Zeit, den Opfern in erster Linie ihre prozessualen Rechte zurückzugeben. Dies muss gar nicht bedeuten, dass die Position des Angeklagten, der bis zum Urteilsspruch unschuldig bleibt, geschwächt wird. Allerdings sollte er nicht über diejenigen stehen, die er geschädigt hat.

## O-Ton: Forum „Junges Europa“

*Bernd Stegmann/Jörg Stemmer*  
**Das Europa der Zukunft**

In diesem „O-Ton“ laden wir Sie zu fünf exemplarischen Geschichten über die Zukunft Europas ein, die im Rahmen verschiedener Europaseminare für junge Menschen von April bis Juni 2003 bei uns im Studienwerk entstanden sind.

Wir stellten die Frage: Wie sieht Europa in 20 oder 50 Jahren aus? Unmöglich zu beantworten? Ein Experte für Zukunftsszenarien, Alan Kay, sagte einmal: „Der einfachste Weg, die Zukunft vorherzubestimmen, ist, sie zu erfinden.“ Geschichten über die Zukunft ermöglichen es, sich mit einer offenen, ungewissen und ständigen Veränderungen unterworfenen Situation auseinander zu setzen. In ihnen zeigen sich Visionen und Ängste, die auch Handlungsoptionen bzw. Handlungsnotwendigkeiten für die Gegenwart erkennbar werden lassen.

Die vorliegenden Geschichten über die Zukunft sind – unübersehbar – mit heißer Nadel gestrickt, hatten die Gruppen von vier bis acht Personen doch nur knapp zwei

Stunden Zeit, sich auf Rahmenbedingungen, veränderte Lebenswelten und Zukunftstechnologien in einem zukünftigen Europa zu einigen, Akteure, Konflikte und Handlungsabfolgen festzulegen, ihr Szenario zu verfassen und den anderen Gruppen vorzustellen. Sie waren nichtsdestoweniger ein gewinnbringender Beginn, über die Zukunft Europas ins Gespräch zu kommen.

Um das Gespräch nicht abreißen zu lassen: Das Zukunfts-Forum im Internet ([www.gesw.de/szenarien/](http://www.gesw.de/szenarien/)) lädt dazu ein, alle entstandenen Geschichten nachzulesen und eigene Geschichten einzubringen. Aus dieser Erzählkultur könnte eine intensive Beschäftigung mit zentralen Themen unserer Zukunft entstehen. Bei Interesse ist geplant, im Laufe des nächsten Jahres ein Seminar zur Zukunft Europas durchzuführen, um in Anlehnung an die am Centrum für angewandte Politikforschung ([www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de)) entwickelte Szenarienmethode mehr Zeit zu haben, mit Szenarien die Zukunft (neu) zu erfinden...

### Albtraum

Ich liege im Bett in dieser Jugendherberge und habe einen anstrengenden Tag hinter mir. So viele neue Leute, alle gehen auf einen zu und man kann unheimlich schnell Kontakte knüpfen. Das Schöne ist, dass alle die gleichen Interessen haben und man kann stundenlang miteinander reden: Ich bin beim AFS-Vorbereitungstreffen (*American Field Service ist eine Schüleraustauschorganisation, Anm. d. Redaktion*) in Vlotho 2003. Und übrigens heiße ich Mary Joanna und bin 16. Ich werde

ein Auslandsjahr in Skandinavien verbringen. An AFS finde ich gut, dass alles genau vorbereitet wird und man von den Retournees vieles über deren Austausch erfährt. Aber die Informationen – und der Alkohol – machen mich unheimlich müde. Und schon bin ich eingeschlafen.

Ich sehe einen jungen Mann, einen Mitarbeiter von AFS. Er sitzt am Computer und verfasst einen Brief mit Infos über den Abflug und anderen Daten. Leise murmelt er vor: „Fucking Job, hab keinen Bock mehr!!!“ Vorbereitungstreffen finden nicht mehr statt, alles per Computer geregelt. Die Hopees sind völlig auf sich allein gestellt. Bald wird AFS

schließen müssen, weil sich keine Gastfamilien mehr finden, die Schüler aufnehmen wollen. Die Kulturen grenzen sich völlig voneinander ab. Die Anzahl der Leute, die ins Ausland gehen wollen, ist dramatisch gesunken. Das Ziel der Völkerverständigung ist gescheitert. Es gibt zwar Demokratie, aber in Deutschland zum Beispiel wurden die sozialen Maßnahmen fast abgeschafft.

Ich befinde mich in der Zukunft und fühle mich allein. Ich brauche die Menschen, brauche jemanden zum Reden. Ich habe Angst so leben zu müssen. Ich sehe mir die Leute an und sie gehen einfach aneinander vorbei,

### Kühlschrank auf, Kühlschrank zu...

*Erzähler:* Wir befinden uns im Jahre 2080 in einer Kleinstadt irgendwo in Europa...

Heute vor 77 Jahren wurde hier ein gewagtes Experiment durchgeführt: Inge ließ sich einfrieren, da sie neugierig auf die Zukunft war. Nun ist der Moment ihrer Erwachung gekommen!!

*Inge:* Gähnen... Hallo? Ist hier jemand?

*Lea:* Hallo Inge, kennst du mich noch? Du hast dich gar nicht verändert!!!

*Inge:* Lea!!! Ich hab dich fast gar nicht erkannt!!! Was war denn so los in den letzten Jahrzehnten??

*Lea:* Das ist eine lange Geschichte... ich kann dich beruhigen, wir haben einen Weltkrieg verhindern können. Allerdings gibt es seit einigen Jahren Spannungen um Öl und Wasser, das sehr knapp ist.

*Inge:* Das war zu erwarten.

*Lea:* Es ist gut, dass wir schon lange ein internationales Europäisches Militär haben, das auf uns alle aufpasst. Es gibt zwar keine Wehrpflicht mehr, aber ein großes Berufsheer mit vielen Frauen.

*Inge:* Und wer kontrolliert unsere europäische Gemeinschaft???

*Lea:* Also es gibt den europäischen Zentralrat und jedes einzelne Land richtet sich nach den für alle geltenden Richtlinien und Gesetzen.

interessieren sich nicht für die Gefühle. Durch die hohe Technologisierung und Medienüberflutung wurden Menschen sozusagen durch Maschinen ersetzt.

Ich wache auf und setze mich ruckartig auf. Ich weiß, dass die Zukunft, wenn wir nichts dagegen tun wie in meinem Traum aussehen könnte. Nur wir können was dagegen tun. Wir AFSler nehmen dabei eine besondere Position bei. Wir sind für die Verständigung zwischen Kulturen zuständig. Wir können Beziehungen zu Menschen, die völlig anders leben und fühlen aufbauen und dadurch unsere Zukunft mit Freundschaft und Toleranz gestalten.

Man hat sogar ein eigenes Umweltministerium für Europa gegründet, das auf ökologische Produkte und umweltfreundliche Energien setzt.

Das meiste wurde vereinheitlicht, sogar eine neue Sprache

wurde entwickelt, damit die Länder untereinander in dieser euro-



päischen Sprache kommunizieren können, z.B. in der Politik. Trotzdem gibt es natürlich noch die individuellen Landessprachen, doch jeder beherrscht auch Europäisch.

*Inge:* Apropos EU, wer gehört eigentlich dazu??

*Lea:* Jede Menge!! Eigentlich alle europäischen Staaten.

*Inge:* Sogar Russland??

*Lea:* Ja klar, schon ewig. Aber Bayern ist nicht mehr dabei, die wollten ein eigenes Kaiserreich unter Stoibers Enkel. Seitdem verstehen sich die Schweiz und Bayern sehr gut.

*Inge:* Wie läuft der Alltag so ab??

*Lea:* Naja, vielleicht hast du schon mal gemerkt, dass wir viel zu viele alte Leute und Rentner haben, deren Lebenserwartung durch

unsere fortschrittliche Medizin sehr hoch ist. Deswegen haben wir große Probleme mit unserem Sozialsystem.

*Inge:* Ach ja, das fing ja damals schon an.

*Lea:* Du musst wissen, die meisten Menschen entscheiden sich für eine Karriere ohne Familie. Unsere Notlösung dafür sind unsere Klone, um die Bevölkerung zu verjüngen. Die leben nicht sehr lange und in speziellen Heimen. Seitdem haben wir uns leider auseinander gelebt und sind egoistischer als

früher, obwohl wir ja eigentlich eine europäische Gemeinschaft sind.

*Inge:* O nein, kann man denn nichts dagegen tun??

*Lea:* Das ist schwierig, aber es gibt Widerstandsgruppen dagegen, vor allem die Kirche kämpft für Nächstenliebe und versucht die Jugend von heute zu überzeugen, die davon schon gar nichts mehr weiß.

*Erzähler:* Das gefiel Inge gar nicht und so ließ sie sich wieder einfrieren auf unbestimmte Zeit...

## Der letzte Schweizer Mohikaner

Eines schönen Tages im Jahre 2052 stand ein Schweizer Bauer am Rand des Bodensees und wartete ungeduldig auf seinen Sohn. Er freute sich sehr, als er seinen Sohn um die Landzunge biegen sah- allerdings war er sehr überrascht, dass noch jemand im Boot saß. Neugierig spähte er, wer das wohl wäre und nuckelte nervös an seiner Pfeife, die mal wieder ausgegangen war. Als er bemerkte, dass es eine Frau ist, die neben seinem Sohn im Boot sitzt, kratzte er sich missmutig am Kinn. „Dass der immer hinter den Weibern her sein muss!“, dachte er.

Als das Bootchen sich genähert hatte, rief er: „Ja, Grüezi Söhnli, wen bringst du mir denn da?“ „Hi Daddy, darf ich vorstellen? Das ist Europa. Sie ist vom anderen Ufer, weißt du? Aber rege dich deshalb bitte nicht auf, weil sie Deutsche ist, meine ich.“

„Guten Tag, Sie sind also von den Eroberern?“, brummelte der Alte. „Guten Tag, Herr Helvetius!“ antwortete sie und strahlte ihn an. Verbittert zischte der Alte seinen Sohn an: „Also Ferdinand, dass du mir das auf meine alten Tage noch antun musst!“

„Möchtest du dich vielleicht erst mal setzen, Daddyli? Nicht, dass du mir gleich aus den Latschen kippst?“ Europa: „Vielleicht gehen wir auf die Veranda und lutschen ein paar Ricola?“ „Die haben übrigens wir erfunden!“, merkte der Alte mit vor Stolz geschwellter Brust an und zündete die Pfeife erneut an.

Als sie sich gesetzt hatten und dem Alten mal wieder die Pfeife ausgegangen war, ergriff der Sohn die Hand Europas, an der ein kostbarer Ring blitzte, blickte seinem Vater in die Augen und sprach: „Vater, wir werden heiraten!“ Das Daddyli sprang entsetzt auf und brüllte: „Raaaau!!! Auch wenn du mein eigen Fleisch und Blut bist, du wirst meine Ehre nicht besudeln! Lass dich hier nie wieder blicken!“, und fuchtelte mit seinen alten Fäusten, an denen die Knöchel weiß aus der wachsfarbenen Haut hervortraten.

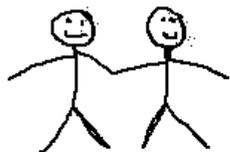
„Nun bleib doch bitte neutral, Papa! Herzen kannst du nichts befehlen!“ „Deinem schon. Und jetzt auf der Stelle raus, sonst hole ich mein Sturmgewehr!“ „Ja gut, äh,“ sagte Europa, packte Ferdinand entschlossen an der Hand, „dann heiraten wir eben ohne ihn.“ Sie stiegen kurzentschlossen in Ferdis Auto. Glücklicherweise fuhren sie dem Sonnenuntergang entgegen.

Sie waren noch nicht weit gekommen, da tönte aus dem Radio: „Das Referendum in der Schweiz fiel sensationell eindeutig für die EU aus. Es gab nur eine einzige Gegenstimme...“ Europa holte eine Sektflasche hervor und ließ den Korken knallen. Gleichzeitig hörte man auch vom Hof her ein Knallen, doch das interessierte die beiden nicht sonderlich und sie fuhren einer gemeinsamen Zukunft entgegen.

## Dear Diary

This morning I had a headache but luckily I got a new head from [www.bodyparts.com](http://www.bodyparts.com). It helped a lot.

When I looked out of the window with my brand new eyes, I saw a beautiful sight, United States Of Europe. I also saw rare sight, a bird flying in the sky. It really is unusual because



nearly all of the birds are dead because of extinction, but it doesn't bother me.

As a song says I see trees of brown, grey roses too, I've seen them bloom but not anymore, what a wonderful world.

For breakfast I ate a few energy pills. When I felt energy going through my muscles I thought I would be ready for a new day.

My job is pretty easy, as I only lie on my sofa and watch computers making my job.

For lunch I got a meal in a restaurant on the moon. It was nice, three pills full of energy.

After a heavy meal I was going to visit mars, but all of the flights were cancelled because of a meteor storm. So I decided to go home and have some fun with my electric wife.

For dinner I got - surprise, surprise - some energy pills which were very delicious.

In the evening I went to 4D movies. I put wires on my neck and that was it, what an experience. I was part of that matrix-like movie.

After a few hours of sleep I took my flying car with a robot driver called HF-555888 and went to partyhouse. That was it, party party all night long.

I would say the day was very interesting, but I missed the different cultures (but I have seen little green men from mars) and I miss the old good nature too.

## Das spannende Leben des Hendrik Burmester im Europa der Zukunft

Hallo, ich bin Hendrik Burmester und vor hundert Jahren habe ich mal in Ostfriesland gelebt. Nun ist das anders, denn nach den großen Überschwemmungen 2080 war die Europäische Gesellschaft gezwungen, sich



einen neuen Lebensraum zu suchen. Das hatte sich die Bevölkerung schon

lange gewünscht, denn aufgrund der immer mehr kapitalistisch und egoistisch werdenden Gesellschaft, die die Armen der Dritten Welt immer mehr ausbeutete gab es mehrere Terroranschläge auf wichtige Gebäude des vereinigten Europa.

Dies kam so: Die EU war zu einer großen Wirtschaftsmacht geworden, nachdem sie sich immer weiter erweitert hatte. Zuerst traten

2004 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Malta beigetreten. Als nächstes folgten dann 2010 Rumänien, Bulgarien und die Türkei. Weiter ging es dann 2018 mit der Schweiz, Island, Weißrussland, die Ukraine und Moldawien. Nach zähen Verhandlungen traten dann 2030 die ganzen Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Albanien, Makedonien bei. Dies hatte zur Folge, dass die EU wirtschaftlich auf einer Stufe mit der USA stand. Denn auch die Wirtschaft veränderte sich zu dem als erfolgreich gesehenen amerikanischen System der absolut freien Marktwirtschaft, deren Erfolg sich vor allem durch die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in der Dritten Welt einstellte. Doch die entstandene Armut in diesen Regionen bescherte Terrororganisationen großen Zulauf.

Nun wurde auch Europa zum Ziel von Anschlägen, die die Bevölkerung in Angst versetzten und den Politikern die Chance gaben, große Sicherheitsgesetze durchzusetzen, die eine allumfassende Überwachung zur Folge hatten. Die immer wieder einsetzenden Rasterfahndungen verbreiteten ihrerseits wiederum Angst und Schrecken



unter der Europäischen Bevölkerung. Es gab keine Lücken in der Überwachung durch den

Staat. Dieser Zustand endete in der Möglichkeit des Präsidenten der EU ein erneutes Ermächtigungsgesetz vorzulegen. Zwei Generationen lang wurde Europa fürchterlich unterdrückt und die extrem aggressive Außenpolitik der Diktatoren hätten beinahe einen dritten Weltkrieg entfacht. Widerstand entwickelte sich, wenn auch nur spärlich, bereits im Jahre 2056, doch es war den Organisationen durch die Überwachung kaum möglich sich zu organisieren. Als 2070 die Diktatur gestürzt wurde war klar, dass Überwachung kein geeignetes Mittel war, Sicherheit zu schaffen.

Die erste demokratisch gewählte Regierung brachte aufgrund dieser Tatsache 2071 im Europäischen Parlament den Vorschlag ein, die



europäische Bevölkerung in die Unterwasserregionen des Atlantiks umzusiedeln, da gleichzeitig

zu den Terroranschlägen auch noch der Wasserspiegel angestiegen war und schon die Inseln Helgoland und Föhr überspült hatte. Doch die Bevölkerung wehrte sich ebenso wie viele europäische Politiker gegen diesen Vorschlag, weil sie Angst vor den für das Leben unter Wasser notwendigen Genmanipulationen hatten.

Diese Einstellung änderte sich 2081, als eine große Welle von Eisabschmelzungen am

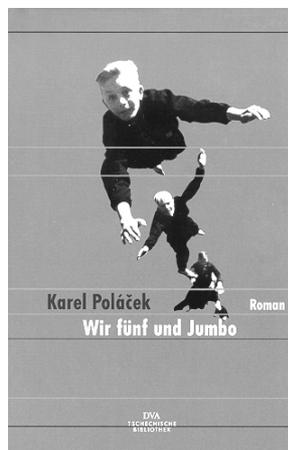
Nordpol Nordfrankreich, die Niederlande und auch den Norden von Deutschland und Polen im Meer versinken lies und Tausende von Menschen das Leben kostete. Nun wurden endlich erste Experimente angestellt und schon 2085 war es möglich die Menschen so zu verändern, dass sie wie Salzwasserfische unter Wasser leben und überleben konnten.

Die ersten Wohnsiedlungen wurden 2090 fertiggestellt und zehn Jahre später wurde die gesamte europäische Bevölkerung in die Unterwasserwelt umgesiedelt. Hier war man nun sicher vor Terroranschlägen, da ja nur die europäische Bevölkerung in dieser Welt lebte und musste sich natürlich auch nicht mehr Sorgen wegen des Anstiegs der Meeresspiegel machen. Auch die Konflikte um Geld und Arbeit wurden beseitigt, weil nur noch Maschinen für die Menschen arbeiteten und alle Menschen versorgt wurden, ohne etwas dafür bezahlen zu müssen, was die Folge hatte, dass alles Geld wertlos und unnütz wurde. Nach den ersten zwei Jahren, in denen es einige Konflikte gab, die aber von der Regierung innovativ gelöst wurden, wuchs die Zustimmung zu dem neu etablierten System. Aufgrund dieser Tatsache wurde die Regierung dann bei den ersten Unterwasserwahlen im Amt bestätigt. Von da an gewöhnte sich die Bevölkerung sehr gut an die Lebensumstände unter Wasser und hat bisher nicht bereut, den Weg in das Unterwasserleben angetreten zu haben. Jetzt, im Jahre 2100, bin ich schon 114 Jahre alt und gehe meinem Ende entgegen, denn es ist der Medizin bis heute nicht gelungen, die Menschen unsterblich zu machen. Doch ich kann mich nicht beschweren, denn ich blicke auf ein ereignisreiches Leben zurück und bin stolz, den Weg unter Wasser mitgemacht zu haben.

## Buchreport

Gerhard Schüsselbauer

### Streifzug durch die Literatur des östlichen Mitteleuropa 2003

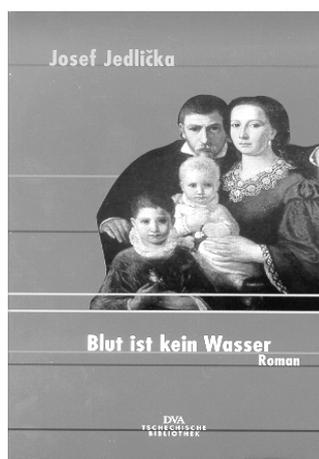


„An diesem Tag versammelten wir uns vor unserem Laden, um zu besprechen, wie wir nach Indien reisen. Auch Tonda Bejval war gekommen und hatte das Fahrrad dabei, ebenso Éda Kemlink, Čenda Jirsák und Josef

Zilvar aus dem Armenhaus. Ich zählte zusammen, wir waren fünf.“ (*Karel Poláček, Wir fünf und Jumbo*)

Die Deutsche Verlags-Anstalt gibt seit einigen Jahren mit großzügiger Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung Werke namhafter und teilweise weniger prominenter Schriftsteller unseres östlichen Nachbarlandes in einer eigens dafür ins Leben gerufenen Tschechischen Bibliothek heraus. Vor allem die gelungene bibliophile Aufmachung verdient hier lobende Erwähnung. Mit Karel Poláček (1892 – 1944 oder 1945) versucht die DVA den deutschen Lesern einen Autor vorzustellen, der hierzulande eher unbekannt sein dürfte. Er verfasste Romane, Erzählungen, Kinder- und Jugendbücher sowie Essays und Filmszenarien. Mit *Wir fünf und Jumbo* liegt nun ein Werk des Humoristen und Satirikers vor, das gleichermaßen für Jugendliche wie für Erwachsene geschrieben das kleinbürgerliche Leben im Böhmen der K. u. K. Monarchie schildert. Mit den (autobiographischen) Augen des Jungen Peter ergründet Poláček, zeit seines Lebens wahrlich kein guter Schüler und vom Gymnasium geflogen, mit frecher Ironie das Leben seiner jüdischen Umwelt. Zwischen den Jahren 1940 und 1943 verfasst ist *Wir fünf und Jumbo* ein Gegenentwurf zur drohenden

Vernichtung, ein Buch voller phantastischer Reisen und Fluchten. Nicht nur die melancholische Welt des Zirkus inspiriert die wundersamen Pläne von Kindern, ins exotische Indien, in die Heimat des liebgewonnenen Elefanten Jumbo, zu reisen. Der Grundton ist trotz aller drohenden Düsternis von Menschlichkeit und Vergnügen geprägt, in Wirklichkeit also ein Lesespaß über fünf losziehende, die Welt erobernde Jungs. Immer wieder zeigt sich in den Streichen und kleinen Abenteuern die Lebensenergie Poláčeks, der seinen Figuren Witz einhaucht, aber auch in alptraumhaften Szenen das Unheil heraufziehen sieht. Dagegen gibt es für ihn nur das Mittel der naiven Verfremdung: Mit seinen vier Freunden und Jumbo, dem Elefanten, zum Maharadscha nach Indien zu reisen. Es bleibt zu wünschen, dass die DVA noch mehr solcher humorvoller Bücher tschechischer AutorInnen herausgibt, um das in der deutschen Öffentlichkeit vielfach anzutreffende Bild von den spröden Tschechen endgültig unrecycelbar werden zu lassen.



„Wenn ich also von Ereignissen und Geschichten aus unserer Familie Zeugnis ablegen kann, dann nicht nur, weil ich mich an die Dokumente des Stammbaums und an die verlorengegangenen

Erinnerungsstücke erinnere, sondern auch, weil ich als Kind und Junge dabei war, als sich einige dieser Vorfälle abspielten, und ich die Familienlegende direkt an der Quelle zu hören bekam.“ (*Josef Jedlička, Blut ist kein Wasser*)

*Blut ist kein Wasser*, der im vergangenen Jahr in der Tschechischen Bibliothek der Deutschen Verlags-Anstalt erschienene Roman des eher wenig bekannten tschechischen Schriftstellers Josef Jedlička ist eine Familienchronik geradezu klassischen Zuschnitts. Sie basiert im Grunde genommen auf einem autobiographischen Bericht, den der Autor zu einem noch umfangreicheren literarischen Werk ausbaute. Der Roman ist jedoch trotz des enormen Umfangs kein monumentales Opus Magnum, sondern viel eher eine leise, persönliche Geschichte einer „durchschnittlichen“ tschechischen Familie, die sich über einen Zeitraum von mehr als hundert Jahren bis in die Mitte des vergangenen 20. Jahrhunderts erstreckt. Gerade darin steckt im Detail auch eine Kulturgeschichte des tschechischen Bürgertums und ihres Niedergangs in Romanform.

Josef Jedlička, 1927 in Prag geboren, nach dem Zweiten Weltkrieg wegen politischer Aktivitäten von der Universität verwiesen und in die nordböhmische Provinz umgezogen, emigrierte 1968 nach München, wo er für Exilzeitschriften in Paris und Toronto sowie für den Rundfunk arbeitete. Noch vor der Veröffentlichung seines über 800 Seiten starken Romanmanuskripts starb er 1990 in Augsburg. Seinen Enkelkindern sind die „Geschichten aus der Familie“ gewidmet. Unverwechselbar ist es die Stimme eines Exilliteraten, die sowohl die Vergangenheit des eigenen Landes und den Verfall der Gesellschaft als auch die eigene Ausweglosigkeit schildert. Diese Biographie steht für das Los vieler Angehöriger einer ganzen Generation, die die Vertreibung aus dem kulturellen Leben zunächst in der Zeit des Stalinismus und dann nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 sowie der Rückkehr zu einem autoritären kommunistischen Kurs miterleben mussten.

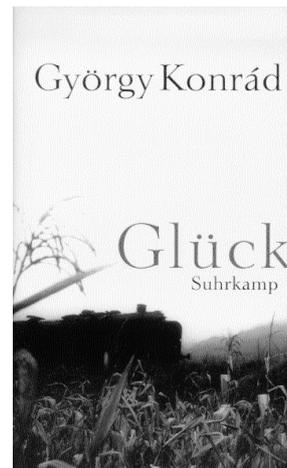
Es ist das Festhalten an der Familie über die Jahrzehnte der Wirren und Kriege hinweg, die im Roman selbst allerdings weit in den Hintergrund treten, das sich als roter Faden durch Jedličkas Geschichte zieht. Anders als der serbische Schriftsteller Bora Ćosić, der in

dem großartigen Roman „*Die Rolle meiner Familie in der Weltrevolution*“ auf wenigen Seiten eine meisterhafte Familiensaga als Mikrokosmos der Weltgeschichte entwickelt, braucht Jedlička Raum, um seine familiäre Vergangenheit in einer Atmosphäre der Enttäuschungen und Entzauberungen auf eine gänzlich unironische Weise auszubreiten. Jedlička schafft Geschichte, indem er die Geschichte der vordergründigen Ereignisse ausblendet und gänzlich dem Subjekt und der Subjektivität Vorrang einräumt. Die Rekonstruktion der eigenen Identität ist hier nicht wie in vielen Werken der Exilliteratur durch die Sehnsucht nach dem Verlorenen bestimmt, sondern dient durch distanzierte Betrachtung der schmerzlichen Vervollkommnung der eigenen Existenz.

Sein Rückblick entwickelt „die schicksalhafte Eigendynamik von Geschehnissen, die schon in den Haarwurzeln einer alten Tradition angelegt gewesen waren und mit der Einförmigkeit einer Moritat von Geburt, Liebe, Hoffnung, Leid und Tod abliefen.“ Die Stärke der Chronik liegt darin, dass sie keinen Anspruch darauf erhebt, ein Sittengemälde einer Zeitepoche zu sein, sondern der persönliche Ausdruck eines jungen Menschen, der die (verratenen) Ideale, Rückschläge und „Enttäuschungen“ literarisch aufarbeitet. Immer wieder flieht Jedlička dabei in die scheinbare Idylle, sei es während der Kindheit in Prag oder in der Sommerfrische auf dem Land. Die „unermeßliche Bewunderung“ gegenüber seinem kränklichen, dem „Untergang geweihten“ Vater kontrastiert dabei scharf mit der unüberbrückbaren Distanz zur „bürgerlichen Apathie“ seiner Mutter, zu der er Zeit seines Lebens kein Verhältnis aufzubauen vermag. So zimmert sich der Junge Josef sein eigenes Weltbild zusammen, das sich aus einer Mischung aus dörflicher bzw. kleinstädtischer Weltferne Mittelmährens und Südböhmens sowie dem pulsierenden Leben Prags zusammensetzt. Er ist auch auf der steten, vielleicht romantischen Suche nach dem „Charakter dieses Landes, dessen steinerne

Rippen und Gelenke tief unter seiner Oberfläche versteckt sind und dessen Wasseradern in seichten, von keinen Schatten beschirmten, schlammigen Flußbetten ruhig dahinfließen... Ich berührte es [das Land] bei jedem Schritt mit der dünnen Sohle meiner Turnschuhe, fühlte es unter den bloßen Füßen und ertastete es mit meinen Händen und dem ganzen Körper, wenn ich mich auf einen mit Labkraut und Steinnelken bedeckten Felsblock setzte, mich auf sauberen sonnenwarmen Nadelpolstern ausstreckte, durch ein steiniges Bachbett watete oder mich aufgeweicht und durchfroren mit geschlossenen Augen nackt auf weißen Kieseln aufwärmte und den bitteren Duft seiner harzigen Wälder, den finster-sinnlichen Duft reifen Getreides, den matten Geruch blühenden Wassers und den beißenden Duft seiner Ameisenhaufen roch.“

Von Christa Rothmeier mit einem Schuss österreichischen Einschlags sehr detailgetreu ins Deutsche übersetzt rundet *Blut ist kein Wasser* still und heimlich die Phase der Familiengeschichten im östlichen Mitteleuropa in geradezu klassischer Hinsicht ab. Heutzutage bleibt wohl nur noch Raum für postmoderne Entwürfe im Stile der *Harmonia Caelestis* von Péter Esterházy.



„Leichen habe ich im Winter 1944/45 zur Genüge gesehen. [...] Da der Mensch von dem Moment an, da er dem eigenen Tod ins Auge blickt, erwachsen wird, bin ich seit meinem elften Lebensjahr erwachsen. Es kommt vor, daß es einem noch früher widerfährt, oder auch später, und es kann auch sein, daß es einem nie passiert.“  
(György Konrád, *Glück*)

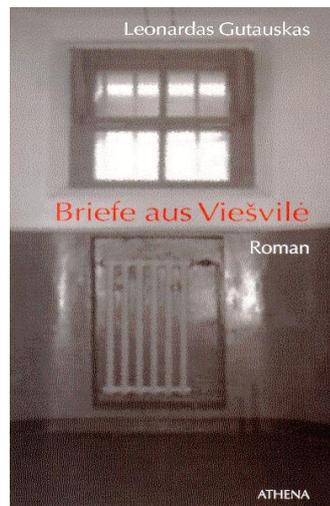
Auf den ersten Blick stellt der Kurzroman *Glück* die Lebenserinnerungen des ungarischen Schriftstellers György Konrád dar. Bereits der erste Absatz erzählt die Geschichte der folgenden 156 Seiten, die den Leser an das Ende des Zweiten Weltkriegs und die schicksalhaften Erlebnisse eines elfjährigen Jungen heranführen. Der Tiefe des Romans gelangt man eher auf die Spur, wenn man den eigentlichen ungarischen Titel heranzieht: *Elutazás és hazatérés* bedeutet *Abreise und Heimkehr*. Konráds Buch ist die schmerzhafteste Erinnerung an den Genozid an den ungarischen Juden, den er als junger Mensch eher zufällig überlebte. Der perfekten Deportations- und Vernichtungsmaschinerie der Nazis und ihrer ungarischen Helfershelfer, der Pfeilkreuzler, die auch heute in einer kleinen, jedoch lautstarken Skinhead- und Neonaziszene eine „Wiederentdeckung“ finden, entkommt der Autor nur durch Geschick und die Verquickung günstiger Momente in den Wirren der letzten Kriegsmonate, als die Rote Armee Ungarn nach und nach besetzt. Während „die Klassenkameraden allesamt von Doktor Mengele in die Gaskammer geschickt wurden“, bleibt dem Elfjährigen nur eine Irrfahrt zwischen Berettyóújfalú, einer Kleinstadt in Ostungarn, und Budapest. Die Authentizität der Erinnerungskultur Konráds schwebt dabei zwischen dem nüchtern-

distanzierten Bericht und der minutiösen Schilderung des „Lebensglücklichen“.

Konrád gilt seit Jahren als einer der angesehensten ungarischen Schriftsteller, der sich vor allem auch in Deutschland als ehemaliger langjähriger Präsident der Berliner Akademie der Künste einen bedeutenden Namen gemacht hat. Seine Romane *Der Komplize*, *Melinda und Dragomann*, *Steinuhr* sowie *Der Besucher* riefen schon vor dem Jahr 1999, als Ungarn literarisches Schwerpunktland auf der Frankfurter Buchmesse war, ein breites Echo hervor. Während des Realsozialismus mit einem Publikationsverbot belegt, äußerte sich Konrád vor allem in den 1980er Jahren kritisch zur politischen Situation seines Landes. Er setzte sich stets für die kulturelle Restauration Mitteleuropas nach der Befreiung von der kommunistischen Herrschaft ein. Sein gegen jede totalitäre, despotische (Gewalt)-Herrschaft geprägter Begriff „Antipolitik“ zeugt von der geistigen Verwandtschaft mit Hannah Arendt und seinem permanenten Kampf gegen die Unfreiheit.

Diese Unfreiheit durch die totalitäre Willkürherrschaft und den inneren Überlebenskampf schildert Konrád nun in *Glück*, das zweifelsohne zu den wichtigen literarischen Zeugnissen über diese Zeit gehört. Natürlich ist *Glück* auch ein Buch über den Verlust der eigenen Kindheit, gestohlen in dem permanenten Verlorensein zwischen *Abreise und Heimkehr*. Es ist zudem eine Abrechnung mit der Gleichgültigkeit der einheimischen ungarischen Bevölkerung, „denn dieses Vaterland wollte ihre Gräber nicht hegen und pflegen, sie, die zweihundert anderen Kinder, statt deren ich lebe.“ Statt seiner Klassenkameraden erinnert sich nun György Konrád und legt Zeugnis ab von den dramatischsten Momenten des jugendlichen Lebens Ende 1944. Sie gleichen einer Parabel über das Überleben und den Zufall schlechthin. Konrád scheut nicht davor zurück, das Groteske der Zeit herauszustellen: „Die Donau, auf der Eisschollen stromabwärts trieben, mit alten Frauen und kleinen Mädchen vollzuschießen,

war eine Kunst der Verzierung, deren Zauber nicht ewig anhielt.“ Es ist die große Stärke Konráds, dass er dem nackten Bericht des Grauens großartige poetische Momente folgen lässt. Hinter dem Roman spürt man gleichsam hautnah die wohl alle Holocaust-Überlebenden quälende Frage, warum andere Opfer sterben mussten, sie aber genau das Glück hatten, das die Anderen in dem Moment verließ, als sie es am nötigsten gehabt hätten.



„Ich suchte mich, indem ich mich wie eine Schlange häutete, das giftige Innere nach außen kehrte, und wenn ich auch nur das kleinste reine Teilchen von mir gefunden hatte, verwandelte ich mich unmerklich in einen Spaß-

macher, der mit seltsamen Bewegungen und schellenbewehrter Narrenkappe alle erschreckte und belustigte, diese Gerechten und Diebe und Richter und Schriftsteller und Künstler und Preisträger.“ (Leonardas Gutauskas, *Briefe aus Viešvilė*)

Dem in Oberhausen ansässigen ATHENA Verlag ist es zu verdanken, dass dem deutschen Lesepublikum seit einigen Jahren in einer eigenen Reihe Literatur aus Litauen näher gebracht wird. Trotz der Tatsache, dass Litauen vergangenes Jahr Schwerpunktland auf der Frankfurter Buchmesse war, handelt es sich weiterhin um ein exotisches Land europäischer Literatur. Dabei lohnt es sich gerade im Litauen von heute, hierzulande unbekannte Schriftstellerinnen und Schriftsteller zu entdecken, denn die neue Garde vereint wie kaum eine andere in Europa die Aufarbeitung der totalitären Herrschaft

sowjetischer Prägung in der Gesellschaft und die postkommunistische Orientierungssuche des Einzelnen im neuen Zeitalter. Aus diesem enormen Spannungsverhältnis speist sich der reiche Fundus literarischer Zeugnisse eines relativ kleinen Landes wie Litauen.

Mitten hinein in dieses Panorama passt das ungewöhnliche, kurzatmige Buch *Briefe aus Viešvilė* von Leonardas Gutauskas. Natürlich denkt man bei einem Briefroman sofort zunächst an Goethes Werther. Gutauskas' Helden quält aber nicht die Unerreichbare in weiblicher Gestalt, sondern nichts weniger als die „Geheimnisse der Erde und des Himmels, und das Schicksal der Seele“. Dabei spielt sich die gesamte wahrgenommene Welt in seinem Kopf ab. Man fühlt sich unweigerlich an Elias Canettis großen Roman „Die Blendung“ erinnert, auch wenn die literarische Form eine gänzlich andere ist. Gutauskas Protagonist entwirft eine „Welt im Kopf“, findet sich selbst in einer „kopflösen Welt“ wieder und wirkt aufgrund seines Aufenthalts in einer Irrenanstalt wie jemand, der wie „ein Kopf ohne Welt“ ist. Er ist jedoch ein durchgeknallter, glasklar sehender und wahrnehmender Geist, der „das wirkliche Geheimnis der Ewigkeit auf tun“ will – ein wenig Doktor Faust(us) und auch ein wenig erinnert Gutauskas an Fernando Pessoa („Das Buch der inneren Unruhe“). Er unternimmt Ausflüge in die Moralphilosophie und in die Ontologie, fortwährend auf der Suche nach dem „Seinsgesetz“, mit dem der Mensch geboren sein sollte, „wie mit einer Binde vor den Augen“. Ebenso treibt ihn das stete Fragen nach dem Sein nach dem Tod, „scheint doch die ganze tollwütige Welt nur eine Müllhalde hinter dem Tor dieses Paradieses, ein eiternder Abszess“ zu sein. Die Briefe sind Erinnerungsfetzen, Episteln, die ein „Versuch waren, sich

und wohl auch andere davon zu überzeugen, dass mit dem Tod nichts endet, sondern erst alles beginnt – ein Lichtpfad, der Richtung Ewigkeit weist. Und der dennoch tastend umherirrende, gleichsam zweifelnde Gang seiner Gedanken enthüllt das Schutzschild des menschlichen Unterbewusstseins - ein Versuch zurückzukehren zur Erde.“ Die Briefe zeugen von einem untilgbaren Begehren nach der geistigen Eroberung der physischen und geistigen Welt und Existenz.

Trotz des bisweilen morbiden Charakters steht für Gutauskas in seinen insgesamt vierzig *Briefe[n] aus Viešvilė*, die zwischen 1982 und 1998 zusammengetragen wurden, nicht die Sehnsucht nach dem Sterben, nach dem Tod im Vordergrund, sondern das Streben nach der Erkenntnis, nach dem Leben danach. Natürlich ist damit auch ein christliches Motiv gemeint, allerdings eher in Form eines individualistischen, kosmologischen Weltentwurfs. Es ist dies auch ein wunderbares Gegenbild eines ins innere Exil Gegangenen zur Gleichmacherei und zu den sinnentleerenden Heils- und Glücksversprechungen in der Sowjetrepublik Litauen. Für Gutauskas speist sich das platonische Motiv der Unsterblichkeit der Seele aus dem Wissen und der Erkenntnis um die Gewissheit der Existenz über den physischen Tod hinaus.

**Karel Poláček.** *Wir fünf und Jumbo.* Tschechische Bibliothek in der DVA, Stuttgart München 2001, 253 S.

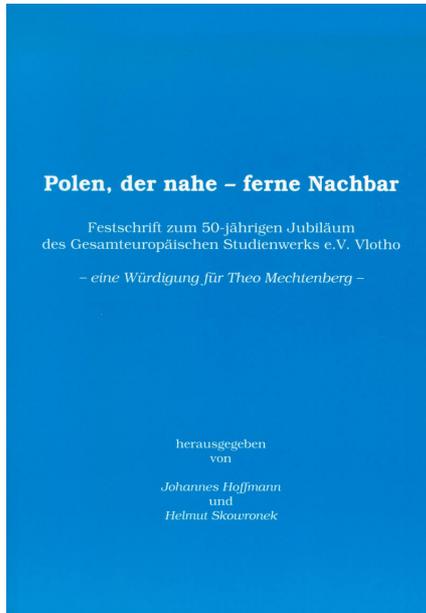
**Josef Jedlička.** *Blut ist kein Wasser.* Tschechische Bibliothek in der DVA, Stuttgart München 2002, 824 S.

**György Konrád.** *Glück.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003, 156 S.

**Leonardas Gutauskas.** *Briefe aus Viešvilė.* ATHENA Verlag, Oberhausen 2002, 101 S.

## Rezensionen

**Johannes Hoffmann, Helmut Skowronek (Hg.): Polen, der nahe – ferne Nachbar. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Gesamteuropäischen Studienwerks e. V. Vlotho. Eine Würdigung für Theo Mechtenberg. Forschungsstelle Ostmitteleuropa. Dortmund 2002, 333 S.**



Der vorliegende Sammelband mit Aufsätzen von Theo Mechtenberg, die im Laufe von fast zwei Jahrzehnten entstanden und in verschiedenen deutschsprachigen Zeitschriften veröffentlicht wurden, erscheint aus Anlass des fast 50-jährigen Bestehens des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho. Theo Mechtenberg ist mit dieser Einrichtung der politischen Bildung mittlerweile seit fast 25 Jahren eng verbunden. Hier war er von 1979 bis 1993 Dozent und hier ist er bis heute Vorsitzender des Trägervereins. Neben seiner intensiven Beschäftigung mit kirchlichen und theologischen sowie deutsch-deutschen Fragestellungen ist Mechtenberg, der zwischen 1972 und 1979 in Wrocław lebte und auch dort promovierte, vor allem auch ein Kenner Polens und ein Pionier der deutsch-polnischen Verständigung. Sein diesbezügliches Engagement reicht noch in jene Periode zurück, als er als katholischer Priester und Studentenpfarrer in der DDR wirkte. Der Initiative der beiden Herausgeber ist es zu danken, dass eine repräsentative Auswahl der Polen gewidmeten

Aufsätze von Mechtenberg nunmehr in einem Band gesammelt vorliegt.

Dabei kennzeichnen die Titel der vier übergeordneten Kapitel des Buches auch die auf Polen bezogenen Hauptinteressen des Autors und Übersetzers Mechtenberg. Im ersten Kapitel (Kultur, Kirche und Katholizismus in Polen) setzt sich der Theologe und Literaturwissenschaftler nicht nur mit dem lyrischen Werk Stanisław Grochowiaks und den Dramen Karol Wojtyłas auseinander, sondern ebenfalls mit zentralen philosophischen Begrifflichkeiten des Moralthologen Józef Tischner. In vier weiteren Artikeln expliziert der Autor das besondere Verhältnis zwischen Nationalbewusstsein und katholischer Kirche in Polen, fragt nach der Katholizität der polnischen Gesellschaft und analysiert die Herausforderungen, vor denen die katholische Kirche Polens nach dem Systemwechsel des Jahres 1989 weiterhin steht.

Im zweiten Kapitel (Das polnisch-jüdische Verhältnis) geht es um eine weiterhin für beide Seiten schwierige Thematik, bei der nach wie vor ein intensiverer Dialog und ein Mehr an gegenseitiger Empathie erforderlich ist, um immer wieder pauschal formulierte antipolnische Stereotype sowie massiv vorgebrachte oder latent gepflegte antisemitische Ressentiments zu hinterfragen, abzuschwächen oder gar abzubauen. Dabei behandelt Mechtenberg zunächst die historischen Bedingtheiten und Besonderheiten des polnischen Antisemitismus, analysiert dann den Streit um das Kreuz in Auschwitz und exemplifiziert am Beispiel der in Polen geführten Diskussion um das Massaker von Jedwabne und das Ringen um eine verloren gegangene Erinnerungskultur, dass es hinsichtlich der polnisch-jüdischen Wahrnehmung und des polnisch-jüdischen

Dialogs trotz aller Rückschläge durchaus auch Fortschritte gibt.

Auch im dritten Kapitel (Deutsche und Polen) hebt der Autor zunächst auf die Bedeutung der historischen Erinnerung in den deutsch-polnischen Beziehungen ab, beschäftigt sich dann aber stärker handlungsbezogen mit den Aufgaben politischer Bildung angesichts tief sitzender Stereotype und Vorurteile zwischen Deutschen und Polen, um dann am Beispiel von drei übergeordneten, mehr oder minder institutionalisierten deutsch-polnischen Kooperationsformen exemplarisch aufzuzeigen, welche Rolle Schulpartnerschaften mit Polen, die Begegnungs- und Bildungsstätte Kreisau/Krzyżowa sowie die Polenarbeit der katholischen Kirche in der DDR gespielt haben und weiterhin noch spielen.

Hier meldet sich in erster Linie der politische Bildner, Didaktiker und Organisator Mechtenberg zu Wort, dem der Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen nicht nur akademisches Anliegen ist, sondern auf gemeinsamen Projekten beruht, deren Zielhorizont ein geeintes, auf Solidarität und Subsidiarität basierendes Europa ist.

Insofern schließt das vierte Kapitel (Polen und das neue Europa) durchaus konsequent an diese Thematik an. Hier charakterisiert der Autor zunächst die Herausforderungen des neuen Millenniums für Polen und zeichnet den schwierigen Weg Polens „zurück nach Europa“ nach. Angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts aller mitteleuropäischen Länder erweitert Mechtenberg seine Perspektive und beschäftigt sich mit der gesamten Region,

wobei er den in Ostmitteleuropa weiterhin wirksamen, virulenten Konflikt zwischen Modernisierung und Identität analysiert. Besondere Beachtung verdient der Artikel über die Ukraine, in dem der Autor sich näher mit der Rolle dieses Staates im europäischen Einigungsprozess und somit auch mit der offenen Frage einer Bestimmung der Außengrenzen der EU befasst. Im Nachtrag findet sich schließlich ein bisher unveröffentlichter Beitrag, der sich mit der aktuellen innen- und außenpolitischen Situation Polens beschäftigt, und in dem neben der Beitrittsproblematik auch die Ursachen für das besondere Verhältnis zwischen Polen und den USA behandelt werden.

Das Buch, das sorgfältig für den Druck vorbereitet wurde, verfügt neben der von Helmut Skowronek verfassten Einführung und Kurzbiographie über ein Verzeichnis der ersten Druckorte der hier veröffentlichten Artikel sowie über ein Schriftenverzeichnis von Theo Mechtenberg. Letzteres verdeutlicht nachhaltig, dass es sich bei den hier veröffentlichten Texten nur um einen Ausschnitt seines beeindruckenden wissenschaftlichen, publizistischen und übersetzerischen Oeuvres handelt. Nach Lektüre dieses Sammelbandes wird aber auch klar, dass der Mittler Mechtenberg in seinem bisherigen Schaffen nicht nur als *homme de lettre* wirkte, sondern auch als politischer Bildner tätig war, der sich konsequent um die Ermöglichung von Begegnungen und die Aufrechterhaltung von Dialogen bemühte.

ZW

**Andreas Lawaty, Hubert Orłowski (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte Kultur Politik. Verlag C. H. Beck. München 2003, 631 S.**



Diese Veröffentlichung hat einen populärwissenschaftlichen Handbuchcharakter und schließt an das 1992 von Andreas Lawaty, Ewa Kobylińska und Rüdiger Stephan herausgegebene Werk „Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe“ an. In der Tat wurden auch einige Texte aus diesem Vorläufer in aktualisierter Form übernommen, die meisten Einträge erscheinen jedoch hier zum ersten Mal. Beibehalten wurde auch das Konzept des Gesellschaftsvergleichs und die beziehungs geschichtliche Orientierung. Mit Recht heben die Herausgeber hervor, dass der Band keine enzyklopädische Vollständigkeit beansprucht, dass vielmehr punktuell und prägnant auf besonders wichtige und typische Themen im deutsch-polnischen Kontext eingegangen werden soll. Wir haben es also mit relativ kurzen Einträgen zu tun, die über keinen wissenschaftlichen Apparat verfügen. Allerdings haben die Herausgeber den Band mit Literaturhinweisen zu den einzelnen Beiträgen versehen und mit einem Personenregister ausgestattet. Für einen interessierten Einsteiger sind diese Hinweise gewiss nützlich.

Da sich in dem Band etwa sechzig Essays deutscher und polnischer Wissenschaftler und Publizisten unterschiedlicher Fakultäten finden, ist es unmöglich, differenziert auf die einzelnen Beiträge einzugehen. Ohne die übrigen abqualifizieren zu wollen, möchte ich in diesem Kontext deshalb nur auf Beiträge hinweisen, die mir besonders erwähnenswert scheinen. Hinsichtlich der fünf übergreifenden Teile, in die das Buch gegliedert wurde, handelt es sich hierbei in erster Linie um jene Beiträge, die das deutsche und polnische kollektive Bewusstsein sowie den deutsch-polnischen Dialog m. E. auch heute noch nachhaltig beeinflussen und belasten, weiterhin kontrovers diskutiert und gelegentlich politisch instrumentalisiert werden.

Im ersten historischen Teil (Zur Geschichte einer Nachbarschaft, S.16-106) sind dies die Themen Zweiter Weltkrieg, Holocaust und Vertreibung. Die hierzu veröffentlichten Texte von Włodzimierz Borodziej und Kazimierz Wóycicki stellen diesbezüglich einen guten und differenziert ausgearbeiteten Einstieg dar. Hinsichtlich des zweiten Teils (Erinnerungsorte, S. 110-243) möchte ich besonders auf die Beiträge von Marek Zybura (Das deutsche Kulturerbe in Polen), Klaus Zernack (Preußen), Krzysztof Ruchniewicz (Die DDR) und Adam Krzemiński (Amerika) verweisen. Im dritten Teil (Kultur und Identität: Räume des Nicht-Übersetzbaren) sind es in erster Linie die auf die wechselseitigen Vorurteilsstrukturen abhebenden Essays von Orłowski (Stereotype der langen Dauer) und Leszek Żyliński (Typisch deutsch?), in denen die tradierten (unbewussten und bewusst inszenierten) Missverständnisse zwischen Deutschen und Polen präzise analysiert werden. Im Hinblick auf den unterschiedlichen Stellenwert und die hieraus resultierenden unterschiedlichen Traditionen und Prägungen beider Gesellschaften und Völker sind auch die

beiden Beiträge über die Begriffe Aufklärung und Romantik, die aus der Feder von Tadeusz Namowicz stammen, besonders lesenswert.

Der vierte Teil (S. 362-475), in dem Fragen der Gesellschaft und Lebenswelt untersucht werden, nimmt in diesem Band deshalb eine zentrale Stellung ein, weil er vergleichend Haltungen, Lebensstile und Wertevorstellungen behandelt, die zwar teilweise in eine jeweils spezifisch tradierte Vergangenheit zurückreichen, aber auch für Gegenwart und Zukunft von erheblicher Bedeutung sind. Besonders erwähnenswert sind die Beiträge von Katarzyna Kaniowska und Andrzej M. Kaniowski (Lebensstile), Wojciech Pięciak (Religiosität und Säkularisierung), und Klaus Bachmann (Antisemitismus).

Schließlich der fünfte und letzte Teil, in dem Begriffe aus Politik und Wirtschaft diskutiert werden (S. 478-592), wobei erfreulicher Weise auch aktuelle, durchaus zukunftsweisende und akute Probleme der wirtschaftlichen und politischen Transformation Gesamteuropas (Soziale Sicherheit, Arbeitsethik, Unternehmergeist, Globalisierung), Erwähnung finden. Hinsichtlich auch zukünftig weiter wirkender manifeste Unterschiede zwischen Deutschen und

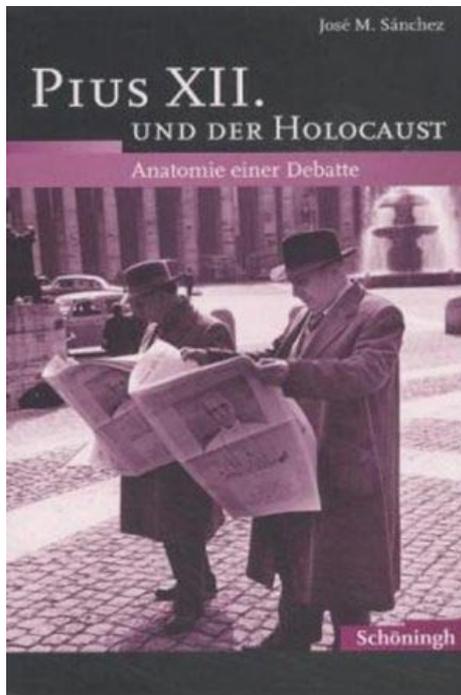
Polen sollte deshalb auf die beiden Aufsätze von Witold M. Góralski (Rechtsstaat, Rechtsbewusstsein, Gerechtigkeitsempfinden) und Markus Mildenerger (Europa: Mythos, Programm, Verhandlungsmasse) hingewiesen werden. In ihnen geht es nämlich um eine – wie auch immer verfasste – europäische Zukunft von Deutschen und Polen.

Nach Lektüre dieses umfänglichen und faktenreichen Buches lässt sich füglich behaupten, dass in „Deutsche und Polen“ durchaus anregende Inhalte vermittelt werden, auch wenn man gelegentlich auf Texte stößt, die von den gleichen Autoren an anderer Stelle – so oder leicht abgewandelt – bereits des öfteren veröffentlicht wurden.

Insgesamt stellt sich deshalb die Frage, welche Adressaten der Band explizit erreichen will. Dem Experten eröffnet er kaum neue Horizonte, den interessierten Laien konfrontiert er aufgrund des essayistischen Zuschnitts der meisten Beiträge mit der schwierigen Aufgabe, sich Dinge, die den Autoren selbstverständlich erscheinen, aus anderen Quellen und Kontexten zu erarbeiten. Aber vielleicht liegt gerade hierin die Herausforderung.

ZW

**José M. Sánchez: Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich 2003, 167 S.**



Spätestens seit der Dramatiker Rolf Hochhuth 1963 seinen spektakulären „Stellvertreter“ veröffentlichte, steht die Anklage im Raum, Papst Pius XII. habe sich als Antisemit und diskreter Befürworter des nationalsozialistischen Deutschland und der Achsenmächte nicht genug oder überhaupt nicht für die Rettung der Juden eingesetzt, obschon er die Fakten kannte.

Insofern ist zu begrüßen, dass der amerikanische Historiker José M. Sánchez in der vorliegenden Untersuchung bemüht ist, auf Grundlage gesicherter Quellen und Fakten sowie der Rekonstruktion einer weiterhin lebhaft geführten Historikerdebatte, dem Leser einen möglichst sachlichen und objektiven Zugang zu diesem kontroversen Thema zu eröffnen. Im Unterschied zu den meisten Autoren, die in der Vergangenheit über diese komplexe Thematik geschrieben haben, geht es Sánchez nicht darum, den Papst entweder zu verurteilen oder freizusprechen. Dieser zur (polemischen) Eindeutigkeit neigende Ansatz ist im Übrigen nicht nur den meisten mit diesem Thema befassten Journalisten eigen,

sondern gilt auch für angesehene Historiker – wie zum Beispiel für die papstkritische, schlecht recherchierte Darstellung von John Cornwell (Der Papst, der geschwiegen hat. München 1999). Wie schwierig die Debatte in der Tat ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass den weitreichenden Schlussfolgerungen Cornwells und anderer Pius-Kritiker die den Papst entlastenden Aussagen so prominenter jüdischer Zeitzeugen wie Joseph Nathan, Golda Meir oder Pinchas Lapide diametral entgegenstehen.

In seiner kurzen politischen Papstbiographie, die als Einstieg für seine Darstellung dient, hebt der Autor die lebenslange Ablehnung Pacellis gegen den Kommunismus hervor (Münchener Räterepublik, Spanischer Bürgerkrieg, Kirchenverfolgung in der UdSSR), betont aber auch, dass der 1939 zum Papst gewählte Pius XII. sowohl von den Achsen- als auch von den Westmächten als Gegner des Nationalsozialismus wahrgenommen wurde. Während des Krieges wahrte er jedoch nach ersten Vermittlungsversuchen zwischen der deutschen Militäropposition gegen Hitler und der britischen Regierung strikte Neutralität. Pius versagte dem Führer der kroatischen Faschisten, Ante Pavelić, die Anerkennung für dessen neuen kroatischen Staat, schwieg aber angesichts des Völkermordes an den orthodoxen Serben. Als einige Deutsche um Unterstützung des Papstes für den Ostfeldzug (als Kreuzzug gegen die gottlosen Bolschewisten) ersuchten, verweigerte sich Pius. Seine größte Sorge galt wohl dem deutsch besetzten Rom (September 1943 bis Juni 1944), denn auch der Vatikan wurde von den Deutschen überwacht, und hätte von ihnen besetzt werden können.

Sánchez gibt im Anschluss an diesen cursorischen Überblick Auskunft über die bestehenden Kontroversen, die Quellenlage und die weiterhin geführten wissenschaftlichen Dispute, um sich dann der entscheidenden

Frage nach den päpstlichen Zielen und Mitteln zu widmen. Das Ziel des Papstes als Oberhaupt einer institutionellen Kirche musste es sein, diese Kirche und deren Repräsentanten (Priester und Bischöfe) zu schützen und sie in ihrem geistlichen Amt zu unterstützen. Im Bezug auf den höchsten Auftrag, nämlich Seelen zu retten (Giovanni Miccoli, S.20) stand der Papst vor dem Dilemma, nicht nur die katholische Kirche und die Katholiken, sondern die gesamte Menschheit vor dem Übel des Nationalsozialismus zu schützen. Außer dem moralischen Protest und der Anprangerung des Bösen (Weihnachtsbotschaften von 1939 und 1942) hätte dem Papst noch das Mittel der Exkommunikation zur Verfügung gestanden. Dessen Wirkung bliebe – so der Autor - allerdings auf katholische Gesellschaften beschränkt, und es sei anzuzweifeln, ob die Exkommunikation Hitlers eine nachhaltige Wirkung gehabt hätte.

Hinsichtlich des Holocausts kann man davon ausgehen, dass der Papst spätestens Ende 1942 definitiv von den Massakern an den Juden wusste. Aber das wahre Ausmaß der NS-Verbrechen kannte er wohl nicht. Auch war ihm sicherlich nicht klar, dass die Politik der Nationalsozialisten auf die Exterminierung aller Juden zielte. Die alarmierenden Berichte, besonders über die Situation in Polen, hielt er wohl, wie viele seiner westlichen Zeitgenossen, für stark übertrieben.

Die entscheidende Frage im Hinblick auf das Problem „Pius und der Holocaust“ lautet aber trotzdem: Warum hat der Papst angesichts der massiven Judenverfolgung in ganz Europa keinen lautstarken Protest erhoben und das deutsche Regime nicht verurteilt? Deshalb geht Sánchez der Frage nach, was und wie sich Pius XII. über den Krieg äußerte, und führt in diesem Zusammenhang dessen erste Enzyklika *Summi pontificatus* (1939) sowie die Oster- und Weihnachtsbotschaften aus der Kriegszeit an. Allgemein lässt sich festhalten, dass sich der Papst in seinen Ansprachen während des Krieges zum Leiden der Völker „ohne Ausnahme“ äußerte und – soweit dies in seiner

Macht stand - seine Hilfe anbot. Gegen Ende des Krieges postulierte Pius zudem, dass nicht ganze Völker, sondern Individuen zu bestrafen seien. In keiner seiner während des Krieges abgegebenen Erklärungen sprach er sich jedoch offiziell gegen die Verfolgung der Juden aus.

Sicherlich - so die häufig wiederholte und gut belegte These - fürchtete er, dass ein solcher Protest zu einer noch schlimmeren Behandlung der Juden und anderer NS-Opfer geführt hätte. Aber dies – so Sánchez – könne nicht die einzige Ursache für sein Schweigen gewesen sein. Zahlreiche Autoren halten der katholischen Kirche in diesem Kontext insgesamt, und Pius XII. im besonderen eine auf antijudaistischer Tradition gründende antisemitische Einstellung vor und erklären hiermit auch das päpstliche Schweigen. Allerdings gibt es in der Fachliteratur umgekehrt auch ein recht häufig verwendetes negatives Gegenargument, bei dem die Frage aufgeworfen wird, ob man angesichts der Tatsache, dass Pius auch für die katholischen Polen nicht das tat, was er hätte für die Juden tun können, davon sprechen könne, dass Pius XII. ein Antisemit gewesen sei.

Dies ändert freilich nichts an dem Umstand, dass die Frage nach dem vermeintlichen Antisemitismus Pius' XII. in der Fachliteratur weiterhin kontrovers diskutiert wird. Ebenso kontrovers bleibt die Debatte, ob die Zurückhaltung des Papstes auf die Sorge um die Sicherheit des Vatikans (deutsche Besetzung) zurückzuführen war, Pius sich vor einer persönlichen Entführung fürchtete oder gar damit rechnete, dass Rom zerstört werden könnte. Sánchez kommt bei dieser Betrachtung insgesamt zum Ergebnis, dass keine der angeführten vermeintlichen Ursachen das Schweigen des Papstes wirklich erklären könne. Hinsichtlich des mit dem 3. Reich abgeschlossenen Konkordats stellt Sánchez unterschiedliche Interpretationen vor, die von der These, dass damit eine Billigung des NS-Regimes vollzogen wurde, bis hin zur Ansicht reichen, dass das Konkordat kein Bündnis, sondern ein

Verteidigungspakt gewesen sei (Konrad Repgen, S.66). Dabei kommt der Autor zum Ergebnis, dass der Papst Hitler vermutlich nicht provozieren wollte, da dieser das Konkordat jeder Zeit hätte außer Kraft setzen können. Aber auch die Sorge um das Konkordat ist nach Ansicht von Sánchez kein wirklich hinreichender Grund für das Schweigen Pacellis.

Viel bedeutender scheint ihm der Umstand, dass der Vatikan als internationale Institution im Lauf der Jahrhunderte eine ganz spezifische Form von diskreter Diplomatie entwickelte, mit deren Hilfe auch während des Zweiten Weltkriegs versucht wurde, Einfluss zu nehmen. Da die von Pius XII. betriebene leise Diplomatie gegenüber Hitler und seiner Gewaltpolitik aber wenig fruchtete, hätte es nur die Alternative gegeben, öffentlich und laut zu protestieren. Für diese Form des Einspruchs konnte sich Pius jedoch nicht entscheiden, da er fürchtete, dadurch unabsehbare Konsequenzen heraufzubeschwören. Im Hinblick auf die Haltung der deutschen Katholiken im 3. Reich scheint überdies die These vertretbar, dass sie im Falle eines scharfen Protests und eines Zerwürfnisses des Vatikans mit Hitler-Deutschland keinesfalls die Position des Papstes hätten beziehen können, da die totalitäre Bedrohung (aber auch Anziehungskraft) des Regimes zu groß gewesen sei.

Auch die häufig vertretene These, dass Pius XII. den Kommunismus mehr fürchtete als den Nationalsozialismus, und deshalb schwieg, lässt sich angesichts der uneindeutigen Quellenlage nicht hinlänglich begründen.

Die Neutralität des Papstes und seine Versuche zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln, um einen Frieden auszuhandeln, führte wohl dazu, dass Pius - und hier sind sich alle Historiker einig - gegenüber den Deutschen weniger kritisch auftrat als er es hätte tun können. Als er aber nach 1940 erkennen musste, dass alle Vermittlungsversuche vergeblich blieben, habe der Papst unter allen Umständen vermeiden wollen, von einer der kriegsführenden Seiten instrumentalisiert zu werden.

Die These, dass ein Protest des Papstes die Lage verschlimmert hätte, interpretiert Sánchez nach Abwägung zahlreicher Argumente als kaum auflösbaren Zielkonflikt und quälendes Gewissensdilemma, wobei er hervorhebt, dass sie sich nicht nachweisen lasse, da es nicht zu einem solchen Protest kam:

„Bei dieser Sachlage spielt die Frage nach der Verantwortung Pius' XII. eine große Rolle: Sollte er für seine Kirche sorgen, deren oberster Hirte er war, oder sollte er um der unterdrückten Menschen willen protestieren? [...] Würde er mehr Menschen retten, indem er protestierte oder nicht protestierte? Diese Frage kann niemals beantwortet werden. Denn wir wissen nicht, was geschehen wäre, wenn Pius lautstark protestiert hätte.“ (S. 94)

Trotzdem geht der Autor im 13. Kapitel seiner Darstellung der fiktiven Frage nach, was ein scharfer Protest des Papstes hätte bewirken können. Nach Diskussion etlicher Eventualitäten und Hypothesen kommt Sánchez schließlich zu folgendem vorsichtigen Ergebnis:

„Aus den Akten scheint hervorzugehen: Pius hatte für sein angebliches Schweigen keine eigennützigen Motive, sondern er hatte in Wirklichkeit das edle Motiv, das Leben unschuldiger Menschen zu schützen, indem er auf einen scharfen Protest verzichtete. Ein anderer Papst hätte vielleicht anders gehandelt, scharfen Protest eingelegt, und das Ergebnis wäre vermutlich katastrophal gewesen, wie Papst Paul VI. in einem Kommentar zu Hochhuths Drama sagte. Das hätte die moralische Integrität des Papsttums bewahrt und erhöht – doch niemand kann sagen, um welchen Preis.“

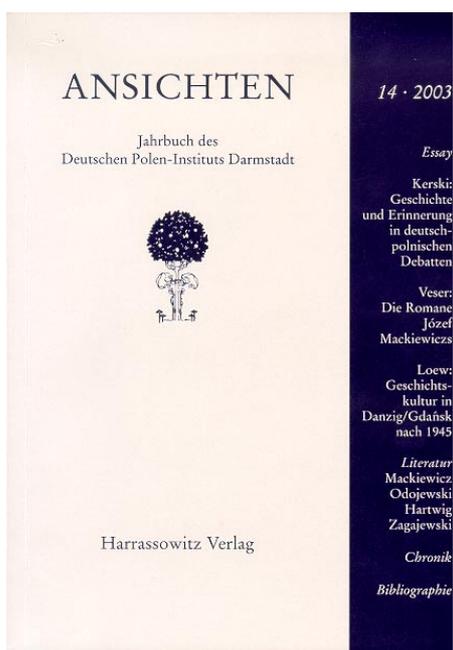
Dieser ausgewogenen Einschätzung kann sich der Rezensent nach Lektüre dieser differenzierten, dennoch anregend und leserfreundlich verfassten Darstellung nur anschließen. Dadurch, dass es sich bei diesem Buch „nur“ um die Rekonstruktion der Anatomie einer weiterhin produktiven und kontroversen Debatte handelt, in deren Mittelpunkt die „bemitleidenswerte und zugleich beeindruckende Gestalt“ (Harold Macmillan, S. 139)

Pius XII. steht, wird deutlich, dass zahlreiche Fragen weiterhin offen und ungeklärt bleiben müssen. Dies exemplifiziert Sánchez abschließend in dem gut recherchierten, lesenswerten Kapitel über „Pius und die beherrschten Länder“ (S. 109-138). Besonders im Hinblick auf das umstrittene und nur schwer nachvollziehbare Schweigen des Papstes angesichts der nationalsozialistischen Kirchen- und Priesterverfolgungen (KZ Dachau!) in Polen sowie seine ebenfalls (wohl zu) leise Diplomatie hinsichtlich der Verbrechen im faschistischen Kroatien von Ante Pavelić (Massenmorde und Zwangsbekehrungen orthodoxer Serben).

Sicherlich handelt es sich bei diesem Buch lediglich um eine weitere vorläufige Bestandsaufnahme, und man muss jenen Historikern beipflichten, die meinen, dass weitere Forschungen notwendig seien, um die Wahrheit herauszufinden (John Pawlikowski, S. 144). Dazu gehört aber, dass Urteile nicht auf vorgefasste Meinungen gegründet werden, wie das gerade in dieser Debatte nur allzu oft der Fall war. Dass es auch anders geht, hat José Sánchez mit dieser Untersuchung in beeindruckender Manier nachgewiesen.

ZW

**Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. (14) 2003. Otto Harrassowitz. Wiesbaden 2003, 321 S.**



Im 14. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts finden sich im ersten Essay-Teil sehr unterschiedliche Themen, die von der noch immer und immer wieder relevanten Problematik Geschichte und Erinnerung in den aktuellen Debatten zwischen Deutschland und Polen (Basil Kerski) bis hin zum Problem der zum Teil weiterhin drastischen städtischen Umweltbelastung in Polen (Olaf Kühne) reichen. Dazwischen setzt sich Reinhard Veser mit dem

literarischen Schaffen des polnischen Exilautors Józef Mackiewicz auseinander, eines Schriftstellers, der über lange Jahre nicht nur in der VR Polen, sondern auch im Exil missverstanden und verfemt blieb, da man dazu neigte, seine Werke vor allem unter dem Blickwinkel zeitgeschichtlicher und politischer Interpretationen und Wertungen zu lesen. Peter Oliver Loew berichtet am Beispiel der Geschichtskultur in Danzig/Gdańsk nach 1945 über den Kampf um die deutsche, respektive polnische Vergangenheit der Stadt, der – so das Fazit Loews – sich im Schaffen prominenter deutscher und polnischer Autoren (Günter Grass, Stefan Chwin) allmählich seinem Ende nähert und zukünftig durch eine pluralistische Geschichtskultur „von unten“ abgelöst werden könnte. Jerzy Kłoczowski liefert hingegen in einem recht umfänglichen Artikel einen kursorischen, nichtsdestoweniger informativen Überblick über das polnische Christentum und seine Beziehungen zu den deutschen Kirchen, das von der Christianisierung Polens (966) bis hin zur Gegenwart reicht.

Vier der hier genannten Texte verweisen also eindeutig in die Vergangenheit und haben

einen dezidiert deskriptiven Charakter. Lediglich der Beitrag von Olaf Kühne beschäftigt sich mit einem akuten aktuellen Thema. Dabei kommt der Autor aufgrund empirischer Befunde polnischer Forschungen zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass es während der Transformation in Polen zu einer Verringerung industrieller Emissionen kam, während der vermehrte motorisierte Individualverkehr neue Belastungen verursachte. Die Belastungen durch primäre Schadstoffe haben also abgenommen, wohingegen die Belastung durch sekundäre Schadstoffe deutlich zunimmt. Bedenklich sei in diesem Kontext, dass sich die polnische Politik diesem Problem noch nicht in adäquater Weise angenommen habe. Gefragt sei – so Kühne – deshalb ein rasches Umdenken, ansonsten müsse man nämlich damit rechnen, dass es zur Zerstörung lokaler und regionaler Ökosysteme kommen werde. Im zweiten Teil des Jahrbuchs haben wir es dann vor allem mit Fragmenten aus den Werken älterer, prominenter Literaten zu tun, also mit Prosafragmenten der beiden Exilautoren J.

Mackiewicz und Włodzimierz Odojewski sowie Gedichten von Julia Hartwig und Adam Zagajewski. Weniger bekannt ist hingegen Artur Daniel Liskowacki, der sich in seinem neuesten Roman unter anderem mit der deutschen Geschichte seiner seit Kriegsende polnischen Heimatstadt Stettin/Szczecin beschäftigt. Dem Genre der phantastischen Literatur fühlt sich hingegen Jerzy Sosnowski verpflichtet, was in der hier zum ersten Mal in deutscher Sprache veröffentlichten Kurzprosa unter dem Titel „Nachtlinie“ eindringlich zum Ausdruck kommt.

Wie üblich liefern vier Experten in der „Chronik“ einen Überblick über die aktuellen Tendenzen in der polnischen Literatur, in Theater und Film sowie in der bildenden Kunst.

Abgeschlossen wird dieses nicht nur für den an Polen interessierten Laien recht informative Jahrbuch wie üblich mit den Bibliographien von Manfred Mack und Piotr Buras.

ZW

**Till Scholtz-Knobloch: Die deutsche Minderheit in Oberschlesien. Selbstreflexion und politisch-soziale Situation unter besonderer Berücksichtigung des so genannten „Oppelner Schlesiens“ (Westerschlesien). Senfkorn-Verlag, Görlitz 2002, 181 S.**

Diese Veröffentlichung von Till Scholtz-Knobloch, des Vorort-Redakteurs von „Unser Oberschlesien“ und „Schlesien heute“, stellt die überarbeitete Fassung seiner im Oktober 2000 abgeschlossenen politikwissenschaftlichen Magisterarbeit dar. Sie besteht aus sechs übergeordneten Kapiteln, in denen der Autor nach der Einleitung zunächst auf theoretische Fragestellungen eingeht, wobei die Probleme nationaler und ethnischer Identität sowie die Entwicklung der Nationenbildung im deutsch-polnischen Kontext im Vordergrund stehen. Hieran schließt sich ein historischer Teil an, der vom Mittelalter über die Reichsgründung, den Volkstumskampf im Kaiserreich und nach dem Ersten Weltkrieg, von der Tragödie des

Zweiten Weltkriegs mit den daraus resultierenden Zwangsumsiedlungen, der nationalen Homogenisierung der nunmehr zu Polen gehörenden Region bis hin zur massiven Aussiedlung deutschstämmiger Bevölkerung in die Bundesrepublik Deutschland reicht. Der Frage der Deutschen als anerkannter Minderheit widmet sich Scholtz-Knobloch dann sehr ausführlich im zentralen vierten Kapitel. Dabei bemüht er sich zunächst, das sozio-kulturelle Umfeld der Minderheit zu beschreiben, indem er auf die schwierige Sprachsituation eingeht, die Eigen- und Außenwahrnehmung in Westerschlesien, die Stellung der katholischen Kirche in Schlesien und die Haltung der polnischen Gesellschaft gegenüber Schlesien

beleuchtet. Mit der Anerkennung der deutschen Minderheit, der die Grenzankennung und die Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags zwischen Deutschland und Polen vorausgegangen war, setzen die organisierten Aktivitäten der deutschen Minderheit in Schlesien ein, beginnt sie sich zu etablieren (1993-1997), hat aber auch eine deutliche Periode politischer Rückschläge zu erleiden (1997-1998). Auch nach den Wahlen des Jahres 2001 setzt sich der Trend eines ständigen Rückgangs der Stimmen für die Vertreter der deutschen Minderheit stetig fort. Insofern fragt der Autor sehr berechtigt danach, ob angesichts der Zerstrittenheit einiger Minderheitenvertreter in Zukunft Visionen oder Selbstbescheidenheit das Markenzeichen deutscher Minderheitenpolitik in Oberschlesien sein werden. Dem wichtigen und durchaus kontrovers diskutierten Thema der Förderung der Minderheit durch die Bundesrepublik, ob nun materiell oder moralisch, widmet der Autor konsequenter Weise deshalb auch die nächsten Seiten, wobei er unter anderem auf die Disparitäten der Förderung der sorbischen Minderheit in Deutschland und der deutschen Minderheit in Oberschlesien verweist. In den nächsten Abschnitten geht Scholtz-Knobloch auf Konflikte ein, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Polen und den deutschen Minderheitenvertretern zum Teil lange kontrovers diskutiert wurden (Staatsangehörigkeitsfrage, Rechtsradikale, Vertriebenenverbände, Staatsicherheit, zweisprachige Ortsbeschreibungen und deutsche Gefallenendenkmäler, Auseinandersetzung um den Erhalt der Oppelner Wojewodschaft im Zusammenhang mit der polnischen Verwaltungsreform), die mittlerweile aber in der Regel gütlichen Kompromisslösungen zugeführt werden konnten.

Was die Institutionen der deutschen Minderheit angeht, so zeichnet der Autor ein durchaus trübes Bild. Der deutsche Sprachunterricht habe mit personellen und organisatorischen Problemen zu kämpfen, obwohl es mittlerweile bilinguale Schulen gebe, die auch mit Lehr-

personal aus der Bundesrepublik beschiedt würden. Der Anteil der oberschlesischen Schüler am Deutschunterricht sei im landesweiten Vergleich weiterhin recht gering, seine Anhebung eher unwahrscheinlich. Den 1992 gegründeten „Bund der Jugend der deutschen Minderheit in der Republik Polen“ (BJDM), der nach einem kurzen Boom innerhalb von sechs Jahren von 15.000 auf 8.000 Jugendliche zusammenschmolz, bezeichnet Scholtz-Knobloch als „Papiertiger“ (S. 87), der weiterhin ein kümmerliches Dasein fristen werde. Auch die Presse- und Rundfunklandschaft der Minderheit habe sich nach zahlreichen Konflikten bisher kaum konsolidieren können. So sei auch das „Schlesische Wochenblatt“ mit der geringen Auflage von 6.000 Exemplaren ohne die Unterstützung des bundesdeutschen Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) und der polnischen Regierung kaum überlebensfähig. (S. 89) Der Rückzug der ifa bei der Subventionierung minderheitseigener Radiosendungen sowie der Streit um minderheitsbezogene Rundfunksendungen, die entweder von deutschen oder polnischen Redaktionsteams ausgestrahlt wurden, haben insgesamt zu einer nachhaltigen Schwächung der Rundfunkpräsenz der Minderheit geführt. Allerdings gebe es - so der Autor - auch positive Entwicklungen, wie die sehr beliebten Sendungen des Coseler Privatradios „Radio Park“.

In weiteren Abschnitten beschäftigt sich Scholtz-Knobloch mit der spezifischen Situation in Kandrzin-Cosel und referiert über aktuelle Entwicklungen hinsichtlich des Minderheitenschutzes in Europa und in Polen. In seinen Abschlussbemerkungen kommt der Autor zum Ergebnis, dass es sich bei den heutigen Minderheitenrechten in Polen um individuelle Abwehrrechte handele und dass Volksgruppenrechte für die Deutschen in Oberschlesien nur von einer konservativen Minderheit in der bundesdeutschen Parteienlandschaft gefordert würden.

Angesichts der bitteren Erfahrungen mit der Instrumentalisierung von Minderheiten und

Volksgruppenrechten – gerade in Oberschlesien – und angesichts weitreichender, vor allen Dingen sprachlicher Assimilierungsprozesse scheint dieser Rechtszustand m. E. die reale Situation der deutschen Minderheit adäquat widerzuspiegeln. Die Frage nach der oberschlesischen Identität und nach den Motiven für das jeweilige nationale Bekenntnis (objektivierbare deutsche Abstammung oder subjektives Bekenntnis zum Deutschtum, Besitz des deutschen Personalausweises als materielle Ressource !) kann natürlich auch der Autor nicht umfassend beantworten. Erfreulich ist, dass er neben der gängigen deutschsprachigen Fachliteratur auch die Veröffentlichungen polnischer Experten – wie Zbigniew Kurcz und Danuta Berlińska – bei seinen Erwägungen berücksichtigt hat. Damit wird die nationalstaatliche Perspektive in Ansätzen zu einer beziehungsgeschichtlichen ausgeweitet. Dass sich im Hinblick auf die Identitätsfrage

das Konzept der multiplen Persönlichkeit aufdrängt, die sich sowohl zu dem einen als auch zu dem anderen bekennt, darf im oberschlesischen Kontext nicht überraschen. Angesichts des fortschreitenden Einigungsprozesse innerhalb der EU ist das eine Entwicklung, die sich gewiss fortsetzen wird. Diese von Scholtz-Knobloch vorgelegte Arbeit, die über einen breit angelegten tabellarischen und kartographischen Teil sowie ein entsprechendes Quellen- und Literaturverzeichnis verfügt, ist umfassend, gut dokumentiert und besticht durch Präzision und Liebe zum Detail. Leider sind bei der Vorbereitung für die Drucklegung etliche grammatikalische und stilistische Fehler und Unebenheiten übersehen worden. Dies schränkt den Wert dieser ansonsten gut lesbaren Darstellung etwas ein.

*ZW*

### **Peter Janzen: Meine Erinnerungen. Lebensbericht eines Russlanddeutschen. Münster 2002, 178 S.**

Dieser Lebensbericht des heute im Rheinland lebenden 88jährigen Peter Janzen, der 1915 im ukrainischen Donegebiet in dem kleinen deutschen Dorf Michalowka geboren wurde, spiegelt in prägnanter und lakonischer Form die Erfahrungen der russlanddeutschen Erlebnissgeneration wider, die das ganze Ausmaß des Stalinschen Terrors am eigenen Leib erfahren und erdulden musste. Der Autor räumt am Ende seiner Aufzeichnungen ein, dass er lediglich die Dorfschule in Michalowka durchlaufen habe und nur bei besserer Ausbildung in der Lage gewesen wäre, seine Aufzeichnungen in einem flüssigeren Stil zu verfassen. Gerade der einfache, zuweilen holprige, aber insgesamt zugängliche Stil, die seltenen Reflexionen und ein nahezu nicht vorhandenes Selbstmitleid erweisen sich bei der Lektüre dieses Bändchens als beeindruckend und vermitteln den Eindruck schlichter Echtheit. Dieser gleichsam dokumentari-

sche Charakter des Textes wird überdies durch die gut platzierten Fotografien verstärkt, wobei die darin festgehaltenen Motive die drei wichtigsten Werte im Leben Janzens abbilden: Religiosität (Kirchen der deutschen Mennoniten im Donegebiet), Familie (Familienfotos mit Eltern, Ehefrau und Kindern) und Musik (Fotos von Orchestern und Chören, die Janzen, als begeisterter Blasmusiker, immer wieder und an den unterschiedlichsten Orten leitete). Angesichts des überaus kärglichen Lebens nach der völligen Kollektivierung des Donegebiets im Jahre 1930, der damit verbundenen Enteignung und Verarmung der Familie, und der 1937 erfolgten Verhaftung und Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit und Verbannung sowie der Trennung von der jungen Ehefrau, die Janzen erst nach seiner Entlassung und nach aufwändiger Suche wiederfand, mag es verwundern, dass der Autor all diese physischen und psychischen

Strapazen offenbar relativ gesund überlebte. In seinem Bericht erwähnt er an mehreren Stellen, dass fast alle seiner Mitgefangenen und Weggenossen aus seinem Heimatgebiet dem Hunger, den Entbehrungen und der Sklavenarbeit zum Opfer fielen. Ihn selbst retteten Zufälle sowie Menschen, denen er wie durch Fügung in entscheidenden Momenten begegnete, und die ihm weiterhalfen. So etwa im Frühjahr 1943, als eine jüdische Oberärztin, selbst langjähriger Lagerhäftling, Janzen das Leben rettete, indem sie ihn durch die Vermittlung entsprechender Arbeitsstellen vor dem sicheren Tod bewahrte. Auch erwiesen sich die musikalischen Fähigkeiten Janzens des öfteren als hilfreich und existenzsichernd. Trotz des während des Zweiten Weltkriegs und noch lange danach herrschenden Hasses auf alle Deutschen, die man pauschal mit Faschisten gleichsetzte, waren es Fleiß, Ausdauer und die Liebe zur Blasmusik, die Janzen nach der Entlassung aus dem Lager und der Ansiedlung in Kasachstan halfen, die Anerkennung seiner sowjetischen Umgebung zu erlangen und, neben schwerer körperlicher Arbeit in den unterschiedlichen Betrieben, seinen Lebensunterhalt zeitweise auch als Orchestermusiker und –leiter zu verdienen. Diese zweite Lebensphase, in der der Autor – wieder mit seiner Ehefrau und Familie – ein relativ normales Familienleben führen konnte, erweist sich zweifelsohne als glücklichster Lebensabschnitt. Auch wenn es immer wieder zu schwerwiegenden Konflikten kam, weil Janzen, dem man mit der Zeit gehobene Stellungen in der Kulturarbeit anbot, sich standhaft weigerte, Mitglied der Partei zu werden. Auch hielt die Diskriminierung Janzens aufgrund seiner deutschen Herkunft

offenbar bis in die Neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts an. Dies galt also auch noch für die postsowjetische Zeit, als sich immer mehr Russlanddeutsche dazu entschieden, in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen. Nach seiner Pensionierung und dem Tode seiner Frau, beschloss auch der Autor im Jahre 1994, also im fortgeschrittenen Alter von 79 Jahren zusammen mit den bereits ausgesiedelten Kindern seinen Lebensabend in der fernen und, wie sich bald herausstellte, fremden Heimat seiner Vorfahren zu verbringen.

Bitter klingt das Fazit Janzens, wenn er am Ende seines Berichts feststellt, dass er weder in der Ukraine noch in Kasachstan, wo er 47 Jahre verlebte, heimisch werden konnte. Und trotz aller Hilfen des deutschen Staates, für die er sich ausdrücklich bedankt, ist ihm – wie vielen seiner Landsleute – bewusst, dass er von seinen deutschen Mitmenschen nicht als Deutscher, sondern als Russe wahrgenommen wird. Die ihm von einer deutschen Mitbürgerin entgegengebrachte Aufforderung, sich nach Russland zurückzusehen, spiegelt eine für die deutschen Mehrheitsbevölkerung durchaus typische Haltung wider. Die Akzeptanz gegenüber Fremden, auch gegenüber fremden Deutschen, ist nur gering entwickelt. Und rechtliche Gleichstellung schützt auch in Deutschland nicht vor Diskriminierung im Alltag. Davon wissen Millionen von Heimatlosen nicht nur in Deutschland ein Lied zu singen. Die „Erinnerungen“ von Peter Janzen gehören ganz gewiss zu diesem Liedgut. Sie sind allen zu empfehlen, die sich etwas näher mit dem Schicksal der russlanddeutschen Erlebnisgeneration beschäftigen möchten.

ZW

**Jerzy Szacki: Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus. Suhrkamp Verlag. Frankfurt/Main 2003, 389 S.**



Dieses Buch des bekannten Warschauer Soziologen Jerzy Szacki ist bereits 1994 in Polen erschienen. Der Autor rekonstruiert in ihm die ersten postkommunistischen Wendjahre, wobei er seine Analyse der polnischen Gesellschaft mit dem schillernden, häufig missverstandenen oder gar mystifizierten Begriff des Liberalismus verknüpft. Der deutschen Ausgabe aus dem Jahre 2003 hat Szacki aus guten Gründen ein Postskriptum beigefügt, aus dem deutlich hervorgeht, dass er selbst den Stellenwert des Liberalismus-Verständnisses im postkommunistischen Polen in seiner Anfang der 1990-er Jahre geleisteten Analyse übertrieben dargestellt hat.

In der Tat ist es realpolitisch betrachtet so, dass die einzige maßgebliche liberale Kraft in Polen, die Union der Freiheit, deren Vorsitzender der bekannte Wirtschaftsreformer Leszek Balcerowicz war, heute nicht mehr im Sejm vertreten ist, weil sie bei den Parlamentswahlen des Jahres 2001 an der Fünfprozent-Hürde scheiterte. Unabhängig davon, dass es, wie der Autor in einem einleitenden theoretischen Kapitel nachweist, kaum möglich ist, den Begriff des Liberalis-

mus mit einem universalen Anspruch zu definieren, was Szacki dazu verleitet, einem situativen Ansatz zu folgen, bei dem er die lokale, temporäre und gesellschaftliche Jeweiligkeit des Liberalismus-Begriffs rekonstruiert, exponiert er jedoch mit Recht den Kern liberalen Denkens, den er auf den kleinsten möglichen Nenner reduziert: die Freiheitsrechte des Individuums.

Dabei entkoppelt der Autor den politischen Begriff des Liberalismus von dem markt- und wettbewerbsorientierten Begriff des Wirtschaftsliberalismus. Der gerechtfertigte Hinweis auf autoritäre Systeme und Diktaturen, die sich einer liberalen Wirtschaftspolitik befleißigen, verdeutlicht dabei, dass der Liberalismus (ob nun in seiner klassischen, neuen, revisionistischen oder korporativen Form) als funktionaler Bestandteil demokratischer und sozialstaatlicher Systeme deutlich mehr ist als eine Wirtschaftstheorie oder ein Wirtschaftsprogramm, mit Hilfe dessen sozialistische Wirtschaftsordnungen erfolgreich transformiert und modernisiert werden sollen oder können. In diesem Zusammenhang geht Szacki auch auf die Besonderheit des Liberalismus-Verständnisses in den postkommunistischen Staaten ein, das nicht wie in Westeuropa auf ideengeschichtlich gewachsene Denktraditionen und Haltungen aufbauen kann. Das sich so grundsätzlich vom westeuropäischen Erbe unterscheidende „liberale Denken“ der Osteuropäer wurde direkt nach der Wende als das (einzige) Erfolg und Wohlstand versprechende Antidotum gegen die nicht funktionalen, autoritären Systeme des real existierenden Sozialismus angesehen. Deshalb versprach man sich zunächst sehr viel von ihm, ohne genauer zu wissen, welche Konsequenzen sich aus der Durchsetzung liberaler Programmatik in Politik und Wirtschaft ergeben würden. Die grundlegende Wirtschaftsreform von Leszek Balcerowicz mit der so genannten Schock-

therapie brachte in weiten Kreisen der polnischen Gesellschaft, in denen man sich eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation versprochen hatte, die ersten bitteren Enttäuschungen. Während die Begriffe „liberal“ und „Liberaler“ im wirtschaftlichen Kontext allmählich zu Schimpfwörtern avancierten (ähnlich wie in der rigidesten Periode des real existierenden Sozialismus), konnte sich ein positiv besetzter politischer Liberalismus-Begriff in Polen kaum etablieren, zumal es überaus starke politische Kräfte in der polnischen Gesellschaft gab, die den Liberalismus in welcher Bedeutungsnuance auch immer entschieden bekämpften. Seine Überraschung und Betroffenheit drückt Szacki denn auch im Postskriptum wie folgt aus:

*„Ich hätte nicht im Traum daran gedacht, dass die Linke und Rechte mit vereinten Kräften die Liberalen zu den Finsterlingen im Drama der Systemtransformation machen würden und das Wort 'Liberaler' in den unterschiedlichsten Kreisen zu einer schlimmen Beleidigung werden würde.“* (S. 339)

Ruft man sich die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen in Polen (2001) in Erinnerung, die den Sieg des Linken Wahlbündnisses brachten, wobei die Parteien einer wie auch immer definierten „bürgerlichen Mitte“ im Prinzip chancenlos blieben, gleichzeitig aber auch drei recht große populistische Gruppierungen in den Sejm einzogen, so wird überdeutlich, dass es beim Wahlvolk nur wenig Unterstützung für liberale Ansätze gibt. Dies steht aber auch mit der insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Situation in

Zusammenhang, denn der einstige „kleine Tiger“ Polen hat seit Jahren stagnierende Wachstumsraten und aktuell eine Arbeitslosenrate von über 18 Prozent zu verkraften. Dass es in der Gesellschaft deshalb eine breite Ablehnungsfront gegen diejenigen „Wirtschaftsliberalen“ gibt, die in dieser Lage den „ausufernden Sozialstaat“ sowie die „zu hohe Staatsquote“ nachhaltig rückführen wollen, braucht nicht zu verwundern. Insofern ist Szacki sicherlich zuzustimmen, dass es für einen wie auch immer definierten Liberalismus in Polen auch mittelfristig keine Konjunktur geben wird. Aktuell betrachtet hat das sozialistische Gleichheitsideal einen wesentlich höheren Stellenwert, was auch daran abzulesen ist, dass sich breite Schichten der polnischen Gesellschaft wieder nach der vor vierzehn Jahren abgeschafften, damals als endgültiges Auslaufmodell geschmähten Volksrepublik Polen zurücksehnen. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt des Landes ist dies ob der ebenfalls nicht zu negierenden Erfolge der polnischen Transformation überraschende, vielleicht sogar etwas beunruhigende Entwicklung.

ZW

**Władysław Tatarkiewicz: Geschichte der sechs Begriffe. Kunst, Schönheit, Form, Kreativität, Mimesis, Ästhetisches Erleben. Suhrkamp Verlag. Frankfurt/Main 2003, 561 S.**



Der bedeutende polnische Philosoph und Ästhetiker Władysław Tatarkiewicz (1886-1980) ist als origineller Denker, Kunstexperte und exzellenter Kenner der Geschichte der Philosophie auch in Deutschland bekannt. Wichtige Teile seines Werks wurden in zahlreiche europäische Sprachen, unter anderem auch ins Deutsche übersetzt. Der Rezensent hatte während seines Studiums der Slavistik und Philosophie in Mainz Gelegenheit, für den Klett Verlag einen der interessantesten Essays von Tatarkiewicz“ „O szczęściu“ (Über das Glück) ins Deutsche zu übersetzen. Das Buch erschien 1984 in deutscher Sprache und stellt einen präzisen Längsschnitt durch die Geschichte der Philosophie dar, in dem ein zentraler Begriff der menschlichen Existenz in all seinen epochalen Varianten, allerdings auf den europäischen Kulturraum begrenzt, beeindruckend rekonstruiert wird. Ähnlich steht es mit dem nunmehr bei Suhrkamp erschienenen Buch über die Geschichte der sechs Begriffe, das bereits 1976 in Polen veröffentlicht wurde. Die Übersetzung von Friedrich Griese ist exzellent, was gewiss auch darauf zurückzu-

führen ist, dass Tatarkiewicz ein hervorragender, geradezu klassischer Stilist ist, der Komplexes auf das Wesentliche zu reduzieren weiß, gut lesbar und verstehbar schreibt und auf definatorische Klarheit großen Wert legt.

Im vorliegenden Buch ergänzt der Autor seine unvollendet gebliebene Geschichte der Ästhetik, indem er sich in extenso sechs zentralen Begriffen der Ästhetik zuwendet. In den einzelnen Kapiteln, die den Begriffen und Theorien über die Kunst, das Schöne, die Form, das Schöpferische, die Mimesis und das ästhetische Erlebnis gewidmet sind, geht Tatarkiewicz strikt chronologisch vor. Dem Leser wird somit die ganze Fülle von Begriffen, Interpretationen und Veränderungen im ästhetischen Denken und Fühlen des europäischen Kulturraums dargeboten, wobei der behandelte Zeitraum von der Antike über das Mittelalter und die Moderne bis hin in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reicht. Aufgrund der Nähe und Verwandtschaft einzelner Namen, Klassen, Begriffe und Definitionen sowie der Tatsache, dass der Autor in der Regel immer wieder die Thesen derselben Klassiker der Ästhetik analysiert und wechselseitig beleuchtet, um sich damit dem epochal jeweils anderen Denken und Empfinden in Sachen Kunst und Ästhetik anzunähern (Platon, Aristoteles, Sophisten, Cicero, Plotin, Thomas von Aquin, Radulf von Langenfeld, Hugo von St. Victor, Leonardo da Vinci, Ramus, Goclenius, Francis Bacon, Charles Batteux, Kant, Hegel, Witkiewicz und viele andere), kommt es bei der Lektüre dieses umfangreichen Werkes, nicht selten zu Redundanzen. Diese Wiederholungen können zuweilen überflüssig scheinen, sind aber der strikten Methodik Tatarkiewiczz geschuldet und sorgen dafür, dass auch der philosophisch weniger beschlagene Leser Kurs halten und den durch Längs- und Querschnitte seziierten

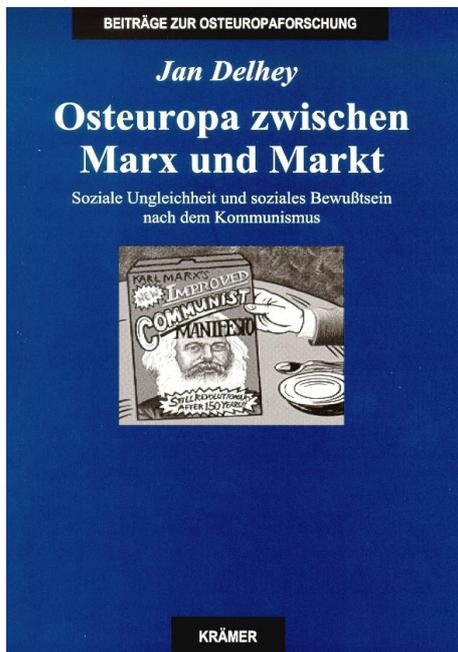
Zusammenhang wieder hergestellt kann. Die große Fülle von Namen, Schriften und Büchern, die auf den umfassenden Ansatz und die enorme Gelehrsamkeit des Autors zurückzuführen ist, verdeutlicht, dass man es mit einem Werk zu tun hat, das über etliche Jahrzehnte gereift ist. Das besondere Verdienst des Autors besteht zweifelsohne darin, dass er in der Lage war, diese in vielen Jahrhunderten entstandene Vielfalt aufzunehmen, zu ordnen und überzeugend zu klassifizieren. Insofern kann sein Buch auch als Steinbruch verstanden werden, zu dem es unterschiedliche Zugänge geben kann. Mit anderen Worten: Es hat den Charakter eines Lexikons mit einem reichen Vorrat an wichtigen, wirkungsmächtigen Textstellen und Zitaten. Und bekanntlich schlägt man in einem Lexikon nicht nur einmal, sondern immer wieder nach.

Überdies muss auf die sorgfältige editorische Aufmachung des Werkes aufmerksam machen, das mit einem Literaturverzeichnis, einer Kurzbiographie Tatarkiewiczs, hervorragend reproduzierten Abbildungen, die den Text aussagekräftig kommentieren, sowie einem Personenregister ausgestattet wurde. Sicherlich nimmt man auch deshalb dieses im besten Sinne des Wortes populärwissenschaftliche Buch, dem man eine weite Verbreitung wünschen möchte, gerne in die Hand.

Man kann Dieter Bingen, dem Herausgeber der vom Deutschen Poleninstitut in Darmstadt neu begründeten Reihe „Denken und Wissen. Eine polnische Bibliothek“, in der herausragende Texte polnischer Wissenschaftler und zentrale Themen des geistigen Lebens in Polen präsentiert werden sollen, in der Tat nur gratulieren, dass diese Reihe mit dem polnischen Universaldenker Tatarkiewicz ihren Anfang genommen hat.

*ZW*

**Jan Delhey: Osteuropa zwischen Marx und Markt. Beiträge zur Osteuropaforschung Bd. 4. Krämer Verlag, Hamburg 2001, 335 S.**



Die im Krämer Verlag in der Reihe Beiträge zur Osteuropaforschung erschienene Dissertation des Soziologen Jan Delhey analysiert eingehend die entstandene soziale und ökonomische Ungleichheit, die soziale Schichtung sowie die Entwicklungstendenzen des sozialen Bewusstseins in den Gesellschaften einiger postkommunistischer Staaten Mittel- und Osteuropas seit dem Systemwechsel. Delheys methodische Vorgehensweise umfasst dabei sowohl die Sekundäranalyse von repräsentativen Bevölkerungsumfragen in den jeweiligen Ländern, als auch Querschnitts- und Trendanalysen, um so zu brauchbaren statistisch abgesicherten Aussagen über den Wandel in der sozialen Gleichheit (die in Wirklichkeit auch während des Sozialismus nie herrschte) und die Veränderungen in den subjektiven Haltungen der Bevölkerung in den genannten sieben Reformstaaten zu gelangen.

Grundsätzlich lässt die Arbeit mehrere Schwerpunkte erkennen, die geeignet erscheinen, den Transformationsprozess aus soziologischer Sicht vertieft zu beleuchten:

1. Transformationsansätze auf der Grundlage der historischen und ökonomischen Entwicklungslinien

2. Einstellungswandel in der öffentlichen Meinung im Zuge des Systemwechsels
3. Reformstaaten in komparativer Betrachtung
4. Suche nach dem innergesellschaftlichen Konsens in den Transformationsländern.

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens stehen die Wechselwirkungen zwischen der Systemtransformation und den Ungleichheits- und Gerechtigkeitseinstellungen der Bürger, die vor allem einem zeitlichen Wandel unterworfen sind. Im Kern geht es Delhey somit darum, die Abkehr von der geglaubten und so wahrgenommenen Verteilungssicherheit sozialistischer Systeme und die damit verbundenen Folgen zu analysieren und einer kritischen, komparativ angelegten Bewertung zu unterziehen. Es zeigen sich in der Arbeit unmissverständlich die Schwierigkeiten einer „nachholenden Modernisierung“ (S. 18 ff.) und der Einfluss auf die subjektive Dimension der (Selbst-)Wahrnehmung von gesellschaftlichen Gruppen in den jeweiligen Ländern. Der Autor geht im Detail nicht so sehr der Frage nach, wie soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten entstanden sind, denn dies wäre eine primär ökonomische Fragestellung, sondern wie sie von den Menschen wahrgenommen werden, nämlich entweder kritisch oder legitimierend. Dies hat automatisch Rückwirkungen auf die Konsolidierung der Systemtransformation und die wechselnde (Partei-)Präferenz der Bürgerinnen und Bürger (S. 247 ff.). Insofern kann Delheys Arbeit durchaus als sozialwissenschaftliches Bindeglied zwischen rein ökonomischen und politologischen Analysen der Systemtransformation fungieren.

Dem Autor ist zuzustimmen, dass ein relativ homogenes Einstellungsmuster in postsozialistischen Gesellschaften speziell in den hohen Erwartungen an die staatliche Fürsorge besteht, durch Umverteilungspolitik Ungleichheit abzubauen und soziale Leistungen über das

Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten zu erbringen. Aufgrund tradierter Verhaltensmuster und der hohen Bedeutung der Gerechtigkeit im Gegensatz zur ökonomischen Effizienz favorisiert ein Großteil der Bevölkerung eher interventionistische Umverteilungsmodelle. Eine Ausnahme bilden die Transformations- und Modernisierungsgewinner sowie ein Großteil der Bildungseliten in den postsozialistischen Gesellschaften, die deutlich mehr „Markt“ und „Kapitalismus“ präferieren als die staatsorientierten mittleren und unteren Bildungsschichten, die sich vielfach zu den Transformationsverlierern zählen. Dies könnte ein Beleg für die zu beobachtende Abkopplung der Transformationseliten von der breiten Bevölkerungsschicht sein. Interessant wäre es an dieser Stelle gewesen, auf den Einfluss der weit verbreiteten Korruption und deren Perzeption in der Bevölkerung auf die politischen Einstellungsmuster und die soziale Situation einzugehen.

Als erster Kritikpunkt fällt auf, dass der Autor – wohl der Einfachheit halber – die untersuchten Länder Bulgarien, Polen, Slowenien, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und als Sonderfall Ostdeutschland gleichförmig als osteuropäische Transformationsländer betrachtet, obwohl dies weder historisch-kulturspezifischen noch wirtschaftsgeographischen Einteilungen gerecht wird. Auch wenn Delhey die einzelnen Varianten der postsozialistischen Übergangsprozesse differenziert betrachtet, wird man bisweilen den Eindruck nicht los, es handle sich bei der untersuchten Ländergruppe um eine räumliche Einheit. Dies verwundert ebenso wie die Auswahl der Länder, bei denen sowohl Rumänien als auch die drei baltischen Staaten fehlen. Einige Schwächen zeigt die

Arbeit bei der Beurteilung der konkreten politischen und ökonomischen Übergangsprozesse, bspw. bei der Einschätzung, in Ungarn am Ende der 1980er Jahre könne von einem „ausgehandelten Kompromiß“ (S. 79) gesprochen werden, wohingegen es nach neueren Erkenntnissen vielmehr innere Reformprozesse der herrschenden sozialistischen Partei waren, die den Übergang maßgeblich einleiteten. Auch die Einschätzung, dass in Polen „inzwischen die höchste Systemzufriedenheit aller Reformstaaten und eine deutlich bessere Einstufung der Lebensverhältnisse“ (S. 298) herrsche, muss aus heutiger Sicht und den Erfahrungen mit den massiven politischen und wirtschaftlich-strukturellen Krisenphänomenen in Polen stark relativiert werden.

Trotz der vorgebrachten kritischen Einwände liefert Jan Delheys am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin erarbeitetes Buch allen interessierten Leserinnen und Lesern über die gängigen wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen hinaus einen fundierten und differenzierten Einblick in die soziologischen Dimensionen der komplexen Übergangsprozesse in sieben Ländern des östlichen Mitteleuropa. Wie bei vielen anderen Publikationen auch, die sich einer ähnlichen Thematik widmen, überrennen jedoch die rasanten (partei)politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in dieser Region die dargestellten Details. Die grundsätzlichen vorgebrachten Thesen, die den (langsamen) Einstellungswandel in den jeweiligen postsozialistischen Ländern und die zunehmende soziale Ungleichheit in der Bevölkerung zum Gegenstand haben, regen jedoch zur weiteren wissenschaftlichen Vertiefung an.

*GSch*

